

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 23. Oktober 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 1984.

Die Arbeitslosenversicherung.

II.

Die Wirkung, die die Krise auf die einzelnen Berufsgruppen ausübt, ist verschieden. In einer Reihe von Berufsgruppen wurden die Arbeiter wenig durch die Krise von 1908 betroffen. Bei Eisenbahnen, Straßenbahnen, Gas- und Wasser-Gesellschaften usw. blieb die Zahl der Arbeiter nicht nur konstant, sondern trat die natürliche Vermehrung ein. In 20 Berufsgenossenschaften mit 3 379 000 Versicherten stieg die Zahl der Versicherten um 162 200, für die übrigen 46 Berufsgenossenschaften trat also ein Rückgang von 262 700 ein. Hieron wurde das Baugewerbe am schlimmsten getroffen. 1906 waren in den 12 Baugewerks-Berufsgenossenschaften 1 376 200 Arbeiter versichert. Man mühte nach dem 10jährigen Durchschnitt mit einem Zugang von jährlich 14 400 rechnen. Statt dessen trat schon 1907 ein Rückgang von 11 000 und 1908 ein solcher von 105 100 ein. Statt 1 404 000 waren 1908 nur 1 260 300 Versicherte vorhanden.

Der verständnislose Bourgeois wird sagen, daß ein Teil der Bauarbeiter sich hätte andere Arbeit suchen können, z. B. in Steinbrüchen, Ziegeleien, beim Tiefbau. Aber auch in den drei Berufsgenossenschaften, in denen 1907 1 067 400 Arbeiter versichert waren, sank die Zahl 1908 um 43 400 und 1909 noch um weitere 45 200, also auf 978 800.

„Geht aufs Land,“ rufen die Junker, aber zu der Zeit, wenn die Arbeitslosigkeit in diesen Berufsgruppen am größten ist, im Winter, sind auf dem Lande auch Hunderttausende Arbeitslose.

Je mehr arbeitssparende Maschinen wie Dresch-, Häckselschneide- und andere Maschinen in der Landwirtschaft eingeführt werden, um so mehr wird die Landarbeit Saisonarbeit und steigt die Arbeitslosigkeit im Winter.

Die zweite Gruppe, die schwer von der Krise getroffen wurde, waren die Arbeiter bei der Metallverarbeitung und der Industrie der Maschinen und Apparate.

Bei den hier in Betracht kommenden zwölf Berufsgenossenschaften waren 1907 1 843 800 Arbeiter versichert; 1908 waren es nur noch 1 789 600, also ein Rückgang von 54 200. Dieser Rückgang fällt um so schärfer ins Gewicht, weil gerade die Industrie der Maschinen und Apparate und die Metallverarbeitung die stärkste Steigerung aufweist. 1902 waren in diesen Berufsgenossenschaften 1 363 300 Arbeiter versichert, 1911 waren es 2 204 400. Die durchschnittliche jährliche Steigerung betrug 93 400. Groß ist hier die Zahl der gelernten Arbeiter, wo der Zugang durch Eintritt der Krise nicht aufhörte.

Aber auch die anderen großen Gruppen zeigten Rückgang der absoluten Zahlen. Bei den Textil-Berufsgenossenschaften sank die Zahl der Versicherten von 914 000 auf 890 500, also um 23 500. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so stark sank die Zahl der versicherten Holzarbeiter.

Beim Baugewerbe ist ein Zusammenhang zwischen Geldmarkt und Bautätigkeit zu beobachten. Steigt der Zinssatz, dann nimmt die Bautätigkeit ab. Schon das Prosperitätsjahr 1907 war für das Baugewerbe ein Jahr des Niederganges. Schon im Winter 1905/6 war der Reichsbankdiskont vom 11. Dezember 1905 bis 17. Januar 1906 auf 6 Proz. gestiegen. Er ging dann aber noch vom 23. Mai bis 17. September 1906 auf 4 1/2 Proz. zurück. Er stieg dann am 18. Dezember auf 7 Proz. und kam im ganzen Jahr 1907 nicht unter 5 1/2 Proz. und stieg im Dezember gar auf 7 1/2 Proz. Ähnlich hohen Diskont haben wir seit November 1912. Für den hohen Diskont wird man doch die Arbeiter, die unter den Folgen leiden, nicht verantwortlich machen wollen.

Daß an der Gesundheit der Arbeiter und deren Kinder durch die Entbehrungen in Zeiten der Krise zerstört wird, das können die in Arbeiterkreisen praktizierenden Ärzte bezeugen. Man redet viel über Seuchenbekämpfung, setzt aber immer mit der Hilfe erst dann ein, wenn die Gesundheitsverhältnisse in Form einer Krankheit zutage tritt. Die Kriminalstatistik deutet an, welche moralische Verwilderungen durch die Krise herbeigeführt wird. Wegen einfachen Diebstahls wurden 1907 in Deutschland 90 848 Personen verurteilt. Im Krisenjahre 1908 schnellte die Ziffer auf 97 977 hinauf.

In den folgenden Jahren, als die Krise nachließ, sank die Ziffer ununterbrochen und war im Jahre 1911 auf 92 665. Wahrscheinlich wird das Jahr 1913 wieder eine Steigerung bringen. Christen und Moralprediger sind bei der Hand, über die Sündhaftigkeit der Menschen zu jammern. Die armen Opfer unserer Gesellschaftsordnung werden verantwortlich gemacht für die Sünden der Gesellschaft.

Fordert man eine Arbeitslosenversicherung, um den Arbeitslosen vor völligem Verfall zu bewahren, dann wage man gar, zu behaupten, daß solche Versicherung nicht durchführbar ist. Es gibt aber unter den freien Gewerkschaften 43 Verbände mit 2 062 258 Mitgliedern, die bewiesen haben, daß sie die Schwierigkeiten überwinden. An die Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften haben in zahlreichen Gemeinden Belgiens, in Dänemark und anderen Staaten, ja selbst einige Gemeinden Deutschlands eine Arbeitslosenunterstützung angelehnt, indem den Arbeitslosen Zuschüsse gegeben werden. In den Gewerkschaften mit Ar-

beitslosenunterstützung wurde von 2 062 258 Mitgliedern für diesen Zweck 1912 3820342 M., also für jedes Mitglied 4,38 M. aufgebracht. Würde man ähnlich, wie das in Berlin-Schöneberg geschieht, in ganz Deutschland die Gewerkschaftsunterstützung um 50 Proz. aus Gemeindemitteln erhöhen, dann würde das in ganz Deutschland rund 5 Millionen Mark kosten. Dieses reicht aber nicht aus, die Not zu beseitigen. Denn sieben Achtel der Arbeiter sind nicht in Gewerkschaften, die Arbeitslosenunterstützung zahlen, unter diesen befinden sich — vorläufig noch — die Bauarbeiter. Wahrscheinlich ist aber, daß eine Summe von einigen Hundert Millionen Mark aufzubringen wäre. Für Militärzwecke werden sie leicht aufgebracht. Aber selbst die Beiträge für die Invalidenversicherung bringen jetzt mehr als 200 Millionen Mark im Jahre. Würden Reich, Staat, Gemeinde, Unternehmer und Arbeiter zur Zahlung in eine solche Versicherung herangezogen, dann würde bald manche Abhilfe geschaffen werden. Schon der eine Umstand, daß durch Unterstützung die Arbeiter mit Beginn der Arbeitslosigkeit nicht aus der Reihe der Konsumenten ausscheiden, wird eine Milderung der Krise herbeiführen.

Aber selbst die Kosten der Arbeitslosenversicherung darf man nur zum geringsten Teil auf die Verlustseite buchen. Man müßte zunächst feststellen, wie viel heute die Arbeitslosigkeit der Gesellschaft kostet. Also Armengeld, Bettelwesen, Verlust durch Diebstahl, Gerichtskosten, Strafvollzug, Pflege der durch Entbehrung Erkrankter usw. Würde sich das feststellen lassen, dann würde man wahrscheinlich finden, daß eine rationelle Arbeitslosenfürsorge nicht einmal teurer wäre als der jetzige anarchische Zustand.

Ein Gewinn würde aber sofort in die Erscheinung treten. Bettel und Vorfahrung von Vettlern, Diebstahl usw. würden erheblich vermindert. Auch Krankheiten und Siechtum würden abnehmen. Der kulturelle Gewinn würde ein erheblicher sein.

Wenn man so Gewinn und Verlust gegenüberstellt, dann sollte man meinen, daß in dieser Zeit des Regnens und der Buchführung sich bald der größte Teil der Bevölkerung auf die Seite derjenigen stellen wird, die hier energische Eingreifen fordern.

Das Hindernis liegt aber nicht in der Schwierigkeit der Lösung der Frage und nicht einmal in dem direkten Kostenpunkt. Die Kapitalisten widersehen sich der Lösung, weil sie aus der Arbeitslosigkeit direkt Gewinn ziehen. Die Zeiten der Krise werden benutzt, den Arbeitern einen Teil der Vorteile zu entreißen, die sie sich in Zeiten der Prosperität erobert haben. Kämpfe gegen Lohnabzüge und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Abwehrstreiks sind in Zeiten des Niederganges an der Tagesordnung. Jeder von den Arbeitern verlorene Abwehrstreik ist freilich Ursache für einen neuen Angriffstreik in der nächsten Prosperitätsperiode.

Für alle Arbeiter gilt es, dahin zu wirken, daß das Drängen nach Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung nicht mehr zum Stillstand kommt. Sollten unsere Staatsmänner von unüberwindlichen Schwierigkeiten reden, dann kann man ihnen sagen, daß sie bei den Leitern der Gewerkschaften sich Rat holen können. Glauben sie aber, daß nur ein glänzender Staatsmann Auskunft geben darf, dann mögen sie sich bei Lloyd Georges in England erkundigen, der hat die Frage gerade von der Seite angefaßt, wo die Regelung auf die größten Schwierigkeiten stößt, indem er eine staatliche Versicherung für die Arbeiter schuf, die am meisten von Arbeitslosigkeit betroffen werden.

Die Landtagswahlen in Baden.

Am Dienstag fanden in den 73 Landtagswahlkreisen Badens die Neuwahlen statt. Es handelte sich auf dem Spiele: nicht nur handelte es sich darum, die Anstrengung des Zentrums und der Konservativen zunichte zu machen, die seit Jahren darauf hinausgehen, eine Liberal-konservative Mehrheit im Landtag zu schaffen, die Wahlen dienen auch dem Streben nach dem Proportionalwahlsystem, das kommen sollte, wenn die bürgerliche Linke und die Sozialdemokraten abermals die Mehrheit erlangten. Die Einführung des Proportionalwahlsystems sollte für die Zukunft Blockabmachungen überflüssig machen. Diese in die badische Landtagswahl gesetzten Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Soweit sich das Ergebnis der Landtagswahl bisher übersehen läßt, bringt es der Liberal-konservative Block zu einer Mehrheit oder er kommt wenigstens nahe daran.

Das Zentrum hat bis jetzt 30 Sitze, die mit ihm verbündeten Konservativen 5, so daß den Schwarzblauen nur noch zwei Sitze an der Mehrheit in dem 73 Mitglieder zählenden Landtage fehlen. Diese zwei Sitze dürfte das Zentrum in den Stichwahlen erobern. Bisher sind gewählt: 9 Sozialdemokraten (die Genossen Geiß, Sühling, Sötter und Kramer in Mannheim, Frank und Kolb in Karlsruhe, Sed und Stöckinger in Pforzheim-Stadt und -Land, und Weber in Durach). Weiter sind gewählt 8 Nationalliberale und 1 Fortschrittler. Es haben 21 Stichwahlen stattgefunden. Die Sozialdemokratie ist beteiligt an 17, von denen allerdings nur vier aussichtsreich sind. Sicher dürfte die Sozialdemokratie noch holen: Schwellingen mit dem Genossen Rahn, Freiburg mit dem Genossen Engler, Lörrach mit dem Genossen Rißig. Definitiv unterlegen sind bis jetzt die Genossen Breitenfeld-Lörrach-Land, Schwall-Dagland, Pfeiffle-Heidelberg-Wiesloch und Walter-Eberbach. Die Nationalliberalen sind an 12 Stichwahlen beteiligt, die Fortschrittler an 4. Die Aussichten im einzelnen lassen sich noch nicht klar übersehen.

Der Zentrumstaktik ist es gelungen, den liberalen Blodgegner Niederbühl, der gegen den offiziellen nationalliberalen Kandidaten aufgestellt wurde, in Kaffatt durchzubringen und in Heidelberg-Wiesloch dem nationalliberalen Bürgermeister Wittler zum Siege zu verhelfen, wodurch Pfeiffle sein Mandat verlor. Der Führer der badischen Nationalliberalen Nebmann und der bisherige nationalliberale Kammerpräsident Hochhuth wurden wiedergewählt. Die Fortschrittler dagegen verlieren ihre alten Parlamentarier und anerkannten Führer. In Triberg-Billingen unterlag Professor Hummel dem Zentrum-Reichstagsabgeordneten Duffner. In Offenburg-Stadt verlor der langjährige Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Ruser sein Mandat ebenfalls an das Zentrum; Fahr-Land, das bisher durch den Fortschrittler vertreten war, ging an die Konservativen über.

Zu dem Wahlergebnis wird berichtet:

Die Nachricht über den Ausfall der badischen Landtagswahl lautet für unsere Partei durchaus unerfreulich. Nur neun Mandate sind uns im ersten Wahlgange zugefallen, während wir im Jahre 1909 deren zehn im ersten Wahlgange hatten. Von den damals im ersten Gange gewonnenen Mandaten konnten wir diesmal nur acht behaupten. Ettlingen-Kaffatt ist an das Zentrum verloren gegangen und Mannheim-Land braucht einen zweiten Wahlgang. Als Gewinn haben wir lediglich Mannheim IV zu buchen, wo unser Genosse Böttger im ersten Wahlgange glatt gewählt wurde. Verloren sind für uns ferner im ersten Wahlgange Lörrach-Land an die Nationalliberalen, Heidelberg, Eberbach und Heidelberg-Land. Damit sind fünf unserer bisherigen Mandate verloren. In 16 Bezirken stehen wir in mehr oder weniger aussichtsreicher Stichwahl. Nach dem badischen Wahlgesetz können sich nämlich nicht nur diejenigen Kandidaten am zweiten Wahlgange beteiligen, welche in ihren Bezirken die höchsten Stimmzahlen aufzuweisen haben, sondern alle Kandidaten, welche mehr als 15 Proz. der abgegebenen Stimmen erhielten. Wie in den Jahren 1905 und 1909 wird auch jetzt wieder eine Verständigung über die Verteilung der Mandate im zweiten Wahlgange unter den Parteien des sogenannten Großblocks erfolgen. Wir können noch auf 5 bis 6 Mandate rechnen. Von den 20 Sitzen, welche unser Partei bisher im Landtage inne hatte, werden wir kaum mehr wie 15 erhalten. Neben dem Mandatsverlust haben wir aber auch einen erheblichen Verlust an Stimmen zu verzeichnen. Dieser Verlust ist für uns besonders schwer. Mit dem Mangel einer zugkräftigen Wahlparole, wie wir sie im Jahre 1909 hatten, kann dieser Stimmenrückgang nicht ausschließlich erklärt werden. Er beträgt über 11 000 Stimmen.

Die Fortschrittler haben bis jetzt ein Mandat. Für sie am schwerlichsten ist der Verlust von Muser-Offenburg, das dem Zentrum zufiel, und weiter die Niederlage in Kaffatt, wo der bisherige Abgeordnete Dove dem vom Zentrum präsentierten nationalliberalen Kandidaten weichen mußte. In dem Mandat, das den Fortschrittler im ersten Wahlgange zufiel, können mit unserer Hilfe drei weitere Bezirke für sie gebolt werden. Möglicherweise fällt ihnen auch Karlsruhe IV zu. Fahr-Land, das früher den Fortschrittler gebörte, ist ihnen von den Reichsparteilern abgenommen worden. Im besten Falle bekommen die Fortschrittler 5 Sitze.

Besser schließen die Nationalliberalen ab. Sie haben diesmal im ersten Wahlgange 9 Sitze erobert, während sie vor vier Jahren nur mit 4 Mandaten aus der Hauptwahl hervorgegangen. Mit sozialdemokratischer Hilfe können die Nationalliberalen noch weitere 5 Mandate erhalten; möglich, daß sie in aller Stärke wieder einziehen. Dann hätten die Großblockparteien immer noch 37 Sitze zusammen, denen der Rechtsblock mit dem aus der Hauptwahl hervorgegangenen Beststand von 35 Mandaten gegenübersteht. Ob die Konservativen 4 oder 5 Sitze bekommen, steht augenblicklich noch nicht fest. Auf alle Fälle haben sie den Nationalliberalen zwei und den Fortschrittler einen Sitz abgenommen.

Im Zentrum herrscht natürlich Jubel über den reichen Erfolg. Es hat im ersten Wahlgange seinen früheren Mandatsbesitz von 26 auf 30 erhöht und kann sich rühmen, selbst in sicheren Bezirken seine Stimmzahl zum Teil recht erheblich vermehrt zu haben. Die lang gehegte Absicht des Zentrums, im badischen Landtage eine zentrumlich-konservative Mehrheit zu Wege zu bringen, ist der Verwirklichung nahe. Gewinnen die Rechtsparteien in der Nachwahl auch nur noch zwei Mandate, so ist die schwarz-blaue Mehrheit fertig. Aber auch wenn bei der Nachwahl für die Rechtsparteien gar nichts mehr herauskommen sollte, hat das Zentrum durch die bei den diesmaligen Wahlen betätigte Taktik dafür gesorgt, daß es in den für das Zentrum wichtigen Fragen Unterstützung von den mit Zentrumshilfe gewählten nationalliberalen Kassenleitern erhält. Nicht umsonst jubelt die Zentrumspresse über den Sieg der Reaktion. — Für unsere Genossen in Baden wird sich manch ernste Lehre aus diesem Wahlgange ergeben. Jetzt gilt es zunächst, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen.

Nach den endgültigen amtlichen Ermittlungen wurden gewählt: 29 Zentrum, 5 Konservative, 8 Ratio-

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Nummernliste oder deren Raum 10 Pf., für politische und gewerbliche Erzeugnisse und Verordnungs-Ausgaben 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf., (zuletzt 3 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellenvermittlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anträge für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen „Sozialdemokrat Berlin“.

nalliberale, 1 Bildner, 1 Fortschrittler und 9 Sozialdemokraten, zusammen 53 Abgeordnete, so daß noch 20 Stichwahlen stattfinden haben.

Der Wahlausfall erscheint uns so bescheiden, wenn man die Stimmenergebnisse zu Rate zieht. Nach den Meldungen des Volksfreund-Büreaus wurden nämlich abgegeben für

Zentrum	116 138 Stimmen
Rationalliberale	79 094
Sozialdemokraten	74 838
Konservative	30 843
Fortfchr. Volkspartei	80 901

Falls diese Stimmenangaben korrekt sein sollten, würde sich zwischen den Wahlen im Jahre 1909 und den diesmaligen folgende überraschende Verschiebung vollzogen haben:

	1909	1913
Zentrum und Konservative	117 102	146 406
Liberal	108 929	110 295
Sozialdemokraten	86 184	74 638

Danach würde also die Sozialdemokratie eine schwere Schlappe erlitten haben, während Zentrum und Konservative glänzend abgeschnitten und die Liberalen zum mindesten ihre Position behauptet hätten!

Sollten diese Zahlen sich bestätigen, so müßte in der Tat mit allem Ernste den Ursachen eines solchen Wahlausfalles nachgeforscht werden! Einem Wahlausfall, der um so eigenartiger berührt, als doch noch bei der Reichstagswahl 1912 die Stimmengabe der Sozialdemokratie in Baden von 97 226 im Jahre 1907 auf 118 331 hinaufgegangen war.

Der Volksfreund-Block.

„Som Interesse maßgebender Regierungskreise, insbesondere des Herrn Reichskanzlers, begleitet, ist jetzt glänzend das „nationale Werk“ vollendet worden, zu dem sich Konservative, Freikonservative, Zentrum und Alliberale in trauter Gemeinschaft zusammenschlossen: Der „Deutsche Volksfreund“ ist erschienen, jener Kalender, für den im April d. J. die Herren v. Jedlich und v. Loebell als Vertreter des „Auslasses“ und die Abgeordneten Erzberger, Fuhrmann, v. Dewitz und Graf Westarp als Vertreter der angeführten Parteien in vertraulichen, eingeschriebenen Briefen Inzerate akquirierten. Schamhaft verschweigt der Kalender seine hohe und ausgedehnte Patenschaft. Selbst Herr Richard Nordhausen, von dem man aus den Aprilveröffentlichungen weiß, daß er der Redakteur des Unternehmens ist, zieht es vor, sich in der Verborgenheit zu halten.

Vertieft man sich ein wenig in den Kalender, so wird man die Herren freilich verüßeln, daß sie sich dergestalt im Dunkel bergen. Denn dieser „Volksfreund“ ist ein so blaßes und niederträchtig-verlogenes Machwerk, daß schon wirklich einiger Mut dazu gehören würde, sich zu ihm zu bekennen. Beinahe muß vor ihm die ganze Arbeit des „Reichsverbandes“ erlöschen, dem er insofern erfolgreich Konkurrenz macht, als auch er die „Vernichtung der Sozialdemokratie“ zu seinem obersten Ziele gemacht hat.

Die Methode, die dabei zur Anwendung kommt, ist sehr einfach. Dem Leser werden so ein Duzend Sozial in Lebensgröße vorgeführt. Und da kann nun jeder sehen, was das für Kerl ist. Daß der „Parteiwitz“ nur schlechtes Bier verkostet und eine Waft verkauft, nach deren Genuß sich dem Gast die Gedärme im Leibe umdrehen, ist noch das wenigste. Der „Typ“ August von Klein-Teppenhäuser stellt gleich den abgelebten Kaffeehelden, Lügner und Betrüger dar. Soweit die moralischen Qualitäten dieser roten Sozja im „Volksfreund“ noch einigermaßen davonkommen, zeichnet die sauberen Klüder wenigstens immer eine ganz außerordentliche Dummheit aus. Der eine erklärt es für überflüssig, ein Handwerk zu lernen, dann entweder wäre man „von Natur“ ein guter Tischler, oder man würde es überhaupt nie; der zweite behauptet, die Parteikasse (!) brauche deshalb so viele Beiträge, weil sie doch die Streiks unterstützen müsse. Dieser Kluge läßt sich dann aber erfreulicherweise davon überzeugen, daß die Beiträge für die Parteikasse besser dazu verwendet würden, Land zu kaufen und durch Viehzucht und Getreidebau der „hier und da wirklich vorhandenen“ Not entgegenzuwirken. Ein Dritter vertritt den Standpunkt, daß in einem Lande „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ schon deshalb herrschen müßten, weil die Worte an allen öffentlichen Gebäuden ständen, uff.

Was wird nun aber von diesen Eblen erst alles als „Sozialismus“ bestreitet und von ihren „staatsverhaltenden“ Freunden dann unflätlich widerlegt! Der „Margarit“ Otto vertritt die These, es widerspreche den sozialistischen Grundgeden, sich zu versichern, und Sparlichkeit sei im Lichte des Marxismus Bestimmungsgesetz. Der gute Paul bekämpft den Schulzoll, weil bei seiner Beseitigung sofort die Löhne steigen würden. Mit einer Unverschämtheit sondergleichen wird der Sozialdemokratie „widerlegt“, daß die Einführung der Republik den Arbeitern schon die Freiheit bringe, wird ihr „nachgewiesen“, daß die Arbeiter in den Republiken um nichts besser daran wären als bei uns; als ob nicht gerade die Sozialdemokratie immer und immer wieder betont hätte, daß die Befreiung der Arbeiter in erster Linie die Befreiung des Kapitalismus, den Sturz der Klassenherrschaft überhaupt erheische! Auf derselben Linie steht die schamlose Unterstellung, daß die Sozialdemokratie die Arbeiter „verleunden“ wolle, — der die Behauptung, eine halbe Million deutscher Arbeitergroßen sei nach Ausland geschickt worden, damit sie dort den „Bombenwerfern, den Mördern und Räubern“ zugute kämen. Den Reiz des Originellen hat jedenfalls die Deutung, die der Gründung der „Vollstärkungs“ zuteil wird, die angeblich den Grundgeden der Sozialdemokratie ins Gesicht schlägt. Aber „die Führer bleiben Euren Grundgeden nur so lange treu, als es ihnen parteipolitisch nützlich scheint. Seitdem sie die Herrschaft über große deutsche Arbeitermassen erobert haben, müssen sie daran denken, diese Herrschaft zu sichern, und dazu bedürfen sie der Beamten. Bedürfen sie der ihnen unbedingt ergehenden, von ihnen abhängigen Kreaturen. Die Tätigkeit für die Vollstärkung besteht gewaltig die Reihen der roten Bureaokratie. Und das scheint den Führern augenblicklich das Wichtigste.“

Nicht originell ist auch die Verteidigung der unangesehnen Klumpen. Der Verfasser dieses Artikels verurteilt unter ausführlicher Schilderung der Kriegsgreuel mit erschütternder Schärfe den Krieg (ob die Herren Reim usw. mit dieser Stelle des Kalenders sehr einverstanden sein werden, bleibt dahingestellt); er erkennt auch ganz richtig, daß durch die Reibungen auf dem Weltmarkt Kriegsgefahren unvermeidlich wären. Diese Reibungen sind so schwerwiegend Natur, daß sogar alle schönen Friedenspredigten sie nicht überwinden könnten. Dies aber glaubt — und hier zeigt sich wieder der schon bekannte Fehlertrieb — angeblich die Sozialdemokratie. Wider besseres Wissen verschweigt der Verfasser des Eselbrot, daß gerade die Sozialdemokratie es nicht bewenden lassen will bei schönen Friedenspredigten, sondern eine wirkliche Sicherung des Friedens einzig darin erkennt, das kapitalistisch-imperialistische System zu

stürzen und so allen Zusammenstößen auf dem Weltmarkt von vornherein vorzubeugen. Nach dieser verlogenen Unterstellung hat es der Autor denn nun leicht, seinen Lesern zu sagen: Um aber wenigstens bei kriegerischen Verwicklungen die Gefahr einer Niederlage abzuwehren, müssen wir rüsten und rüsten, stärker als alle Nachbarn zu werden. Als patriotisch-gottesfürchtigen Kalendermann fällt ihm da nun freilich noch der liebe Gott ein, der ja angeblich das Schicksal der Welt zu entscheiden hat. Der ist in diesem Falle ein recht unangenehmer Gast. Aber ein guter Deutscher weiß sich zu helfen; und so bekennet denn der Patriot, daß „der liebe Gott mit den stärkeren Bataillonen“ sei. Das Beständnis kann beinahe mit dem ganzen Kalender verschönden. Unter der Regide eines Matthias Erzberger und Grafen von Westarp diese — Gotteslästerung, diese Verhöhnung der vielgepriesenen göttlichen Allmacht, das ist wirklich etwas, was man nicht alle Tage findet.

Aber der Kalender hat noch ein paar solcher Verlen. In der Sucht, alles Sozialdemokratische in Grund und Boden zu verbannen, befehlet uns der staatsverhaltende Schmied Wieland: „Martin hat eben von Streikunterstützungen geredet. Was nützt uns das? Mit solchen Streikunterstützungen wirft man gemeinhin ganz nutzlos Geld aus dem Fenster, was Du und tausend andere arme Teufel jähelich unter Entbehrungen gesammelt haben.“ Diese Belehrung muß ja den Herren Giesberts, Behrens usw. lieblich in den Ohren klingen. Ihr Freund Matthias Erzberger erklärt den christlichen Arbeitern, sie schmissen ihr Geld nutzlos aus dem Fenster hinaus, wenn sie in die Kasse der christlichen Gewerkschaften steuern! Das ist wirklich reißend. Hoffentlich ziehen die christlich organisierten Arbeiter die Konsequenz, um schleunigst aus ihren Verbänden auszutreten, für deren Streiklosten zu steuern freilich das Geld zum Fenster hinauswerfen heißen mag.

Aber besagter Schmied Wieland geht noch weiter. Er erklärt auch jegliche politische Agitation für „Mumpy“. „Agitation ist Redensart.“ Sein ebenso staatsverhaltender Freund, der Schuhmachermeister Meinte, unterstützt ihn durchaus. Der Einwand, daß durch Agitation Wahlerfolge erzielt werden könnten, wird von ihm mit den Worten abgetan: „Und dafür werden jährlich Millionen . . . in die Luft verpulvert!“ — Das ist mit glatten Worten die Lehre, daß jeder ein Rindvieh ist, der die Agitation der Herren Erzberger, Dewitz, Fuhrmann, Westarp auch nur mit einem Groschen unterstützt. So weit diese Parteien in Frage kommen, wird man das ja auch zugeben müssen. Und insbesondere gönnen wie die Kennzeichnung des Kalendermannes all denjenigen, die zu dem Kalender selbst ihr gutes Geld hergegeben haben.

In drei Millionen Exemplaren soll der Kalender mit Hilfe der vier für die Herausgabe verantwortlichen Parteien und mit besonderer Unterstützung des Herrn Reichskanzlers im Lande verbreitet werden, angeblich, um Vaterlandsliebe und Gottesfurcht, deutsche Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit zu verbreiten. Sollte hier etwas erreicht werden, so müßte aber schon die Methode des „abschreckenden Beispiels“ das herbeiführen. Denn mehr Verlogenheit und Gestimmlosigkeit konnte sich auf sechzig Seiten nicht gut zusammendrängen lassen, als es hier der Fall ist.

Das Konfottium Jedlich-Loebell-Erzberger-Fuhrmann-Dewitz-Westarp-Weismann hat sich hier ein charakteristisches Denkmal errichtet. Man kann gespannt sein auf die Taten, die dieser neue Lügenblock nunmehr folgen lassen wird. Der Anfang ist vielversprechend genug.

Politische Uebersicht.

Die bayerische Königsfrage.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden zum Zusammentritt der Kammer der Reichsräte, daß ein so früher Zeitpunkt gegen alle Tradition sei. Die Sitzung diene in der Hauptsache einer Besprechung der Königsfrage und der Belanngabe der Stellung der Reichsräte. Der kommende Montag werde jedenfalls die Entscheidung in der Königsfrage bringen, nachdem die bürgerlichen Parteien des Landtags faktisch eine Verständigung erzielt hätten. Die Staatsregierung arbeite eine Vorlage über eine Verfassungsänderung aus.

Sturm im bayerischen Landtage.

Am Mittwoch ergänzte bei der Fortsetzung der Arbeitslosenbedatte der Minister des Innern seine Erklärung vom Tage vorher dahin, daß er die von den Sozialdemokraten verlangte Summe zur Unterstützung der Gemeinde-Arbeitslosenversicherung in Höhe von 300 000 Mark an sich als angemessen bezeichnen müsse. Da die Gemeinden aber nicht so schnell den Betrieb der Versicherungen einführen würden, welche für diese Budgetperiode die Summe von 150 000 Mark, also jährlich 75 000 M., aus Staatszuschuß aus. Für spätere Zeiten stellte der Minister die doppelte Summe in Aussicht.

Das Schicksal dieser Regierungsforderung scheint einwillen noch durchaus ungewiß. Am Dienstag befragte der christliche Abg. Dewald zwar einen von vier seiner Parteifreunde unterzeichneten Antrag zugunsten der Arbeitslosenversicherung, doch fügte er die Bemerkung hinzu, daß er nicht wisse, wie seine Parteifreunde sich zu seinem Antrag stellen würden. Auch fanden beim Zentrum nur die Wendungen Oswalds Beifall, die sich gegen die Landflucht der Arbeiter wendeten.

Dann ging ein förmlicher Sturm gegen die Arbeitslosenversicherung los. Zu den konservativen und liberalen Rednern gesellte sich der Wortführer des Deutschen Bauernbundes, der sich zu den Liberalen rechnet. Offenbar für die Mehrheit des Zentrums erklärte der Abgeordnete Dieb, daß es zwar nicht so weiter gehen könne und etwas geschehen müsse für die Versicherung der Arbeitslosigkeit, aber es müsse „ganze Arbeit“ gemacht werden. Vorläufig sei noch alles im unklaren. Es ergab sich daraus die interessante Tatsache, daß das Zentrum mit der Formel „Alles oder nichts“ die Sache zum Scheitern bringen will. Unsere Genossen Timm und Simon haben in ihren Reden die ungeheure soziale und nationale Bedeutung des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit hervor. Sie begründeten das Entgegenkommen der Regierung und erklärten sich damit einverstanden, daß wenigstens zunächst ein Anfang gemacht werde. Das Zentrum behandle die Frage höchst gleichgültig und geradezu frivol, sonst wäre es unmöglich, daß ein Zentrumsführer bei den Ausführungen Simons über die tiefste Entwicklung der deutschen Vermögen den Namen Bebel dazwischenrufen könne.

Auch der liberale Münchener Kommerzienrat Scholz erklärte sich gegen die Arbeitslosenversicherung. — Zu einer Abstimmung kam es am Mittwoch noch nicht.

Nach Beendigung der Tagesordnung gab es noch einen wüsten Skandal. Der Zentrumsabgeordnete Held hatte neulich behauptet, daß der liberale Abg. Wähler, ein Volkskühlerer, bei den Darlegungen Helds über die Rolle der Bauern höhnisch gelacht habe. Am Mittwoch wandte sich nun Wähler in einer persönlichen Bemerkung gegen die „schamlosen Falscher und Verleumder“, gegen die „Vollstärkungs-Beleglager“, die jeden Abgeordneten in die Gefahr bringe, hinterläßt überfallen zu werden. Er hatte den Ausführungen

Helds gar nicht zugehört, sondern sich während dieser Zeit mit seinen Parteifreunden unterhalten. Dieser Sachverhalt wurde durch andere Liberale bestätigt. Wähler wurde wiederholt zur Ordnung gerufen. Als dann Held auf seiner Behauptung beharrte, entstand ein solcher Lärm, daß der Präsident die Sitzung aufhob. Doch auch nach Schluß der Sitzung setzte sich der Lärm fort. Man erwartete jeden Augenblick, daß die Gegner handgemein würden. Es kam aber nur zu der Begegnung „Landsübun“.

Tirpitz gegen Churchill.

Der Berliner Korrespondent des Londoner „Daily Chronicle“ berichtet über ein Interdikt, das er vor einiger Zeit (also vor der Flottenrede Churchills) mit Großadmiral v. Tirpitz hatte. Dieser betonte, daß niemals eine Beschränkung des gezielten festgelegten Schiffsbauprogramms stattgefunden habe, und daß das ursprüngliche Flottengesetz nur dadurch Änderungen erfahren habe, daß der Reichstag zu Anfang einige Schiffe abgestrichen hätte, und daß für den Ertrag veralteter Schiffe gefordert werden mußte. Der Großadmiral betonte weiter den rein defensiven Charakter der deutschen Flotte. Einen Angriffskrieg Deutschlands halte er für undenkbar. Die deutsche Flotte werde gemäß den politischen Bedürfnissen und der Stärke der anderen Flotten entwickelt werden, und sie habe eine schwere Aufgabe vor sich, auch in Anbetracht der Entwicklung in der Ostsee und anderwärts. Es sei erstaunlich, daß die deutsche Flotte als eine Gefahr oder Bedrohung aufgefaßt werden könne, da die anderen Mächte und sogar die südamerikanischen Staaten große Flotten bauten. Es bestehe nicht die Absicht, die englische Flottenpolitik zu beeinflussen. Das wesentliche sei die Sicherheit für Deutschland selbst. Er könne keinen Grund zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und England erblicken.

„Daily Chronicle“ schreibt dazu, das Interdikt seines Korrespondenten mit Großadmiral v. Tirpitz lasse einen Standpunkt erkennen, der eben so von irgend welcher Bitterkeit gegen England als von der Neigung für ein Flottenabkommen entfernt sei. Selbst wenn die öffentliche Meinung in Deutschland diesen Plänen geneigt sei, so ständen ihnen anerkanntermaßen große Schwierigkeiten entgegen. Aber Churchill habe seine Vorschläge nicht nur für dieses Jahr oder ein anderes bestimmtes Jahr gemacht, sondern aus einem Gedanken, der, wenn beide Regierungen ihn im Prinzip annähmen, unter günstigen Umständen vielleicht auch von der übrigen Welt angenommen werden könnte.

Sieg der Liberalen in Württemberg.

Stuttgart, 22. Oktober. Bei der heutigen Erstagwahl im Oberamt Gerabronn behauptete die Volkspartei gleich im ersten Wahlgange ihr bisheriges Mandat. Nach dem Siege der nationalliberalen Partei in Rottweil verfiel nunmehr die Linke in der zweiten Kammer über 47 Sitze, die Rechte, die das Präsidium stellt, über 45 Sitze, während bisher beide Gruppen je 46 Sitze hatten.

Der Terrorismus der Arbeitgeberverbände.

Ein in mancher Beziehung zutreffendes Urteil über den vom Zentralverband deutscher Industrieller und seinem Verbänden, dem Bund der Landwirte, mit Hochdruck betriebenen „Schutz der Arbeitswichtigen“, das heißt auf gut Deutsch „Einschränkung der Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften“, fällt die „Frankf. Ztg.“ (Nr. 292). Das Blatt schreibt:

„Seitdem sich in Leipzig der Zentralverband deutscher Industrieller, der Bund der Landwirte und der Reichsdeutsche Mittelstandsbund zu einem Bunde der Gereuerer und der Schutzmacher zusammengesunden haben, beherrschen die von diesem Trio wieder ausgegebenen Schlagworte vom „Schutz der nationalen Arbeit“ und vom „Schutz der Arbeitswichtigen“ in wachsendem Umfange die öffentliche politische Diskussion; namentlich mit der Forderung nach einem besseren Schutz der Arbeitswichtigen, worunter man in Wirklichkeit eine Pfeiselung der Arbeiter-Gewerkschaften versteht, glaubt man, politische Befehle machen zu können. Die Unternehmner der Schwerindustrie, die seit einiger Zeit auch in größtem Umfange an der Schaffung und Ausbreitung der gelben Gewerkschaften arbeiten, sind hier, unterstützt von der agrarlonierativen Presse, die eigentlichen Muler im Streite. Daß sie damit ein Feuer anfachen, dessen Flammen einmal ihrem eigenen Hause sehr bedenklich nahe kommen können, merken sie nicht. Sie lassen ihre Organe mit immer lauterem Tönen zum Kreuzzuge gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie predigen. Und sie stellen sich, als wählten sie nicht, daß der von den Arbeiterorganisationen ausgeübte Zwang nur eine Teilerscheinung eines viel umfassenderen Problems ist, daß er sein Gegenstück findet in dem Organisationszwange, den die wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmner in noch viel schärferer Maße auszuüben verstehen. Der Organisationszwang ist in Wirklichkeit jeder nach Marktbeherrschung strebenden wirtschaftlichen Organisation immanent und unentbehrlich; spricht man vom Terrorismus der Gewerkschaften, so muß man noch viel mehr vom Terrorismus der Unternehmner sprechen. Das recht deutlich zu betonen, ist im gegenwärtigen Augenblick vielleicht doch nützlich. Denn es mag denen, die jetzt ein neues Schlagwort für reaktionäre Politik gefunden zu haben glauben, eine Warnung sein.“

Die Versorgung verabschiedeter Offiziere.

Die Handelskammer für den Bezirk Bodium, eine ausgeprohene Vertretung der Großindustrie, äußert sich in ihrem Jahresbericht ziemlich eingehend über das Verlangen des Kriegsministers, verabschiedete Offiziere in Handel und Industrie zu beschäftigen. Es wird in dem Bericht zum Ausdruck gebracht, daß die Großindustrie des Bezirkes im allgemeinen nicht abgeneigt erscheint, angebenfalls verabschiedete Offiziere zu verwenden. Einzelne Werke haben sich auch bereit erklärt, der Auskunftsstelle unmittelbar davon Mitteilung zu machen, wenn sich eine Einstellungsgelegenheit bieten sollte. Die Mitteilungen über die Erfahrungen, welche mit verabschiedeten Offizieren bereits gemacht worden sind, geben auseinander. Ein Bergwerksdirektor vertritt sich von der Beschäftigung verabschiedeter Offiziere für seine Gesellschaft „keinen Erfolg“. Der Generaldirektor eines großen Werkes schreibt, daß er vor Jahren einige verabschiedete Offiziere eingestellt mit ihnen aber keine gute Erfahrungen gemacht habe; trotzdem ist er nicht abgeneigt, gelegentlich einen weiteren Versuch zu machen. Diesen unglücklichen Mitteilungen stehen aber auch günstige gegenüber. So schreibt das Vorstandsmittglied einer der größten industriellen Verwaltungen, daß bei seiner Gesellschaft schon wiederholt ehemalige Offiziere, und zwar mit durchaus gutem Erfolge eingestellt worden sind, und eine nicht der Montanindustrie angehörende Fabrik des Bezirkes hat vor Jahren mit einem früheren Stadtoffizier ganz ausgezeichnete Erfahrungen gemacht.

Im weiteren wird dann in der Antwort gesagt, daß der Verwendung noch verschiedene andere Bedenken entgegenstünden und daß oft Kaufleute und Industrielle auch rein persönliche Bedenken gegen die Beschäftigung früherer Offiziere hätten usw.

Die Offenhaltung bestimmter Arten von Stellen für verabschiedete Offiziere läßt sich nicht durchführen, ebenso wenig können Hinweise darüber gegeben werden, für welche Stellen besondere

Kenntnisse verlangt werden und wo der Offizier Gelegenheit hat, sich diese anzueignen. Die Besetzung von Stellen mit Offizieren kann u. S. nur von Fall zu Fall erfolgen, eine allgemeine Regelung halten wir für ganz ausgeschlossen. Wir sind im Interesse unseres Heeres sehr gern bereit, auch weiterhin die Bemühungen des Königl. Kriegsministeriums, den verabschiedeten Offizieren geeignete Stellen in Industrie und Handel zu verschaffen, soweit als irgend möglich unterbreitet zu unterstützen, wir glauben aber doch nicht, die Bemerkung unterdrücken zu dürfen, daß es u. S. Sache des Reiches und des Staates ist, für verabschiedete Offiziere zu sorgen.

Der Vorschlag der Handelskammer geht nämlich dahin, die für die Industrie nicht verwendbaren Offiziere von den Rotgrößen der Arbeiter zu ernähren, indem sie in die Bureaus der Arbeiterversicherung gestellt werden sollen. Der Bericht sagt darüber:

„Unsere große soziale Versicherung mit ihrem gewaltigen Beamtenpersonal hätte eine vorzügliche Gelegenheit geboten, vielen Hunderten und Tausenden von verabschiedeten Offizieren ein standesgemäßes Unterkommen und eine befriedigende Tätigkeit zu verschaffen. Wir haben es daher lebhaft bedauert, daß auch bei der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung und des Gesetzes über die Angestelltenversicherung diese Gelegenheit — angesichts gewisser Strömungen im Reichstag — nicht benutzt worden ist.“

Man sollte glauben, die Bochumer Handelskammer müßte von dem Beispiel an der Bochumer Drickrankenasse die Raie voll haben. Der dort als Rentant beschäftigt gewesene Oberleutnant Meier mußte nach einjähriger Tätigkeit die Stelle aufgeben. Wenn man auch mit seiner Tätigkeit, nach den Abschiedsreden zu schließen, dann „sehr zufrieden“ gewesen sein will, so hat er doch nicht verhalten können, daß während seiner Amtsführung nicht weniger als 288 Beschwerden gegen die Kasse eingelaufen sind.

Oesterreich.

Der Rörder Schachmeiers begnadigt.

Wien, 22. Oktober. Der Kaiser hat den wegen Ermordung des Abgeordneten Schachmeier zum Tode durch den Strang verurteilten Eisenstecher Paul Kunschak begnadigt. Kunschak wurde darauf vom Gericht zu zwanzig Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Die Flucht vor der Wehrpflicht.

Wien, 21. Oktober. Das vom Budgetausschuß zur Erörterung des amerikanischen Schiffsahrtendienstes eingesetzte Subkomitee befaßte sich heute mit der Angelegenheit der Canadian Pacific Co. Handelsminister Dr. v. Schuster legte die Gründe dar, welche die Regierung bestimmen, das Angebot der Canadian Pacific Co. wegen Errichtung einer Linie Triest-Kanada anzunehmen. Dabei kam das Interesse des Reiches in dieser Beziehung vernachlässigten Hafens von Triest in Betracht sowie die Möglichkeit, den Auswanderern eine im staatlichen Interesse gelegene Fürsorge und Kontrolle angeheißt zu lassen. Der Minister legte die Urkunden vor, deren Prüfung ergab, daß die Regierung nichts verabsäumt habe, was nötig sei, um betragsmäßig alles zu sichern, was zu Ruh und Frommen der Auswanderer sei. Es sei sehr bedauerlich, daß trotz der von der Canadian übernommenen vertragsmäßigen Verpflichtungen sich offenbar Verstöße ereignet hätten, die gegenwärtig den Gegenstand eingehender polizeilicher und gerichtlicher Untersuchungen bilden, die sich auf alle in Betracht kommenden Unternehmungen erstrecken, deren Ergebnis bisher aber noch nicht vollständig vorliegt.

Minister des Innern Dr. Freiherr von Heinold erklärte, die Regierung habe sofort mit allem Nachdruck die notwendigen Erhebungen eingeleitet und habe keineswegs die Absicht, in dieser Hinsicht ein Vertuschungssystem zu beschaffen. Es sei aber selbstverständlich, daß man während des gerichtlichen Verfahrens keine Mitteilungen über dessen Verlauf machen würde. Der Minister verwies darauf, daß in diesem Jahre von der Genehmigung besonders viele weggeblieben seien, deren Zahl in Galizien und in der Bukowina allein sich auf 80 000 Mann belaufe. Daß die Zahl der ausgebliebenen Gesellschaftspflichtigen eine solche Höhe erreiche, sei nicht allein auf die Agitation zurückzuführen, sondern größtenteils auf die wirtschaftliche Lage, die ganz besonders ungünstig war. Diese hohe Zahl sei auch deshalb nicht so erschreckend, weil darunter auch Personen seien, die als Kinder ausgewandert waren sowie die Saisonwanderer, die größtenteils zurückkehren. Immerhin sei die Zahl so bedeutend, daß sie allein schon Grund für ein energisches Vorgehen sei. Der Minister betonte gleichfalls, daß es sich keineswegs um eine Verfolgung der Canadian Pacific Company, sondern um ein gleichmäßiges Vorgehen gegen alle Gesellschaften, insbesondere gegen das Agentenwesen und die Reisebureaus handle, soweit sie Auswanderungsgeschäfte betrieben.

England.

Ein Landministerium.

London, 22. Okt. In einer Rede, die Lloyd George heute nachmittag in Swindon hielt, sagte er, die Regierung beabsichtige, die Errichtung eines Landministeriums zu beantragen, das über alle Grundbesitzfragen die Aufsicht haben würde. Die Mittel zur Lösung des Landproblems müßten gründlich durchgerechnet und erschöpfend sein. Zuerst müßte das Landmonopol mehr unter die Aufsicht und Direktion des Staates gebracht werden. Die Fragen betreffend die kleinen Pächtern, die Pächtertreue zwischen Pächtern und Pächtern und die Aufforstung und Urbarmachung des Landes würden alle dem neuen Landministerium unterstellt werden. Diese Vorschläge beruhten auf einstimmig gefaßten Entschlüssen des Kabinetts.

Portugal.

Der monarchistische Putz.

Lissabon, 22. Oktober. Unter den bei dem gestrigen Putz Verhafteten befinden sich mehrere Persönlichkeiten in höherer gesellschaftlicher Stellung. Auch Offiziere und Polizeibeamte haben an der Bewegung teilgenommen. Ein Kapitänleutnant wurde im Hospital verhaftet, aber es gelang ihm zu entfliehen. Ein ehemaliger Beamter des Ministeriums des Innern wurde bei Cascaes, mehrere Offiziere und Sergeanten in der Marinekaserne verhaftet. Ein Sergeant übte sich durch einen Schuß in den Kopf. Die „Patria“ schreibt, die Bewegung sei durch zwei Komitees, ein militärisches und ein bürgerliches, geleitet gewesen. Sie sollte mit der Ermordung der Minister und höheren Beamten beginnen, sodann sollten drei Kolonnen gleichzeitig in Aktion treten. Die Bewegung sollte in Oporto, Braga, Evora und Viana einziehen. Das Mobilier der Zeitung „Dia und Noite“ wurde demoliert.

Aus Oporto wird gemeldet, daß im ganzen Norden des Landes Ruhe herrscht. Die Polizei hat dort zahlreiche Monarchisten verhaftet und Waffen beschlagnahmt.

Der Plan der Ausrüstungen.

Lissabon, 22. Oktober. Es scheint, daß zwischen dem Urheber der Ausrüstungsversuche in Lissabon und Oporto und dem monarchistischen Parteigänger Paiva Conceito verabredet worden war, daß dieser mit revolutionären Banden an der Nordgrenze in Portugal einfallen sollte. Der verhaftete ehemalige Beamte des Ministeriums des Innern ist der frühere Konsul Roque Dacosta. Außerdem wurde auch der Milliardär Carvalho Rantiro verhaftet.

Aus der Partei.

Pressebureau. Der Parteivorstand und die Kontrollkommission haben in den Berat des Pressebureaus die Genossen Gradnauer, Dresden, Müller-München, Stolten-Hamburg und Sträbel-Berlin wiedergewählt und an Stelle des verstorbenen Genossen Gewehr den Genossen Limberg-Essen neugewählt.

Gegen den Jubiläumsumrukel von 1813 nahm in mächtigen Demonstrationen-Veranstaltungen die Arbeiterchaft des Bezirks Frankfurt a. M. scharfe Stellung. Im Hanauer Wahlkreis fanden allein 16 Versammlungen statt, drei in Frankfurt-Stadt und eine in Dieblich (Kreis Wiesbaden). Die Versammlungen waren stark besucht.

Ein sozialdemokratischer Bezirksrichter in der Schweiz. Im Kanton Bern ist am Sonntag im Bezirk Nottwil am zweiten Wahlgang unser Genosse Lehrer Krenker mit 1198 gegen 1177 Stimmen, die auf seinen bürgerlichen Gegenkandidaten Leuenberger fielen, als Bezirksrichter gewählt worden. Es ist unseres Wissens das erste Mal, daß in diese Gerichtsbehörde ein Sozialdemokrat gewählt wurde.

Jugendbewegung.

Wie sich Jungdeutschland entwickelt.

Im Weinhaus Rheingold begann am Dienstagmittag eine Tagung der Bundesleitung Jungdeutschlands. Den Vorsitz führte Herr v. d. Goltz. Zuerst ihm waren noch viele andere hohe Herrschaften und Exzellenzen erschienen, die beim Weine ihre Herz für die Jugend höher schlagen ließen. Als Vertreter des preussischen Kultusministers mochte Geheimrat Oberregierungsrat Hinz, als Vertreter des Kriegsministeriums Major Kortegan, als Vertreter Bayerns Exzellenz von Raegelsbach, als Vertreter Sachsens Exzellenz v. Broisem, als Vertreter Württembergs Generalmajor Freiherr v. Hügel, als Vertreter Badens Exzellenz Jaegersmidt den Verhandlungen bei.

Der Geschäftsführer des Bundes, Generalmajor Jung, hielt den einleitenden Vortrag über die Entwicklung des Bundes. Der Bund sei gegründet worden, um in Preußen die staatliche „Jugendpflege“ zu unterstützen und die Erziehungsmassnahmen Preußens auch auf die Bundesstaaten, die eine solche Jugend-erziehung noch nicht besitzen, zu übertragen. Neben der inwärtigen Tätigkeit wolle der Bund die vorhandenen Jugendvereine des Bürgerturns zusammenfassen und, insbesondere die schwächeren Vereinigungen unterstützen durch Gewinnung fördernder Persönlichkeiten, Schaffung von Spielplätzen, Tabe- und Schwimmgelegenheiten sowie Errichtung von Versammlungs- und Unterkunftsstätten. Das Kriegsministerium habe erklärt, daß die Truppenübungsplätze besonders billig zur Verfügung gestellt werden sollen.

Das Weisere der Posten beider Konfessionen, der Bund erziele die Jugend zur Religionslosigkeit, da er sich um religiöse Andachten nicht kümmere, hat einen solchen Einbruch auf die Bundesleitung gemacht, daß der Geschäftsführer Jung dringend mahnte, auf die religiösen Pflichten der Jugend bei Ansetzen der Übungen gebührend Rücksicht zu nehmen. So dürfte denn die heilige Allianz zwischen Weisere und Säbel wieder einmal zusammengefallen sein. Besonders betont wurde auch, daß zwischen der Bundesleitung und dem Ausschuss der Deutschen Turnerschaft das beste Einverständnis bestehe. Offenlich ziehen die Arbeiter in der Deutschen Turnerschaft, die bisher in dem Bunde lebten, der Verein sei politisch neutral, die Konsequenzen aus diesem feierlichen Bekenntnis. Es sollte doch wahrlich keines Bemeines bedürfen, daß der Jungdeutschlandbund eine arbeitserfindliche Politik betreibt. Erklärte doch Herr Jung als eine der wesentlichsten Aufgaben des Bundes, die auf nationalem Boden stehenden Arbeiterverbände (also die gelben Gewerkschaften) ihre seine Bestrebungen zu gewinnen, damit immer mehr Jugendliche der Sozialdemokratie abspenstig gemacht werden. Deutlicher kann wohl der arbeitserfindliche Charakter des Bundes nicht dokumentiert werden, als durch die Tatsache, daß Jungdeutschland den gelben Gewerkschaften, den von ehrlichen und selbstbewußten Arbeitern bestellten Organisationen, ausgesetzt werden soll. Zur weiteren Charakteristik des Bundes teilte Jung zu allem Ueberflusse noch mit, daß der Kriegsminister in einem besonderen Schreiben seine Sympathie mit den Bestrebungen des Bundes ausgesprochen und die Förderung seiner Ziele zugesagt habe.

Brachte der Vortrag keine neuen Gedanken, so trug er durch die Bekräftigung der Tendenzen des Bundes erneut zur Klärung der Meinungen über den Bund, zur Klärung wesentlich bei. Ueber den Inhalt der längeren Diskussion stellt sich der staunenden Mitwelt nichts verlied. Auch Schweigen führt eine Sprache. Erreichtes für den Bund hat die Diskussion sicherlich nicht gemittelt. Ist doch die innere Verfahrenheit und der Widerstreit der Meinungen im Bunde bei seiner letzten Generalversammlung nur allzu deutlich zum Ausdruck gekommen.

Arbeiter-Jugend.

Die soeben erscheinende Nr. 22 des fünften Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Was die Jugendbewegung und Mädchen sein kann. Von Lucy Peters. — Turn nicht bei den Deutschen! — Streif. Von Anna Mosegaard. — Das Watt. Von Hans Sourquin. (Mit Abbildungen). — Schwarzblüderin. Zeichnung von Karl Spigweg. — Das Finanzwesen im Reich, Staat und Gemeinde. — Aus der Jugendbewegung. Die Gegner an der Arbeit usw. — Zeilage: Der Sohn des Waldes. Erzählung von R. Kippling. — Vom Vorkriegskrieg zum Kampf um die Freiheit. — Der Zukunftskrone. Gedicht von Clara Müller. — Im Schnepfenwagen. Von Richard Wagner. (Mit Abbildungen). — Laubfall. Von Otto Lüthen. — Ehre für die Jugend. — Unser Prinzeßchen. Erzählung von Emil Unger.

Aus Industrie und Handel.

Die allgemeine Bedeutung der Zolltarifreform in den Vereinigten Staaten.

Der Handelsvertragsverein schreibt uns: Der neue amerikanische Zolltarif bedeutet einen entscheidenden Wendepunkt in der amerikanischen Handelspolitik. Ein so plötzlicher und radikaler Wechsel hat bisher weder in den Vereinigten Staaten noch anderwärts stattgefunden, (sowohl hinsichtlich des Zolltarifs als der allgemeinen Grundzüge, die für die Gestaltung des neuen Tarifs maßgebend waren. Besonders letztere sind von außerordentlicher Bedeutung. Man würde der Tragweite der Tarifreform durchaus nicht gerecht werden, wenn man sie lediglich vom Standpunkte des ermäßigten Zolltarifs beurteilen wollte. Der Hauptnachdruck ist vielmehr darauf zu legen, daß es sich um einen vollständigen Wechsel mit dem bisherigen handelspolitischen System handelt, wie es in den Vereinigten Staaten von Anfang an bestanden hat und zurzeit noch in allen europäischen Schutzstaaten besteht.

Tatsächlich haben die Vereinigten Staaten jetzt als erster Staat das einseitig vom Produzenteninteresse diktierte sogenannte Selbstschuttsystem, den „allseitigen“ Schutz der nationalen

Arbeit, verlassen und sich auf den Schutz derjenigen Produktionszweige beschränkt, die nach Ansicht der gesetzgebenden Faktoren noch einen Schutzwoll gegen das Ausland nötig haben. Unsere Zolltarife sind ohne den Nachweis der wirtschaftlichen Notwendigkeit einseitig von Interessengruppen diktiert worden. In den Vereinigten Staaten ist der neue Tarif von der Regierung im schärfsten Gegensatz und gegen den erbitterten Widerstand der bisher privilegierten Kreise durchgesetzt worden. Auch der Zollbund zwischen Industrie und Landwirtschaft, der jetzt wieder in Deutschland als eine nationale Notwendigkeit gepriesen wird, hat in den Vereinigten Staaten aufgehört zu existieren; denn die meisten landwirtschaftlichen Produkte sind auf die Freiliste gesetzt worden. Damit ist auch das alte Ideal der nationalwirtschaftlichen Selbständigkeit, der möglichen Selbstdeckung des eigenen Bedarfs preisgegeben worden, ein Ideal, das bei uns noch immer Triumph feiert. Obwohl doch das Streben nach wirtschaftlicher Selbständigkeit, das für einen heilen Kontinent noch Sinn und Berechtigung haben mag, für die Duodezstaaten Europas zum Instanz und Verhängnis werden muß. Es gehört dieses sogenannte Ideal aber zu dem ganzen handelspolitischen Rüstzeug und Phantasmen, das wir im Jahre 1879 eben von den Vereinigten Staaten übernommen haben. Als die Schlagworte vom Schutz der nationalen Arbeit, der Solidarität der produktiven Stände, des Schutzwoll als Dogma, das keiner Begründung bedarf usw., haben wir aus Amerika importiert. Das ist heute freilich in Vergessenheit geraten. Kein Vereiniger als Bismarck selbst hat sich bei der Inaugurierung seiner berühmten „Steuer- und Wirtschaftsreform“ im Jahre 1879 ausdrücklich auf das amerikanische Beispiel berufen, und unsere damaligen führenden Schutzwollner, insbesondere Herr v. Kardorff und die Herren vom Zentralverband Deutscher Industrieller, wurden nicht müde, auf die Vereinigten Staaten als zollpolitisches Vorbild hinzuweisen. Heute aber sagen dieselben Kreise: Was für die Vereinigten Staaten richtig ist, das ist es für uns noch lange nicht; sie können und in keiner Weise zum Muster dienen. Gewiß, die Amerikaner dürfen sich von einem Abbau ihrer Schutzwollmauer eine „Renaissance ihres Wirtschaftslebens“ versprechen, aber bei uns liegen die Verhältnisse doch ganz anders!

Gewiß hat die Zollfreiheit für Lebensmittel und einen Teil der Rohstoffe augenblicklich noch keine große praktische Bedeutung für die amerikanische Landwirtschaft, da in normalen Jahren eine Ueberproduktion über den heimischen Bedarf besteht. Die Vereinigten Staaten stehen aber im Begriff, aus einem Agroporland ein Agrarimportland zu werden und befinden sich damit ungefähr in derselben Lage wie Deutschland Mitte der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Im Gegensatz zu Deutschland soll aber diese Entwicklung erleichtert und nicht gehemmt werden.

So stehen wir jetzt vor der sonderbaren Erscheinung, daß Deutschland und andere europäische Schutzwollstaaten an einem handelspolitischen System festhalten, das ursprünglich aus den Vereinigten Staaten bezogen ist, das jetzt aber wegen der unentgeltlichen Mithände, zu denen es geführt hat, aufgeben.

Die Kaufkraft des Geldes.

Trotz der günstigen Ernteergebnisse im laufenden Jahre ist keine durchgreifende Milderung der herrschenden Teuerung eingetreten. Teilweise gehen die Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse bereits wieder nach oben. Dies gilt vor allem von den Fleischpreisen. Hieraus ergibt sich naturgemäß eine beträchtliche Verminderung der Kaufkraft des Geldes. Im Monat August der nachstehenden genannten Jahre erhielt man nämlich für eine Mark:

	1907	1913	1907	1913	
	in Kilogramm		in Kilogramm		
Roggenmehl . . .	5,00	3,23	Schweinefleisch . . .	1,00	0,61
Weizenmehl . . .	5,00	2,50	Hammelfleisch . . .	0,67	0,48
Kartoffeln . . .	11,11	14,28	Butter	0,45	0,80
Rindfleisch . . .	0,88	0,55	Gier (Schaf) . . .	20	12

Mit Ausnahme von Kartoffeln sind alle genannten Waren gegen 1907 im Preise bedeutend gestiegen. Selbst wenn die Geldlöhne dieses Jahres die Höhe des Hochkonjunkturjahres 1907 erreicht hätten, was bekanntlich durchaus nicht in allen Industrien der Fall ist, würde der Reallohn heute niedriger sein, als vor sechs Jahren. Die Preisermäßigung für Kartoffeln ist übrigens auch nur eine scheinbare, da Kartoffeln im Jahre 1907 relativ teuer waren; im Jahre 1908 z. B. erhielt man für 1 Mark 16,7 Kilogramm Kartoffeln, also 5,7 Kilogramm mehr als im Jahre 1907.

Letzte Nachrichten.

Wahlsieg in Sachsen-Meiningen.

Salungen, 22. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Landtagswahl in Salungen haben unsere Genossen glänzend gesiegt. Genosse Eckardt wurde mit großer Mehrheit gegen den national-liberalen Gegenkandidaten gewählt.

Obstruktion im österreichischen Landtag.

Wien, 22. Oktober. (W. T. U.) Bei der heutigen Verhandlung der Finanzvorlagen im Abgeordnetenhaus setzten die Abgeordneten der Ukraine die Obstruktion durch lange Reden fort. Die nächste Sitzung findet morgen statt.

Amerikanische Verstimmung gegen England.

London, 22. Oktober. (Nachricht des Reuterschen Bureau.) Der Umstand, daß der neue britische Gesandte in Mexiko, Sir Lionel Carden, Guertia sein Beglaubigungsschreiben überreichte, nachdem Guertia sich einen Tag vorher zum Diktator erklärt hatte, scheint in Washington angefaßt der von der amerikanischen Regierung Guertia gegenüber kundgegebenen Politik verstimmt zu haben. Ueberdies hat die Erklärung, die der englische Gesandte in einem Interview abgegeben haben soll, daß die Vereinigten Staaten die Verhältnisse in Mexiko nicht völlig verstanden, eine weitere Verstimmung hervorgerufen. Einige amerikanische Zeitungen äußerten, daß Sir Lionel Carden in Wirklichkeit die Pearsonschen Interessen vertritt, welche von der britischen Regierung unterstützt würden. Dem Reuterschen Bureau wird dazu mitgeteilt, daß England einzig und allein um geordnete Zustände in Mexiko besorgt ist und Guertia anerkennt, weil er ihm als der beste Mann am Platze erschien.

Ein Engländer als Berater der chinesischen Marine.

Weking, 22. Oktober. (Nachricht des Reuterschen Bureau.) Dem Vernehmen nach wird der englische Konteradmiral Christian zum Berater der chinesischen Regierung in Marineangelegenheiten ernannt werden.

Die Auswanderungsbegünstigung in Oesterreich.

Wien, 22. Oktober. (W. T. U.) Das Subkomitee des Budgetausschusses setzte heute die Erörterung über die Auswanderungsbegünstigung der Canadian-Pacific-Gesellschaft fort. Kallischer legte ein Schreiben vor, das ihm vom Verwaltungsrate der Austro-Amerikana zugegangen war und in welchem die gegen die Gesellschaft erhobenen Anschuldigungen als unrichtig zurückgewiesen werden. Bei der auf Verlangen der Gesellschaft seitens des Handelsministeriums durchgeführten Untersuchung habe sich ergeben, daß eine Propaganda durch die Austro Americana oder deren Agenten nicht getrieben wurde; es sich vielmehr um die Abwicklung eines Vorkaufgeschäftes handelte, bei welchem die Pässe durch die brasilianische Regierung besorgt wurde. Der Minister des Innern, Dr. Freiherr v. Heinold, stellte fest, daß nach Lage der Akten ein die Beförderung von Freipassagieren der brasilianischen Regierung bewilligender Erlass seitens des Ministeriums des Innern nicht ergehen sei.

Berichtigung.
In dem Inserat in Nr. 275
detr. Blödmann's Rowe und
Kobelt muß es heißen: **Berlin**
NW, **Berlichingen-**
straße 1 u. 3 (statt Reußstr.).

Todes-Anzeigen

Verband d. Buch- u. Steindruckerei-
Arbeiter und Arbeiterinnen
Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 21. d. M. verstarb nach
kurzem Krankenlager unser Mitglied
Paul Backhaus
im Alter von 46 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 24. Oktober, nach-
mittags 8 Uhr, auf dem Zentral-
Friedhof in Friedrichsfelde statt.
28/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Am 20. Oktober starb unser Mit-
glied, der Maurer
Willi Herbert
(Geistl. Sohn).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 24. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des Emmaus-Kirchhofes in Neu-
kölln, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
146/4 Der Vorstand.

Verein der Freidenker für Feuer-
bestattung. (Sitz Berlin.)
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Klempner
Ladislav Stypulski
Neußstr. Friedhofstr. 85/86
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet heute
nachmittags 3 Uhr im Zephtower
Krematorium statt.
Um rege Beteiligung ersucht
292/16 Der Vorstand.
F. R. Paul Steier.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Kohlen-
arbeiter
Joseph Schröter
am 20. d. M. im Alter von 48
Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 23. d. M., nach-
mittags 12 1/2 Uhr, vom Trauer-
hause, Reußstr., Kaiser-Friedrich-
Straße 245, aus auf dem Ge-
meinde-Friedhof Neußstr., Marien-
borger Weg, statt. 68/20
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter
Deutschlands.
Zahlstelle Groß-Berlin.
Am Montag, den 20. Oktober,
verstarb unser Mitglied
August Rodewald.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 23. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Andreas-Friedhofes in
Wilhelmsberg aus statt. 87/19
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Kranzspenden bei
dem Begräbnis meiner lieben Frau
sage ich allen Teilnehmern sowie den
Kollegen der Firma G. P. Götz
meinen herzlichsten Dank. 79/1
Fritz Becker.

Frankenunterstützungs- und
Begräbnisverein gewerblich.
Arbeiter in Berlin.
Sonabend, den 25. Oktober,
abends 8 1/2 Uhr, im **Hotel**
Dresdener Straße 116:
General-Versammlung
Tagesordnung:
Rechnungslegung pro III. Quartal
1913 und Beschiedenes. 292/17
Recht rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.
F. R. Friedr. Freudensreich, Vorsitz.
Brig. Lammemannstr. 35.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2 3-7. Sonntags 10-12
Vertraut. Redakt.: Alfred Pfeiffer, Neußstr. 11. Anfertiger: Berlin

Zentralverband der Maschinisten, Heizer u. Berufsgen.
Deutschlands.
Bureau: Engelufer 14/15. Geschäftsstelle Groß-Berlin. Tel.: Amt Moritzpl. 13261

Freitag, den 21. Oktober 1913, abends 8 Uhr, in den Arminhallen,
Kommandantenstraße 59-59

Allgemeine Betriebs-Versammlung
sämtlicher Zentralen und Unterstationen der 3. S.-W.

Tagesordnung:
1. Vortrag über:
„Die Machtentfaltung des Kapitals“.
Referent: Verbandsvorsitzender Kollege Fr. Scheffel.
2. Beschlussfassung über die gestellten Anträge der Arbeiter.
Kollegen! Tut Eure Pflicht und erscheinet pünktlich! Die Ortsverwaltung.

Charlottenburg
besitzt
jetzt

ein elegantes und vornehmes Kredit-Kaufhaus
Jeder, der Bedarf hat an

Möbel oder Konfektion
wende sich vertrauensvoll an meine seit 22 Jahren bestehende Firma

KREDIT-FEDER
Scharrenstraße 5

direkt am Wilhelmplatz
Ohne jede Anzahlung

erhalten diejenigen Kunden
Kredit, die bei mir
oder anderweitig ein
Konto besitzen und bereits
erledigt haben

Auswahl wie im
Spezialgeschäft
Verkauf gegen Bar
und auf Kredit

Zentrale Nord:
Brunnenstraße 1
Füllia Ost:
Frankfurter Allee 89
Füllia Süd:
Kottbuser Damm 164

Jeder Besucher meiner neuen Filiale
erhält ohne irgendwelche Kaufverpflichtung
1 großen Wandkalender gratis.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 16-26.

Mittwoch, den 29. Oktober, abends 8 Uhr,
im großen Saale der „Neuen Welt“:

General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht a) des Vorstandes, b) des Aufsichtsrates, c) der
Revisionskommission. 2. Entlastung des Vorstandes. 3. Beschlussfassung
über die Verteilung des Reingewinns. 4. Änderung der §§ 2 und 14 des
Statuts und Bericht der Statutenberatungskommission. 5. a) Wahl von
9 Aufsichtsratsmitgliedern, b) Wahl von 5 Erfahrpersonen für den Auf-
sichtsrat. 6. Streikfall Verlagsgesellschaft kontra Buchdrucker. 7. Anträge.
Der Eintritt in den Saal kann nur Mitgliedern gegen Vor-
zeigung der braunen Legitimationskarte gestattet werden.
Für Angehörige der Mitglieder ist die Galerie reserviert. 107/11
Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 16-26.
Der Vorstand: Der Aufsichtsrat:
A. Junger, D. Schulze. F. W. D. Stähler.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter
und verwandter Berufsgenossen. Zahlstelle Berlin.
Geschäftsstelle: O. 54, Rinaldstr. 10 L. Fernsprecher: Amt Norden 4518

Sonntag, den 26. Oktober 1913, nachmittags 2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (großer Saal):

General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht für das 3. Quartal 1913. —
2. Vereinsangelegenheiten.
Kollegen! Es ist unbedingte Pflicht aller in dieser Versamm-
lung zu erscheinen. Wichtige Fragen sind zu erledigen und darüber
Beschluss zu fassen.
Buch oder Karte legitimiert!
44/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.

Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Michaelseeck,
Petersburger Str. 81:
Branchen-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht des Kollegen Mitschke über: „Die Volks-
fürsorge und die Schäden der Privatversicherung“. 2. Verbands-
und Branchenangelegenheiten.

Einfeher.
Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Becker,
Weberstraße 17:
Branchen-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht vom Bau-
arbeiter-Gewerkschaft. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Maschinearbeiter, Bez. Südost.
Sonntag, den 26. Oktober 1913, im Reichenberger Hof,
Reichenberger Straße 147:
Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Fritz Zabell.
Nachdem gemütliches Beisammensein, Tanz und humoristische Vorträge.
Eröffnung 6 1/2 Uhr. Beginn des Vortrages 6 3/4 Uhr.
Eintrittskarten a 20 Pf. sind bei den Kommissionsmitgliedern und bei
Straß, Kaufm. Platz 12, erhältlich.

„Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter“
Sonnabend, den 25. Oktober 1913:
Kammermusik-Abend
im großen Saale der Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

MITWIRKENDE:
Herren Peter Uchmann, 1. Violine; Hermann Walter,
2. Violine; Viktor Prosil, Viola; Fra. Hollfelder, Violoncello;
Fr. Gertrud Nettermann, Gesang; Fr. Marie Schipfmann,
Rezitation. Am Flügel: Hr. K. Rockstroh. Konzertflügel: Ibach.
Nach dem Konzert: BALL.
Anfang pünktlich 8 1/2 Uhr. Billetts inkl. Tanz 50 Pf. auf den Zahl-
stellen der Klavierarbeiter.
90/17 Die Ortsverwaltung.

„ADLER“-
DAUER-
WÄSCHE
kalt abwaschbar
trägt diesen Stempel

zum Schutz gegen Täuschung.
Zentrale:
Berlin A. 14, Dresdenerstr. 50/51
Spezial-Verkaufsstellen:
Berlin S.: Dresdener Str. 50/51.
„ C: Alte Schöenhauser Str. 41.
„ N: Chaussee-Str. 100.
„ N: Behm-Str. 30.
„ O: Frankfurter Allee 18.
Schöneberg: Akazien-Str. 2.
Charlottenb.: Wilmsdorf, Str. 143.
Lichterfelde W.: Knoke-Str. 11.
Brandenburg a. H.: Haupt-Str. 33.

Tabakarbeitergenossenschaft
Stuttgart.
Qualitätsware
Unterstützen Sie uns!
Gen.-Vertr.:
P. Horsch, Engelufer 15
Gewerkschaftshaus.

Was weiße Nachahmungen!
Husten,
Halsentzündung
rauhes Hals
befehligen
Reichel's
Hustentropfen
schnell und sicher.
Nur echt
mit Marke
„Medico“

Kostüme, modern
Ulster, äußerst schick
Plüschmäntel, elegant
Kinder-Paletots
Blusen und Röcke
direkt aus Arbeitstuben billigst
Magnus Meyer
Blücherstr. 13, 1. Etage.
Sonntags geöffnet. Kein Laden.
Parteilmitgl. erhält 5 % Ermäßig.

Reste
Damentuche 3 M.
schwarz u. farb. Mir. 3 1/2 M.
Kostümfstoffe
neueste englische
Muster p. Meter von 2 M.
Seldenplüsch
Velour du Nord 30 cm 4 M.
breit . . . per Meter 4 M.
Engl. Seal 120 cm 12 M.
breit . . . per Meter 12 M.
Astrachan 100-120 5 M.
breit . . . per Meter 5 M.
C. PELZ
Kottbuser Str. 5.

Spezialarzt
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Mata. Blutuntersuchung.
Schnelle, sich. Heilung. Mäßige Preise.
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
Sprechst. v. 8-8, Sonntags 8-10.

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Dr. A. J. Weil's
Hafermark
macht alle Kinder stark!
Natürliches Nähr- und Kräfti-
gungsmittel für Säuglinge,
stillende Mütter, Magen-
leidende, Schwächliche, Re-
konvaleszenten und für den
täglichen Familienbrauch.
Originalpaket = 1 Pfd. 40 Pf.
Zu haben bei **D. Hader,**
Prinzenstraße 26 und in den
Filialen d. Konsumgenossen-
schaft Berlin u. Umgeg. 268/1*

Enorm billig!
Ulster und Anzüge
von 25 bis 60 M.
Gehrock-Anzüge
Smokings auf Seide
Billige Hosenwoche.
Versandhaus „Germania“
Unter den Linden 21.

Gewerkchaftliches.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung in fabrischer Beleuchtung.

Aus London wird uns geschrieben:

Die Fabianische Gesellschaft ist zwar eine politische Organisation, die sowohl der britischen Arbeiterpartei wie dem Internationalen sozialistischen Bureau angeschlossen ist, aber sie ist seit jeher mehr durch die Forschungen ihrer Mitglieder auf sozialwissenschaftlichem Gebiete und ihre wissenschaftlichen Traktate von Bedeutung gewesen, als durch ihre politische Tätigkeit.

Die erste Arbeit der Forschungsabteilung war die Einsetzung eines Komitees über die Kontrolle der Industrie, das aus 82 Mitgliedern der Fabian Society und 66 hauptsächlich aus Führern der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung gezogenen Beiräten besteht.

Der Bericht über die „industrielle Organisation in Deutschland“ ist soeben als eine Spezialbeilage der von Fabian herausgegebenen Wochenschrift „The New Statesman“ veröffentlicht worden.

Kleines feuilleton.

Der Lehrer Liebermanns. Man weiß, daß Liebermann sehr viel Wert darauf legt, einen künstlerischen Stammbaum zu haben. Er möchte sich geschichtlich einordnen lassen als Ergebnis und Vollendung einer Entwicklungsgreihe.

Liebermann hat dazu einige „Erinnerungen“ beigezeichnet. Wir lesen: „Es wäre lächerlich, von Steffed in Superlativen zu reden, er selbst — denn er war wie Th. Fontane, mit dem er auch sonst manche Ähnlichkeit hat, ein Künstler, und zwar von der Sorte, der sentimentale Phrasen und feierliche Redensarten am liebsten liebt.“

Was wir nun in den achtzig Bildern, die da von Steffed hängen, zu sehen bekommen, ist durchaus eine Bestätigung der Liebermannschen Meinung. Steffed, ein wohlhabender Mann und zugleich Vater von vierzehn Kindern, malte ohne Hast, halb geistlos, halb spielerisch, niemals aufgeregt und immer interessiert, die Erscheinungen seiner Umgebung: seine Kinder und seine Hunde, Menschen und Pferde, wie sie zu ihm kamen, möglichst ähnlich.

verbände und geht dann auf die Organisation, Entwicklung, Leistungen und taktische Haltung der letzteren ein. Besonders ausführlich werden der Metallarbeiterverband, der Bauarbeiterverband, der Transportarbeiterverband und der Holzarbeiterverband behandelt und ihre Verwaltungsorganisation bis in alle Einzelheiten dargestellt.

Der Erfolg der riesenhaften industriellen Organisationen der Arbeiter, gelernter wie ungelerner, die in der Manipulation einer bestimmten Art von Material beschäftigt sind, wie Holz oder Eisen, oder die in den verschiedenen Branchen eines Berufes beschäftigt sind, wie in dem Transport von Menschen oder Waren, ist zum großen Teil auf den Einfluß der sozialdemokratischen Lehre von der Klassen-Solidarität zurückzuführen.

Bur Kennzeichnung der allgemeinen Taktik der deutschen Gewerkschaften bringt Sanders einen langen Auszug aus einem im September 1912 im „Vorwärts“ und im „Korrespondenzblatt des Internationalen Transportarbeiterverbandes“ veröffentlichten „autoritativen Artikel“, in dem die deutschen Gewerkschaftsmethoden den französischen syndikalistischen Methoden gegenübergestellt und namentlich auch auf den verunglückten Londoner Hafenarbeiterstreik verwiesen wird.

Berlin und Umgegend.

Hirsch-Dundersche Hilfe für die Gelben. In unserem gestrigen Artikel unter dieser Ueberschrift ist ein Fehler unterlaufen. Genosse Dr. Heine mann wurde dort als Vertreter des Metallarbeiterverbandes in dem Kampfe gegen die Firma Siemens u. Halske bezeichnet. Das ist nicht ganz richtig.

Achtung, Friseurgehilfen! Nach den tariflichen Ermäßigungen beginnt die Arbeitszeit jetzt um 8 Uhr morgens. Tariflich geregelt

sind ferner folgende Betriebe: Bickert, Danziger Str. 67; Wurgardt, Dunderstr. 10; Göde, Culacstr. 23; Sergele, Drehmeierstr. 20; Bänich, Straßmannstr. 27. In Lichtenberg: Pöfner, Wagnerstr. 27; Karrah, Friedrichstr. 68. In Treptow: Reumann, Schauffeierstr. 71. Zu streichen ist: Pacharias, Seldiner Str. 76. Für Verbandsmitglieder gesperrt: Kläre, Dorfstraße 20. Verband der Friseurgehilfen.

Achtung, Zimmerer! Bei der Firma Held u. Franke sind auf dem Holzplatz des Schneidemühlensbergers Weges in Erkner Differenzen ausgebrochen. Untere Kammern aus Berlin und Erkner haben einstimmig die Arbeit niedergelegt.

Deutsches Reich.

Vom Stettiner Hafenarbeiterstreik.

Herr Hesseberg ist anscheinend wieder besonders klugelustig. Er droht in einem offenen Briefe in der „Ostsee-Zeitung“ der Verbandsleitung des Gemeindefreierverbandes an, daß es dieser so gehen würde, wie schon verschiedenen sozialdemokratischen Redakteuren, wenn sie ihn in seinem Geschäft stören würde.

Der Schaden, den die Arbeitswilligen an Material und Werkzeugen anrichten, muß ein ganz beträchtlicher sein. Wenn der Zustand noch einige Zeit dauert, dürfte im Freizeidiebstahl kein gut funktionierender Kran mehr vorhanden sein.

Die Arbeiter der Hafenstädte werden erlucht, ganz besonders darauf zu achten, daß keine Streifarbeit verrichtet wird durch Aben und Böden von Waren, Gütern usw., die sonst im Stettiner Freihafen umgeschlagen werden.

Streik der Kupferschmiede und Heizungsmonteur in Chemnitz.

Seit dem 1. Oktober haben in Chemnitz die Heizungsmonteur und Kupferschmiede die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmer sich nicht geneigt zeigten, auch nur einigermaßen annehmbare Zugeständnisse auf die von den Arbeitern gestellten Forderungen zu machen.

Der Streik der Straßburger Heilmonteur ist nach vier Wochen beendet worden. Ein Tarif wurde zwar nicht eingeführt, jedoch ist es den Monteuren gelungen, wesentliche Verbesserungen der bisherigen Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Ausland.

Uhrenarbeiterstreik in der Schweiz.

In der Uhrenfabrik „Sierna“ in Grenchen (Kanton Solothurn) streiken seit letzten Sonnabend circa 200 Remonteur, weil die Fabrikleitung den nach zweijähriger Geltungsdauer abgelaufenen Tarifvertrag nicht wieder erneuern wollte.

ihren jungen Gatten eifersüchtig verliert ist — was kann sie besseres tun, als aus ihren ebellchen und sonstigen Erlebnissen am Hofe einen kleinen Schlüsselroman: „Die heitere Residenz“ zusammenstellen und ihn pseudonym dem lieben Publikum servieren, das immer Freude am Sclandal hat?

Der Hauptteil des Erfolges wird auf Rechnung der ausgezeichneten Darstellung zu setzen sein, auf Adolf Pauls kräftig polternder Kasernen-Heerzog mit der drohig brohend angegebildeten Samuraitypen und Lisa Calafros charmante Liebeshäufigkeit in der Feingefühlrolle.

Schillertheater Charlottenburg: Rosenmontag von Hartleben. Vor gestelltem Hause wurde Otto Erichs Daffertrogodie aufgeführt, und es machte der Aufmerksamkeit und Beifallslust des zahlreichen Publikums nichts aus, daß die schauvielerische Leistung sich dem Thema nicht fonderlich gewachsen zeigte.

Das Programm des Neuen Volkstheaters. Der neuernannte Direktor der Neuen Freien Volkstheater hat sich über seine künstlerischen Pläne ausgelassen: „Mein Bestreben wird sein, vornehmlich gute Kunst zu bieten. Das wird um so eher möglich sein, als die gesicherte wirtschaftliche Grundlage die Jagd nach dem Kassensitz entbehrlich macht. Wir

Theater.

Deutsches Schauspielhaus: Die heitere Residenz. Lustspiel von Georg Engel. Der Autor, dessen letzte, im Berliner Theater aufgeführte Komödie „Der schwarze Junker“ bei allen mitlaufenden Gewaltmaßnahmen in der Titelfigur Anfänge zu einer drastisch-prägnanten, zuweilen satirisch-häckernden Charakteristik aufwies, hat sich in seinem neuen Lustspiel von derlei Ehrgeiz gründlich losgesagt.

Und da sie außerordentlich klug und obendrein in

Fürsorgetag für Lungenkranke.

Der internationale Konferenz zur Bekämpfung der Lungen-tuberkulose, die heute in Berlin ihren Anfang nimmt, ging gestern der zweite Fürsorgetag für Lungenkranke voraus. Zu demselben hatten sich etwa 300 Männer und Frauen, die in der Bekämpfung der Tuberkulose tätig sind, im Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses unter Vorsitz des Wirkl. Geh. Obermedizinalrat Professor Gaffky eingefunden.

Hofrat Dr. Ferdinand Mah-München sprach über die Organisation der Fürsorgetage für Lungenkranke und ihre Stellung zu den anderen für die Tuberkulosebekämpfung in Betracht kommenden Wohlfahrtsanstalten. Der Redner gab zunächst einen ausführlichen Überblick über die Entstehung der Fürsorgetage und hob hierbei den Einfluß hervor, welchen die Einrichtungen der Dispensaires im Auslande, namentlich in Frankreich, auf die deutschen Fürsorgetage ausgeübt haben. In Groß-Berlin hat sich vor etwa zehn Jahren das Zentralkomitee für Fürsorgetage in Groß-Berlin gebildet, um eine Zersplitterung der Kräfte zu vermeiden. Es sind namentlich die Arbeiten des Geheimrats Pütter von der Berliner Charité für dieses Zentralkomitee wie überhaupt für das ganze Fürsorgetagewesen richtunggebend gewesen. Der Schutz der Kinder gegen Infektion erscheint als eine der Hauptaufgaben der Bekämpfung der Tuberkulose überhaupt, denn in der Infektion im Kindesalter haben wir die wichtigste, allerdings nicht die einzige Krankheitsursache zu erkennen. Auch Erwachsene können sich rasch an Tuberkulose infizieren, sei es, daß sie zu den wenigen gehören, die als Kinder nicht infiziert waren, sei es, daß die Immunität, die sie als Kinder erworben haben, erloschen und neuen Angriffen nicht mehr gewachsen ist. Neuestens wichtig für die Tropenhygiene ist die Verhütung der Rasseninfektion und der häuslichen Autoinfektion bei Kindern sowie die Verhinderung der Ansteckungsgefahr für Erwachsene. Die Frage, wer der Träger der Tuberkulose sein soll, wäre verfehlt, es kann sich nur um die Frage handeln, wer alles Träger sein kann, denn der Gewinn liegt in der Selbstheilung. Es ist höchst erfreulich, wenn Behörden und Städte, wie z. B. Schöneberg, Charlottenburg, Köln, Hamburg u. a. geradezu Unübertreffliches leisten, wozu ihnen ja auch die reichen Mittel ihrer Gesundheitsämter zur Verfügung stehen. Aber auch die Tätigkeit von Vereinen hat ihre großen Vorzüge; sie haben Vorzügliches geleistet und tun es noch immer, sei es, daß sie als Provinzialvereine, sei es, daß sie als Ortsvereine auftreten oder, wie in Schöneberg, solange als Pioniere wirken, bis die Stadtgemeinden das von ihnen ins Leben gerufene Werk übernehmen und weiter führen. Gewiß, die städtischen Fürsorgetage haben ihre ungleichlichen Vorteile, aber es läßt sich nicht leugnen, daß auf manchem Gebiet der Fürsorgetätigkeit, so z. B. bei Bewehrung von Wohnraum, von Betten usw., die leistungsfähigere Tätigkeit von Vereinen gegenüber dem bürokratischen Schema polizeilicher Verwaltungen mit ihren Formalitäten und Schreibern vorzuziehen ist. Von 365 privaten Fürsorgetagen in Deutschland sind 139 von Vereinen, 80 von Ausschüssen, 192 von Vereinigungen oder Stiftungen errichtet, welche auch noch andere Ziele verfolgen. Die Ortsvereine vom Roten Kreuz und zwar fast durchweg die Frauenvereine vom Roten Kreuz haben 92 Fürsorgetage errichtet, die zum Teil ganz hervorragend eingerichtet sind, wie z. B. die in Paderborn, 69 Prag, aller deutschen Fürsorgetage, nämlich 417, sind durch Behörden oder öffentliche Organe errichtet. Für die Fürsorgetätigkeit sei die Frau mit ihrem Partgefühl, ihrem raschen Erkennen und offenen Blick viel besser geeignet als der Mann, so daß sich durchaus die Anstellung weiblicher Fürsorgetätigerinnen und Pflegerinnen empfiehlt. Die Fürsorgetage sollen möglichst im Zentrum und ebenerdig gelegen sein, und die Lokale dafür sollen wünschenswert für keine anderen Zwecke benutzt werden; wenn dies aber doch unvermeidlich sein sollte, dann müssen sie vor jeder anderen Verwendung entsprechend gereinigt und desinfiziert werden. Wenn eine Fürsorgetage in der Wohnung eines Arztes sein muß, dann soll sie getrennt von den übrigen Räumen sein. Bezahlbare Wart- und Untersuchungsräume sowie nach Möglichkeit auch ein besonderer Raum für Schwestern sind wünschenswert. Es ist praktisch, daß die Schwester im gleichen Hause wohnt. — Zum Schluß fordert der Referent unter Hinweis darauf, daß Robert Koch die Fürsorgetage als das wichtigste Kampfmittel gegen die Tuberkulose bezeichnet hat, einen Zusammenschluß dieser Fürsorgetage und bemerkt, daß nur dann die Fürsorgetage wirklich das Zentrum der Tuberkulosebekämpfung darstellen, wenn sie allen Anforderungen genügen, um jeden einzelnen Seuchenherd zu entdecken und die Kranken rechtzeitig isolieren zu können. Es sei nicht abzuleugnen, daß viele der bestehenden Fürsorgetage nicht allen Anforderungen genügen und daß so manche, die nur Geld oder Rühm den Kranken gewähren, nicht mehr sind als gewöhnliche Wohlfahrtsanstalten, aber nicht zur Bekämpfung der Tuberkulose beitragen. Durch solche minderwertigen Fürsorgetage

wollen auch Nichtmitgliedern die Möglichkeit geben, unser Theater zu besuchen. Sollte es sich herausstellen, daß wir nicht genügend Plätze im Neubau am Völzowplatz haben werden, so soll ein zweites Theater gebaut werden. Das sieht allerdings wie eine Konkurrenz zu den Bühnen aus. Indes gibt es in Berlin so viele Leute, die zu annehmbaren Preisen gute Kunst haben wollen, daß wohl eine Verdrängung dieser Institute nicht erfolgen wird, wenn auch das Repertoire und sogar die Preise ähnliche sein werden. Das erstere betrifft, so wollen wir vor allem das klassische Drama pflegen, was an den bisher unserem Verein zur Verfügung stehenden Bühnen nicht möglich war. Danach wird auch die Zusammenstellung des Ensembles erfolgen. Aber auch Uraufführungen moderner Autoren sind in Aussicht genommen. Literarische Matinees sollen eingerichtet werden.

— Theaterchronik. Im Theater am Kollendörffplatz gelangt am nächsten Sonnabend, nachmittags 8 Uhr, zu kleinen Preisen Schillers „Maria Stuart“ zur Aufführung.

— Ein Fiestag in der Universität. Professor Artur Kampf erhielt den Auftrag, in der neuen Universitätsbibliothek, der alten Kgl. Bibliothek, ein großes Wandgemälde anzuführen. Es soll Richtiges Reden an die deutsche Nation zum Gegenstand haben, die er in der alten Akademie im Winter 1907/08 hielt.

— Ein Komponist, der sich löst. Der Komponist Jean Gilbert war mit seinem Manager (Racher) W. Mendel in Differenzen geraten. Die Folge: ein Prozeß und ein Bombardement von Erklärungen. Die Herrschaften haben sich nun, nachdem sie gegenseitig gehörig ausgelassen, geeinigt. Der Komponist muß an den Manager eine Viertelmillion Mark zahlen. Der Prozeß ergab nette Einblicke in die kapitalistische Agenten- und Vermittlerwirtschaft. Der Mendel hatte seinerzeit 29 800 M. aufgewendet, um den Komponisten auf zeitweises zur Abgabe von 25 ja 30 Prozent seiner Einkünfte zu verpflichten. Er soll inzwischen schon 300 000 M. von seinem Opfer gezogen haben. — Die Verklammerung der Künstler (der schaffenden wie der darstellenden) durch die Geldparasiten wird leider trotz solcher Erfahrungen von Tag zu Tag ärger.

— Das Fiasco der Prinzessin-Operette. Die Uraufführung der Operette „Die Prinzessin“ im römischen Theatre Nazionale bedeutete einen völligen Mißerfolg. Während der erste Akt ruhig angeordnet wurde, ertönte bereits beim zweiten lautes Rischen und der dritte konnte nur mit Mühe unter dem lebhaften Protest des Publikums zu Ende gespielt werden. Die Handlung der Operette ist dürftig und die Musik entbehrt jeder Originalität. Am Schluß der Vorstellung riefen Klugerer nach der Verfasserin und dem Komponisten, die, als sie sich zeigten, mit ironischem Beifall begrüßt wurden.

stellen könne die ganze Einrichtung in Mißkredit gebracht werden nicht nur beim Publikum, sondern auch bei den Ärzten. Wenn die Tuberkulosebekämpfung auch viel Geld braucht, so müssen doch auch die richtigen Persönlichkeiten und die entsprechende Organisation vorhanden sein, um die richtige Verwendung der Gelder zu ermöglichen.

Die Fürsorgetage sollen keine Wohlfahrtsanstalten sein, sondern gemeinnützige Wohlfahrtsanstalten und sie müssen daher mit allen anderen gemeinnützigen Wohlfahrtsanstalten in Verbindung stehen. — Wir wollen, schloß der Redner, uns nicht damit brüsten, möglichst viele Fürsorgetage zu haben, sondern wir wollen möglichst gute haben. Darum dürfen wir nicht rasten, um das zu erreichen, was Robert Koch als das beste Kampfmittel gegen die Tuberkulose bezeichnet hat.

In der Diskussion gab der Begründer der Dispensaires, Professor Calmette-Paris, in französischer Sprache einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Dispensaires und bemerkte, daß ihre Ausgestaltung ein soziales und wirtschaftliches Werk von hoher Bedeutung sei. — Aus der Diskussion seien besonders die Darlegungen des Geheimrats Pütter, des Verwaltungsdirektors der Berliner Charité, hervorgehoben. Er wies auf die Tätigkeit des Zentralkomitees der Auslands- und Fürsorgetage in Berlin hin, das im Jahre 1912 annähernd 30 000 Lungenkranke, 1300 Alkoholkranker und 400 Krebsverdächtige in seiner Fürsorge hatte, die sich auch auf den Mittelstand erstreckte. Die Fürsorge für Alkoholiker dürfte im Jahre 1912 in Berlin der jüdischen Armenkasse etwa 60 000 M. erspart haben. Einige 100 Personen wurden durch rechtzeitige Untersuchung und Erkennung ihrer Krankheit vor dem Tod an Krebs bewahrt, weil sie zur rechtzeitigen Operation gebracht wurden. Die Landesversicherungsanstalt Berlin, die eigene Fürsorgetage unterhält, hat infolge gewisser Differenzen die Subvention an das Zentralkomitee eingestellt, während die Stadt Berlin zu den Betriebsmitteln 1913 50 000 M. beisteuerte. Im Jahre 1912 wurden über 11 000 Kinder ärztlich untersucht und ihre häuslichen Verhältnisse kontrolliert. Der Redner tritt entschieden dafür ein, den Fürsorgetagen nicht nur den Kampf gegen die Lungenschwindsucht, sondern auch gegen die anderen Volkskrankheiten zu übertragen.

Heute tritt im Abgeordnetenhaus die 11. internationale Tuberkulosekonferenz zusammen, die bis zum 25. Oktober dauern wird.

Kommunale Wahlbewegung.

Für den

9. Kommunalwahlbezirk

fand am Dienstag eine Versammlung im Luisenpark statt. Referent war der Stadtverordnete Paul Böhm. In der Diskussion sprachen die Stadtverordneten Gottfried Schulz und Wilhelm Mann. So hatten die Versammelten Gelegenheit, von drei Vertretern der Arbeiterschaft eine eingehende, mit zahlreichen Tatsachen belegte Schilderung der Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion zu hören. Ein interessantes Bild war es, was sich den Zuhörern entrollte. Sie sahen, wie unsere Genossen im Rathaus seit zwei Jahrzehnten bemüht sind, die bürgerliche Mehrheit vorwärts zu treiben und zur Erfüllung sozialer Aufgaben der Gemeinde zu bewegen, was denn auch nach harten Kämpfen mit der rückständigen Mehrheit bis zu einem gewissen Grade gelungen ist. Es läßt sich nicht verkennen, daß mit unseren Genossen ein neuer Geist in die Stadtverwaltung eingebracht ist, der sich aber infolge des hartnäckigen Widerstandes der bürgerlichen Mehrheit nur langsam, aber mit stets wachsendem Erfolge durchsetzt. Dem Drängen der Rassen, die hinter unseren Vertretern stehen, muß man schließlich, wenn auch widerstrebend, Rechnung tragen. Deshalb ist es jetzt die Aufgabe der sozialdemokratischen Wähler, ihre Vertreter mit einer imposanten Stimmengahl wiederzuwählen, nicht im Bewußtsein der Sicherheit des Sieges im 9. Bezirk lässig zu sein, sondern so zu arbeiten, als gelte es, den Bezirk neu zu erobern.

In der Versammlung für den

16. und 22. Kommunalwahlbezirk

bei Boeker, Weberstraße, referierte zunächst Genosse V a n e r. Er beleuchtete die sozialen Einrichtungen der Stadt, vornehmlich die Fürsorge für Kranke in Krankenhäusern und Heilanstalten und wendete sich schließlich dem Schulwesen zu, indem er betonte, wieviel gerade auf diesem Gebiete noch zu tun übrig bleibt. Dann kam Genosse W e n g e l s zum Wort und zeigte an Hand eines reichen Zahlenmaterials, wie außerordentlich benachteiligt die minderbemittelten Wähler durch das geltende Wahlsystem sind, das noch durch das Hausbesitzerprivileg besonders reaktionär wirkt. Eine Diskussion knüpfte sich nicht an die Referate.

Die Neuköllner Genossen und der Parteitag.

Die Neuköllner Genossen führten am Dienstag die Debatte über den Parteitag in Jena zu Ende. Den Diskussionsreigen eröffnete Genosse V a r t h. Er ist der Meinung, daß die Arbeitslosenfrage so wie sie auf dem Parteitag erörtert wurde, auch auf jedem sozialen Kongress verhandelt werden würde. Nicht haben wir etwas von oben zu erwarten, sondern wir müssen fordern und rücksichtslos anfragen. So muß der Klassenkampf in dieser Frage besonders in den Vordergrund gerückt werden. Die Parteipresse dürfe bei Selbstmorden aus Arbeitslosigkeit usw. nicht schreiben: Durch Not in den Tod, sondern: Die kapitalistische Gesellschaft hat wieder einen Mord auf dem Gewissen. Keine Zeit sei besser dazu angefallen die Massen aufzurütteln, als gerade die der Krisen. In dieser ist es angebracht, den Massenstreik mit Erfolg zu diskutieren. Das Ergebnis des Parteitages verdiene kein Hoffmann.

Referent: Solange er zurüdenten könne, habe noch kein Parteitag eine solche Jahresrechnung gegeben wie der vergangene. Bebel hätte wahrscheinlich anders gewirtschaftet. Wenn eine Rede die Partei disorientiert habe, so war es nicht die der Genossen L u x e m b u r g, sondern die des Genossen V a n e r. Zur Kampferziehung habe die Partei nicht Genügendes getan. Bis vor einiger Zeit sagte man: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen, und damit sind wir gut gefahren; warum nun der Umschwung dieser erprobten Anschauung? Daß durch den Massenstreik recht bald Erfolge erzielt werden, ist zu wünschen.

V o d a n y: Es klang aus den Berichten über den Parteitag heraus, daß die Riesenschlange der Partei nicht mehr recht funktioniert. Bei den vielen Vollvertretern müsse in der Arbeitslosenfrage etwas herauspringen. Von den Delegierten hätten wohl die meisten die Fühlung mit der Masse verloren. Der Entschluß in der Polenfrage zeitig vertriebe Germanisation. Obgleich er und viele andere immer gegen diesen Beschluß kämpfen werden, dürfen wir uns keinesfalls gegenseitig zerfleischen, sondern wir müssen uns brüderlich fördern.

F r a n k e: Betonen möchte ich, daß in der Frage der Arbeitslosenfürsorge etwas Großes geleistet worden ist. V a u e r mußte sich in der Massenstreikangelegenheit bewußt sein, was er tat. Hahelaffig war es von ihm, eine derartige Siegreisende zu halten. Die Masse muß mit ihren Waffen vertraut sein, um bei einem Ausbruch des Koalitionsrechtes gewappnet zu sein; aus diesem Grunde muß die Massenstreikfrage auch mehr innerhalb der Gewerkschaften ventiliert werden. Mit dem Kaiserbeschlusse haben die Neuköllner bis dato trübe Erfahrungen gemacht. Da der Delegierte S c h o l z die Stimmung der Mandatgeber kannte, sei es bedauerlich, daß er auf dem Parteitage sein Votum nicht in ihrem Sinne abgab.

R a d i k e: Es hat wohl noch kein Parteitag die volle Zustimmung aller empfangen; denn je größer die Partei wird, desto

mehr wachsen ihre Aufgaben. Ein politischer Massenstreik muß mit Arbeitenden gemacht werden; wenn man noch dazu bedenkt, daß uns gewerkschaftliche Arbeiter als Feinde gegenüber stehen. In der Steuerfrage muß berücksichtigt werden, daß feststehende Steuern nicht der Arbeiterschaft aufgehoben werden. Der Kaiserbeschlusse erscheint ihm schärfer, als der vorangehende. In langer, jäher Pionierarbeit und nicht mit Worten ergießen wir Kämpfer; aus diesem Grunde ist der Ausbau der Organisationen eine erste Vorbedingung zum Massenstreik.

S c h o l z: Wenn durch Schuld der Fraktion dem Volke eine indirekte Steuer aufgebürdet worden wäre, wir würden auf der Agitation schon nach Hause gehen. Die Fraktionshaltung war zu billig. Es stimmt nicht, daß nur der Masse Entremette als Parteitagabesorgende ihr Amt ausübten; über die Hälfte waren im Beruf Tätige. Nicht darüber streiten wir, ob wir den Willen, sondern darüber, ob wir stark genug sind, einem ungleich stärkeren Gegner ein Paroli zu bieten. Das ist die Kernfrage. Die Verherrlichung der Inorganisierten tut dem Gewerkschaftsgedanken großen Abbruch. Grund zum Besjismus haben wir auf keinen Fall. Schon viel wäre dem Proletariat wieder entrisen, wenn es nicht schon über ansehnliche Streikkräfte verfügen würde.

L e h m a n n: Den Mitgliedern der V. P. S. sei es vorerst um Nationalfragen zu tun. Wenn gesagt wird, durch die Diskussion des Massenstreiks zeigten wir den Gegnern unsere Schwächen, so stimmt das nicht; denn unsere Widerfaher wissen ganz genau, wieviel das Massenbewußtsein bei uns entwickelt ist. Mit einem gewissen Recht sagen die Gewerkschaften in der Massenstreikfrage: Spielet nicht mit Feuer! Wird es einmal so weit sein, dann stehen auch die Gewerkschaftler ihren Mann. Eine Unstille ist es, bei Meinungsverschiedenheiten immer „Richtungen“ zu konstruieren.

S c h o l z: Es ist gesagt worden, alles wird zu lau und zu leicht angefaßt; ja, wo sind denn dann die kritisierenden Genossen, wenn es heißt, ein Amt anzunehmen. Da brüden sich die meisten von der Arbeit. Bei einem Massenstreik muß die Produktion lahm gelegt werden. Kann man es bei der heutigen Arbeitslosigkeit wagen, die Arbeiter aus den Betrieben herauszuholen? Nein! Schon auf der Kreisgeneralversammlung habe Redner seinen Standpunkt zur Steuerfrage präzisiert. Dieser deckt sich vollständig mit dem schon seit langen Jahren von der Reichstagsfraktion verfolgtem. Seine Haltung bei der Abstimmung war also bekannt.

Nachdem noch K o t t e als letzter Redner die Ergebnisse des Parteitage kritisiert hatte, nahm P ä h e l das Schlußwort. Er sagte sich nach Überlegung der verschiedensten Diskussionsredner dahin zusammen, daß der Parteitag weder Lob noch Tadel verdiene. Er habe eben wie alle vorangehenden einfach seine Aufgabe im Interesse der Gesamtpartei gelöst.

Sodann teilte der Vorsitzende mit, daß der frühere Stadtverordnete B i l k e, da er bei der Landtagswahl einem Gegner seine Stimme gab, aus dem Neuköllner Wahlverein ausgeschlossen ist. Diese Angelegenheit ist nach Groß-Berlin weitergegeben worden.

Soziales.

Tarifvertrag und § 153 der Gewerbeordnung.

Das sächsische Oberlandesgericht fällt dieser Tage ein wichtiges, mit der neueren Rechtsprechung des Reichsgerichts übereinstimmendes Urteil über die Nichtanwendbarkeit der Strafbestimmungen des § 153 der Gewerbeordnung auf Tarifverträge.

Bei dem Neubau des Reichlichen Warenhauses in Chemnitz war zwischen der Zahlstelle des Zimmererverbandes und dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe ein Tarif abgeschlossen worden. Danach war die Arbeitszeit auf 7½ Stunden für die Wintermonate festgesetzt. Ueberstunden sollten nur in dringlichen Fällen mit Zustimmung der Bauleitenden erfolgen, da es viele Arbeitslose gab. Die beiden Verbandmitglieder L e s c h und S i m o n versuchten hartnäckig gegen diese Bestimmungen, indem sie zur Erlangung eines größeren Verdienstes regelmäßig zehn Stunden arbeiteten. Zwei Bauleitende ermahnten die beiden Ueberstundenmacher an ihre solidarischen Pflichten und als diese in ihrer Ueberarbeit ungeachtet dessen fortfuhren, erklärten sie ihnen: „Ihr müßt aufhören; die anderen haben beschlossen, nicht mehr mit Euch zu arbeiten. Geht in das Bureau der Zahlstelle, dort wird Euch andere Arbeit nachgewiesen.“

Wegen dieser Äußerung wurden beide vom Schöffengericht zu zwei Tagen Gefängnis verurteilt. Das Gericht sah darin eine Drohung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung. Die von den Angeklagten eingelegte Berufung hatte keinen Erfolg. Jetzt hat der Strafsenat des Oberlandesgerichtes als Revisionsinstanz die Angeklagten kostenlos freigesprochen.

In der Urteilsbegründung heißt es unter anderem: . . . Wie aus den tatsächlichen Feststellungen des Berufungsgerichtes hervorgeht, war das Absehen der Angeklagten darauf gerichtet, die Zimmerer L e s c h und S i m o n zur Beobachtung eines tarifstreuen Verhaltens zu bestimmen, das heißt also, dem zwischen den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern rechtskräftig abgeschlossenen Tarifverträge Folge zu leisten. Ein solcher Tarifvertrag fällt aber nicht unter die Kampfmittel des § 153 der Gewerbeordnung, er ist im Gegenteil der den Kampf beendende Friedensschluß. Damit wird der Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung entzogen. . . .

Der Erfolg der „Erdrosselungssteuer“.

Die Warenhaussteuer entpuppte sich als die Warenhäuser zu erdroffeln, die Entwicklung zu hemmen. Sie hat aber, was von Sozialdemokraten vorausgesehen wurde, gerade die Entwicklung der ganz großen Betriebe gefördert, höchstens das Aufkommen kleinerer Warenhäuser gebremst. Die Statistik der Warenhaussteuer beweist das. Mit dem Wirksamwerden der Steuer ging die Zahl der veranlagten Betriebe zunächst stark zurück, bald jedoch begann wieder ein Aufstieg, der besonders im Jahre 1912 sehr kräftig war. Mit dem Rückgang der Betriebe war aber gleichzeitig eine Steigerung des auf das einzelne Unternehmen entfallenden Steuertrags verbunden. Die Steuer wirkte in der Richtung zum Großbetrieb. Aus der nachfolgenden Zusammenstellung ist die Entwicklung in ihren Hauptzügen zu erkennen. Es waren veranlagt:

Jahr	Betriebe	Steuerfoll pro Betrieb M.
1901	109	28 201
1902	86	22 247
1903	73	26 483
1910	109	28 286
1911	108	30 984
1912	121	32 803

Der Rückgang der Betriebe von 1901 auf 1903 wurde durch Kenderungen im Betriebe herbeigeführt; man machte aus dem Warenhaus ein Spezialgeschäft! Daher auch der Rückgang im Steuertrage, dem schon im nächsten Jahre eine kräftige Steigerung folgte. Wie sehr man mit der Erdrosselungssteuer die Entwicklung zum Großbetrieb gefördert hat, lehrt noch so sinnfällig das Ergebnis der Steuerleistung in Berlin. Hier ist der auf einen Betrieb im Durchschnitt entfallende Betrag von 47 270 M. im Jahre 1902 auf 106 380 M. im Berichtsjahre gestiegen. Die Konserbativen und Ultramontanen werden trotzdem weiter Mittelstandspolitik nach so bewährtem Muster treiben und die Speicher laufen ignit sicher auch noch weiter ins Garn. Kurzsichtigkeit und Arbeiterhaß sind ja ihre Berater.

Ein eigenartiger Erlaß des Kultusministers.

Durch einen Erlaß vom 4. September d. J. hat, wie die „Correspondenz des Deutschen Lehrervereins“ schreibt, der preussische

Auktionsminister den königlichen Regierungen überlassen, bezüglich der Form der Entlassungsgewinne für Schüler und Schülerinnen der Volkshochschule nähere Anordnungen zu treffen. Wo das geschieht, soll unterjagt werden, die Klasse zu vermeiden, aus welcher der Schüler oder die Schülerin entlassen worden ist, und das ist denn auch bereits geschehen. Leider ist dem Erlasse keine Begründung hinzugefügt, so daß eine Würdigung der Tatsache, die ihn notwendig gemacht haben, nicht möglich ist. Das ist zu bedauern, weil nun den Behörden, die er wachruft, das nötige Gegengewicht fehlt, und Bedenken muß er erwecken. Fehlt die Angabe der Klasse, dann fehlt dem Entlassungsgewinne jeder Wertmesser. Es ist wertlos für Meister, Prinzipale und Herrschaften, wertlos für das Fortkommen der Schüler und Schülerinnen, lähmt jedes christliche Streben, jeden löblichen Ehrgeiz, in der Schule vorwärts zu kommen, und regt die Unfähigen und die, welche während ihrer Schulzeit von Pflichten und Schulpflicht nichts gewußt haben, geradezu zur Unmoralität.

Auch wenn man Zeugnisse einen allzu großen Wert nicht beimessen darf, so trifft doch vollinhaltlich zu, was der Deutsche Lehrerverein gegen die Gefahr hervorhebt, die durch die Keuerung in pädagogischer Hinsicht ausgelöst werden kann.

Gerichts-Zeitung.

Ein Streikender ins Zuchthaus.

Ein Schreckensurteil fällt am Dienstag, den 21. Oktober, das Schwurgericht in Stolp in Pommern. Unter der Anklage des Landfriedensbruches standen der aus der Haft vorgeführte Bauarbeiter Heinrich Schoot und der Maurer Max Voh, beide aus Stolp.

Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde. Am 15. April brach infolge der bekannten Taktik der Gewerkschaften im Baugewerbe ein Streik aus, der bis zum 18. Oktober dauerte, wo er dann als erfolglos abgebrochen wurde. Während die Gewerkschaften nicht in den Streik traten, versuchten die im Bauarbeiterverband organisierten Arbeiter, weit über zwei Drittel der gesamten Bauarbeiter, durch den Streik bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen. Die Gewerkschaften durchkreuzten dieses Vorhaben und es gelang ihnen auch, eine größere Anzahl Arbeitswilliger nach Stolp zu locken, zum größten Teil waren die Arbeitswilligen Polen. Mehrfach kam es zu Streitigkeiten und zu Zusammenstößen zwischen Arbeitswilligen und Streikenden. Am Abend des 1. Mai kam wieder ein größerer Transport arbeitswilliger Zimmerleute an, die von den Gewerkschaften nach ihrer Wohnung bei dem Arbeitgeber begleitet wurden. Unglücklicherweise gingen sie an dem Lokal vorbei, wo von Seiten der Arbeiter der 1. Mai gefeiert wurde. Einige Streikende, die sich im Lokal aufhielten, bekamen Kenntnis von dem Vorbeigehen der Arbeitswilligen, gingen auf die Straße und es entstand eine Schlägerei, in der ein Arbeitswilliger verprügelt und ein anderer mit dem Messer bedroht wurde. In diesem Tumult, an dem etwa 40 bis 60 Personen beteiligt waren, wurde auch einem Arbeitswilligen das Handwerkszeug beschädigt. Schließlich zerstreute sich die Menge infolge des Eingreifens von besonnenen Arbeitern. Dieser Vorgang mußte herhalten, um eine Anklage wegen — Landfriedensbruches zu konstruieren.

Während Schoot zugab, sich in der Menge befunden und auch geschlagen zu haben, bestritt Voh seine Schuld. Er will nur gesehen haben, was los war, und sich dann entfernt haben. Das wurde auch durch die Beweisaufnahme erwiesen. Der Staatsanwalt, Assessor Kotelmann, setzte durch, daß die Geschworenen dem Angeklagten Schoot die mildernden Umstände verweigerten. Schoot wurde zu zwei Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren verurteilt. Voh wurde freigesprochen.

Ein ungeheurer Urteil. Mit ihm vergleiche man die geringfügigen Geldstrafen, auf die aus Anlaß ähnlicher Schlägereien gegen Studenten erkannt wurde.

Kritiker gegen Kritik.

Die Mitteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte hatte gestern über eine Verleumdungssache zu entscheiden, die Herbert Wasden (Pseudonym für Georg Lewin) von der Zeitschrift „Sturm“ gegen den Schriftsteller Kurt Hiller wegen dessen Kritik im „Hamburger Fremdenblatt“ erhoben hatte. Welch schändliche Dinge hatte der Verklagte verbrochen, um den Kläger zum Gang nach dem Kadi zu veranlassen? Als vom „Sturm“ bei Voh in Hamburg eine Ausstellung von Werken des Bassel Kondinski veranstaltet wurde und der Privatkläger einen öffentlichen Vortrag über den Kader hielt, nahm der Angeklagte in zwei kritischen Artikeln sehr energische Stellung gegen diese Kunstausstellung. Er bekämpfte diese in heftigen Ausdrücken, wie „Häresen“, „Häresen“, „verwilderter Kader“, behauptete, der Veranstalter sei der „Typus des Kaffeehaus-Literaten“, es sei eine „unsympathische Frechheit“ des Privatklägers, „mit der Kunst Kondinski in so unwürdiger Weise Bekanntschaft zu machen“, es handle sich um eine „verwilderter Kader“ usw. Im „Sturm“ erschien dann ein Abwehrartikel. Dieser bildete den Gegenstand einer Widerklage. Er enthält gegen den Angeklagten Verleumdungen wie: „Verfasser feichter Pöbel“, „Dummheit eines Federziehers“, „Hühnergehirnen“.

Nach einem langen Hin und Her der Parteien über den erforderlichen Vorgang fällt das Schöffengericht folgende salomonische Entscheidung: Beide Parteien sind der Verleumdung schuldig, werden aber, weil Widerklagen auf der Stelle vorliegen (§ 199 St.G.B.), für straflos erklärt. Die Parteien sollen jeder Partei zur Hälfte zur Last.

Ein verständiges Urteil, das uns weit besser behagen will als der „Futurismus“ des „Sturm“. Wie wäre es mit einer „futuristischen“ oder „kubistischen“ Zeichnung des Gangs zum Kadi im „Sturm“?

Schnelzug nach reicher Heirat.

Interessante Einblicke in die Geschäftspraktiken eines Heiratsvermittlers gestattet eine Verhandlung, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsrats Neumann die 3. Strafkammer des Landgerichts I beschaffte. — Angeklagt wegen fortgesetzten Betruges war der Inhaber eines Heiratsvermittlungsbüros Paul Grimm. — Vor einiger Zeit tauchten in einer Reihe bürgerlicher Zeitungen Inserate auf, in welchen eine Dame, die neben zahlreichen anderen fettgedruckten Vorzügen auch noch den besonderen Vorzug hatte, ein Vermögen von 100 000 Kronen zu besitzen, auf diesem „nicht mehr ungewöhnlichen Wege“ einen Liebenden Begewannlichte. Dieses verlockende Angebot veranlaßte zahlreiche Leute im Alter von 17 bis 70 Jahren, sich um die 100 000 Kronen bzw. die Dame zu bewerben. In der Verhandlung kam u. a. die erheiternde Tatsache zur Sprache, daß sich neben einem Generaldirektor, mehreren Offizieren und höheren Beamten, Rechnungsführer, Bäckergehilfen, Grubenarbeiter und selbst ein taubstummer Pferdebesitzer um die vielbesagte Dame beworben hatten. Den Vogel schloß ein Mann ab, der, da er selbst nicht schreiben konnte, einen glühenden Liebesbrief durch einen anderen schreiben ließ und ihn dann mit drei Kreuzen unterzeichnete. Unter den Briefen befanden sich außerdem verschiedene grob unflätliche Angebote. — Die sämtlichen Bewerber, die nach der ganzen Fassung

der Inserate und der Chiffre „Ideal Berlin 7“ und „Postkofferkarte 68“ geglaubt hatten, daß das Inserat von der heiratstüchtigen Dame selbst aufgegeben worden sei, waren nicht wenig erstaunt, als sie das Fikturale des „Bureau Ideal, Internationales Institut für Heiratsvermittlung“, Unter den Linden 154, Ecke Friedrichstraße, erhielten, in welchem in einem langen Sermon darauf hingewiesen wurde, daß die Ehen längst nicht mehr im Himmel, sondern durch Vermittlung des „Bureau Ideal“ am besten geschlossen würden. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß die Photographie der 100 000 Kronen-Dame nebst den sonstigen Einzelheiten, sowie, da diese doch nur einen der Bewerber heiraten könnte, eine Liste anderer heiratstüchtigen Damen mit Geld dem Adressaten in den nächsten Tagen unter Nachnahme zugehen würde. Wie die Verhandlung ergab, fanden sich tatsächlich Tausende von heiratstüchtigen Leuten, welche auf die 100 000 Kronen nebst Frau spekulierten. Nach dem Gutachten des gerichtlichen Bücherrevisors Max Penninger, der die bei dem Angeklagten Grimm als Inhaber des „Bureau Ideal“ beschlagnahmten Bücher eingesehen hatte, waren bei G. innerhalb dreier Monate nicht weniger als 24 535 Mark per Post eingegangen. Die jährlichen Einnahmen des Angeklagten beliefen sich auf ca. 100 000 M., von denen etwa ein Drittel für die Eßkosten draufging. — Wie die Anklage behauptet, soll für Grimm, nachdem er die Nachnahmebeträge der Bewerber erhalten hatte, die Sache erledigt gewesen sein. Ferner soll es sich nach Ansicht der Anklage bezüglich der überfandten Photographien um Bilder einer vielleicht längst verstorbenen Dame handeln, wie sie auf den Kirchweihfesten und Jahrmärkten in den bekannten „Bild in die Zukunft“-Automaten enthalten sind. Beschäftigt wird diese Annahme durch das schon mehr als altmodische Kleid, welches die auf den Bildern dargestellte Dame trug.

Als gegen den Angeklagten mehrere Strafanzeigen einliefen, wurde der weitere Geschäftsbetrieb durch die Polizei inhibiert. Der Angeklagte eröffnete jedoch, ebenfalls Unter den Linden, ein noch jetzt existierendes Heiratsbureau, mit welchem sich schon wieder die Behörden beschäftigten und ein zurzeit noch schwebendes Verfahren eingeleitet haben. — In der gestrigen Verhandlung war von Rechtsanwältin Friz Lohse ein umfangreicher Entlassungsbeweis angetreten worden, durch den sich ergab, daß die 100 000 Kronen-Dame tatsächlich existierte. Der Angeklagte stand mit einem Heiratsvermittler Weiß in Budapest in Verbindung, an den er auch die eingehenden Bewerbungsschreiben gesandt hatte. Eine Dame, ein Fräulein Bilson, ist inzwischen auch eine Ehe eingegangen. Zum Beweise, daß es sich nicht um Kirchweih-, sondern Originalphotographien handelte, berief sich der Verteidiger auf das Zeugnis des Direktors Schulze von der Rotophot-Gesellschaft, bei der die Bilder nach den Originalplatten hergestellt worden seien. — Der Staatsanwalt hielt dennoch den Angeklagten, der wegen Eigentumsvergehens schon mit 8 Monaten Gefängnis vorbestraft sei, des Betruges für überführt und beantragte eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten. Das Gericht kam zu der Ansicht, daß der Angeklagte nichts Falsches vorgeplagt habe und erkannte deshalb auf Freisprechung.

Das Martyrium eines Kindes.

Vor der Strafkammer in Erfurt stand am Dienstag die ledige Arbeiterin Maria Oetze aus Erfurt, die in grausamer Weise ihr dreijähriges Kind so gemißhandelt hatte, daß es an den Folgen der Brutalität verstarb.

Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Das Gericht ging jedoch über diesen Strafentwurf weit hinaus und verurteilte die Rabenmutter zu zwei Jahren Gefängnis.

Aus aller Welt.

Und wir?

Ein junger Arbeiter schreibt unserem Wiener Parteiblatt: Diese Zeilen liegen schon tagelang in meiner Lade. Jemande habe sie mir gehalten, sie Ihnen zuzusenden. Aber vielleicht haben die kleinen Gedanken doch einigen Wert, vielleicht bewegen sie andere auch so stark wie mich. Als August Bebel von uns ging, las ich voll Heifer Erschütterung von dem Aufstieg dieses Arbeiters. Welch ein Leben! Als er geboren wurde, gab es so etwas wie eine deutsche Arbeiterbewegung überhaupt noch nicht. In dem greifen August Bebel aber betehrte jeder dritte Deutsche den großen Führer. Als junger Abgeordneter stand Bebel den Vertretern des Bürgerturns und des Adels im Deutschen Reichstag allein gegenüber. Bierzig Jahre später stehen neben dem einen hundertgehrn Wortführer des Proletariats. Er lebt noch in Tagen, die keine Gewerkschaft kennt, keine Arbeiterpartei, keinen Konsumverein. Der greise Bebel aber erblickt ungeheure Vereinigungen der arbeitenden Menschheit, erdumspannende Gewerkschaften, völkereinende Organisationen. Und dieses Uebermaß weltgeschichtlicher Entwicklungskräfte, es fällt in das Erleben eines einzelnen Menschen. Es fiel aber nicht nur in das Leben eines August Bebel. Schmerzvoll bewegt lassen wir nun auch die Lebensbeschreibung Karl Högers. Und siehe: auch hier ein ähnliches Bild. Ein Menschenleben nur, aber welche Ereignisse erfüllen es! Der Mann wirkt an der Veränderung einer ganzen Zeit mit. Vieles, was heute wirkendes Leben ist, er selbst hat es gegründet. Die Buchdrucker sind unsere geistige Vorhut — er hat sie dazu gemacht. Kraftvoll wächst das Meer der Klassenbewußten Arbeiterjugend — er war ihr Wecker und erster Führer. Wer kennt nicht die Wiener „Typographia“? Er war ihr Begründer. Und die Freie Volkshochschule — er war unter denen, die sie ins Leben gerufen haben. Fühlen Sie, was ich sagen will, was mich mit einer treibenden Erregung anfaßt! Ich sehe unsere älteren Genossen plötzlich mit neuen Augen. Ich sehe nicht mehr nur das Grau ihrer Haare, nur das Jittern ihrer Finger, nur die Krümmung ihres Rückens. Wenn sie mich ansprechen, beginnt mein Herz laut zu klopfen. Wenn sie morgen ihre Augen schließen, Welch ein Leben beenden sie! Was haben unsere Väter erstritten und ertritten! Aus dem Nichts haben sie eine Weltmacht geschaffen, aus Stolzheit und Dumpfheit regtes feurigstes Streben. Was, was uns junge Arbeiter mit Stolz und mit Begeisterung an die Sache des Proletariats bindet — sie, nicht wir haben es in die Welt gebracht. Und leise, aber eindringlich muß ich mich fragen: Und wir? Wenn wir einmal die Alten sein werden, wenn uns einmal der Tod auf die Schulter klopfen wird? O, wenn wir dann auch so weit im Strome der Zukunft fänden wie die Alten von heute! Arbeiter! Laßt uns arbeiten! In der politischen Organisation, in der Gewerkschaft, in der Genossenschaftsbewegung, in unseren Bildungsvereinen! Täglich, rastlos! Es gibt auch in unser Leben so viel Größe, so viel Fortschritt hineinanzuwandeln! Auch unsere Haare werden ergrauen, auch unsere Finger werden zittern, auch unser Rücken wird sich beugen — aber weiter, weiter, unendlich weiter wollen wir dann unseren Willen getragen haben. An der herrlichen Tatkraft der Vergangenheit entzündet sich — herrlicher noch! — die Tatkraft der Zukunft!

Ingenieur Schlegel fliegt 1470 Kilometer.

Der seitherzeit so vielbesungene Weltrekordflieger Brindejones über 1380 Kilometer ist nun innerhalb kurzer Zeit dreimal von deutschen Fliegern überboten worden. Viktor Stöffler hat bekanntlich innerhalb 24 Stunden 2180 Kilometer in der Luft geseht.

gelegt, dann folgte Caspar mit 1450 Kilometern und nun ist diese vorzügliche Leistung wiederum überboten worden. Schlegel hat gestern auf der Gotha-Lande mit einem Passagier 1470 Kilometer durchgeflogen. Bei der um 7 Uhr in Labiau erfolgten Landung im Nebel und in der Dunkelheit hatte er jedoch Unglück. Er setzte zu hart auf und erlitt einen Bruch des Nasenbeins. Die Maschine wurde schwer beschädigt. Schlegel wurde von einem Arzt in Labiau verbunden und dann im Automobil nach Königsberg gebracht. Die beiden Flieger hatten eine gefährliche Fahrt hinter sich. Sie waren vormittags um 11 Uhr 7 Minuten von Johannisthal abgeflogen und erreichten nach ununterbrochenem Flug Königsberg in Kreuzen um 3 Uhr 47 Minuten, wo sie auf dem dortigen Flugplatz landeten. Nach einer Stunde stiegen sie wieder auf, um nach Jüterburg weiter zu fliegen. Sie gerieten jedoch unterwegs in so dichten Nebel, daß sie nicht mehr erkennen konnten. Zum Unglück verpagte der Kompaß und so steuerten sie planlos im Nebel umher. Als das Wetter für einige Minuten günstiger wurde und sie auf kurze Entfernung wieder sehen konnten, bemerkten sie zu ihrem Schrecken die Ostsee unter sich. Sie waren also, ohne zu merken, auf die See getrieben worden. Schlegel machte sofort kehrt und erreichte nach 20 Minuten wieder die Rüste bei Labiau. Die Stadt erkannte er an den vielen Dächern unter sich und landete dann, wobei er seine Verletzung davonzugab.

Schlegel hat in der Nacht von 12 bis 8 Uhr morgens auf seinen Schleifenflügen Gotha-Rühlhausen 550 Kilometer zurückgelegt. Die Strecke Gotha-Berlin-Königsberg-Labiau beträgt 920 Kilometer, so daß der Flieger also mindestens 1470 Kilometer zurückgelegt hat und so Anwärter auf den zweiten großen Preis der Nationalflugspende geworden ist.

Abnorme Kälte in Amerika.

Eine gewaltige Kälte herrscht zurzeit in den Vereinigten Staaten. Eine Kälteperiode, von den Seen des westlichen Amerikas kommend, ist über das Land niedergegangen. Aus zahlreichen Städten werden große Schneefälle gemeldet, und auf den Flüssen ist die Schiffsahrt durch den starken Eisgang lahmgelegt. Besonders stark ist die Kälte in den Städten an der neuenglischen Küste, von wo zahlreiche Todesfälle gemeldet werden. Die Temperatur ist eine so tiefe, wie sie seit vielen Jahren in den Vereinigten Staaten um diese Zeit nicht zu verzeichnen war.

Kleine Notizen.

Blutige Eifersuchtsgegent. In Hamburg erschloß nach einem vorangegangenen Streit, dem Eifersucht zugrunde lag, der Arbeiter Otto Vogt seine Haushälterin Frau Pöhmman, die ihm vorher mit einem Beil lebensgefährliche Verletzungen beigebracht hatte.

Attentat auf einen Jun. Auf der Straße St. Cyr-Versailles wurde das Gleise mehrere Meter weit aufgerissen, so daß der die Straße fahrende D-Zug sicher entgleist wäre. Ein Streckenwärter entdeckte jedoch zufällig das Attentat und es gelang ihm, den heranbrausenden Zug zeitig genug zum Stehen zu bringen.

Beim Luft-Saltomortale verunglückt. In Chaumont (Frankreich) stürzte der Militärflieger Corporal D'Auterocque tödlich ab, als er den Versuch machte, mit einem Zweidecker die Saltomortaleflüge nachzuahmen.

Eine bedeutende aviatische Leistung ist dem italienischen Flieger Major Bigga, der als erster Aviatiker italienischerseits in Tripolis der Heeresleitung bedeutende Dienste leistete, geglikt. Er flog am Dienstag nachmittags 4 Uhr in Turin auf und landete bereits um 5.20 Uhr auf dem Gipfel des Montecenis, in 2300 Meter Höhe über dem Meerespiegel. Major Bigga ist der erste Flieger, dem eine Landung in einer solchen Höhe geglikt ist.

Selbstmord einer Beamtenfamilie. Stanislaw, 2. Oktober. Wegen mangelhafter Vermögensverhältnisse hat sich hier der Beamte Grabowiadl samt seiner Frau und Kindern mittels Beuchgas vergiftet.

Eine Fischerklotille vom Sturm verschlungen. In Kanin wurde eine Fischerklotille vom Sturm überrascht. Mehrere Boote kenterten, wobei 10 Fischer ertranken. Ueber den Verbleib der übrigen Boote fehlt jede Nachricht.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkammer (Unter den Linden Nr. 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl) — wochentäglich von 4 bis 7 Uhr abends, Sonnabend, von 4 bis 6 Uhr abends hat. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buchchen und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnommentragung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trägt man in der Ehrenkammer vor.

B. Nr. 93. Auskunft an der Vätervereinsverwaltung des Schlesiens Bahnhofs. — B. Nr. 101. Bureau der „Freien Volkshochschule“, Michaelstraße 2. — B. Nr. 100. Jüdisch-österreichische Auskunft erhalten Sie durch den Bund für Mutter- und Kindesrecht, Schönhauser Allee 164, Fr. Ledebin (2-3) oder durch die Deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht, Kunststraße Berlin N, Kolonnenstr. 1 (Donnerstag 1-2, Dienstag 6-7). — B. Nr. 40. Höhere Heiratsurkunde, Sterbeurkunde des ersten Mannes und, sofern minderjährige Kinder aus erster Ehe vorhanden sind, Auseinanderlegungsbekanntmachung des Vormundschaftsgerichts. — B. D. 6. Nach der bestehenden Rechtsprechung ist die Beschaffung eines legitimations-scheinens zweckmäßig. Ein solcher darf nicht verweigert werden, sofern nicht die Voraussetzungen (Bekanntmachung) vorliegen, die die Beschaffung rechtfertigen. Kosten entstehen nicht, es muß aber bei der Beschaffung gefügt werden, daß die Vererbung nicht gewerbenmäßig geschieht. — B. Nr. 103. Private Erwerbsinstitute können wir nicht empfehlen. Sprechen Sie doch mal mit dem Lehrer oder Rektor der Schule, in der Ihre Sohn geht. — B. Nr. 15. Gewerkschaft Berlin, Strammannstr. 6. — B. Nr. 24. 1892. — B. Nr. 22. Es ist nicht anzunehmen, daß darum eine Zurückweisung erfolgt. — B. Nr. 111. An die Stützungsdeputation des Magistrats Berlin, Poststr. 16. Alles Nähere dort. — B. Nr. 27. Wenn Sie keinen Prediger bestellen und bezahlen, kommt auch keiner. — B. Nr. 2. Neutönn. Völkerei? Nein. — B. Nr. 2. Reinschönborn. Erfindungen Sie sich bei einer der nachstehenden Auskunftstellen: 1. Deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht, Berlin N, Kolonnenstr. 1 (Donnerstag 1-2, Dienstag 6-7); oder Pantan, Rathaus, Armenamt (Sonntag 11-2). 2. Bund für Mutter- und Kindesrecht, Berlin N, Schönhauser Allee 164, Fr. Ledebin (2-3).

SINGER



Familien-Nähmaschinen sind die vollkommensten!



Neue Spezial-Apparate für den Hausgebrauch.

SINGER CO. Nähmaschinen Act. Ges.

Berlin, Leipziger Str. 92.

Läden in den verschiedenen Stadtteilen.



Theater und Vergnügungen



Mittwoch, den 21. Oktober 1913.

Anfang 6 Uhr.
Cines Palast am Zoo. Varieté-
Lichtspiele.

Anfang 6 1/2 Uhr.
Cines Rollendorf-Theater. Varieté-
Lichtspiele.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Das Rheingold.
Kgl. Schauspielhaus. Schwanen-
weib.
Deutsches. Der Mann Vogel.
Reising. Peer Gynt.
Königsgräber Straße. Macbeth.
Jules Schum. Galavorstellung.
Jules Schum. Galavorstellung.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Mit dem „Imperator“ nach
New York.
Kammerstücke. Mein Freund Teddy.
Deutsches Künstlertheater. Don-
nerstag. Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
Deutsches Opernhaus. Die Fäb-
lin.
Deutsches Schauspielhaus. Die
heitere Reisende.
Neues Opernhaus (Kroll).
In der Sommerfische.
Berliner. Die einst im Pal.
Thalia. Die Langobarden.
Theater am Rollendorfplatz. Die
Heimkehr des Odysseus.
Komödienhaus. Das Paar nach
der Mode.
Theater des Westens. Gräfin
Fifi.
Schiller O. Wenn der neue Wein
blüht.
Schiller Charlottenburg. Rosen-
montag.
Montis Operetten. Der lachende
Ehemann.
Metropol. Die Reise um die Welt
in 40 Tagen.
Kaffee. Herdbrand der Jugend-
heute.
Kleines. Seine Geliebte.
Trianon. Seine Geliebte.
Herrfeld. Was sagen Sie zu
Leibniz?
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Cines Apollo-Theater. Varieté-
Lichtspiele.
Cines Friedrich-Wilhelmstadt.
Varieté-Lichtspiele.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Kofe. Im weißen Röhl.
Reisende. Die Frau Präsidentin.
Lichtspiele. Puppenkitt.
Luffen. Von Stufe zu Stufe.
Folies Caprice. Ritter Baldrian.
Die Mißgeburt.
Walhalla. Der Liebesanlet.

Anfang 9 Uhr.
Neues Volkstheater. Kauf.
Admiralpalast. Die lustige Puppe.
Cines Rollendorf-Theater. Varieté-
Lichtspiele.

Sternwarte, Smalldenstr. 57-59

**Schiller-Theater O. Waller-
burg.**
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wenn der neue Wein blüht
Freitag, abends 8 Uhr:
Jugendfreunde.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Wenn der neue Wein blüht

**Schiller-Theater Charlotten-
burg.**
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Rosenmontag.
Freitag, abends 8 Uhr:
Moral.
Sonabend, nachmittags 3 Uhr:
Götze von Berlichingen.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Rosenmontag.

Theater in der Königsgräber Straße
7 1/2 Uhr: Macbeth.

Komödienhaus.
8 Uhr: Das Paar nach der Mode.

Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Die heitere Reisende.

Theater des Westens.
8 Uhr: Gräfin Fifi.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Der liebe Augustin.

Residenz-Theater
8 1/2 Uhr:
Die Frau Präsidentin.
Freitag, den 24. 7 1/2 Uhr, zum 1. Male:
Hohent - der Franz!
Musikalische Groteske von H. Land-
berger und Will Wolf.
Sonntag, 24. Okt., nachm. 3 Uhr:
Die Frau Präsidentin.

Theater am Rollendorfplatz 5.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Heimkehr des Odysseus.
Varieté-Operette.

Montis Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 4a.
8 Uhr: Gattspiel Zul. Spielmann:
Der lachende Ehemann.
Sonnt. 3 Uhr: Der Vogelbändler.

URANIA
Taubenstraße 49/49.
8 Uhr:
Mit dem „Imperator“
nach New York.
Lessing-Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Peer Gynt. Von Stien.
Mühl von Orien.
Deutsches Künstlertheater
Sozietät.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
Abends 8 Uhr: Hanneles Himmelfahrt.
Der zerbrochene Krug.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Im weißen Röhl.
Lichtspiel in 3 Akten
von Blumenfeld und Kadelburg.
Morgen: Im weißen Röhl.
Sonabend 4 Uhr: Dünkel und Gretel.

Passage-Panoptikum
Mundmaler Schuldiss
der
Rafael
ohne
Arme
bei seinen Arbeiten.
Lebend zu sehen!
Und die anderen Attraktionen.
Die gr. Kino-Varieté-Vorstellung
von 5 (Sonntags 3) bis 11 Uhr.

Metropol-Theater
Abends 7 Uhr 55 präzise:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
Dr. Kuchhaltungst. m. Gef. u. Tanz in
19 Bild. m. vollständ. freier Benutzung
des Jules Verne'schen Romanes von
Julius Freund.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gef. v. Dir. Richard Schultz.
Karl Bachmann. Joseph Giampietro.
Guido Thielscher. Alfred Schmasow.
Leopold Wolf. Ludwig Wolf.
Helene Ballot. Ida Russka. J. de Lande.
Neu! Son 9-11 Uhr: Neu!

Metropol-Bar
Rendezvous
der vornehmen Lebewelt.
2 Kapellen.

CINES
Theater

Apollo-Theater
Anfang 8 Uhr.

Palast am Zoo
Anfang 6 Uhr.

Friedr.-Wilhelmst.
Anfang 8 Uhr.
Komplettes Programm grosser
Variété-Akte
sowie unsere
renommierten Lichtspiele

Nachmittags
Lichtspiel-Vorstellungen

Apollo-Theater
Anfang 10 1/2 Uhr.

Friedr.-Wilhelmst.
Anfang 3 Uhr.
Nur zwei Preise
25 Pfennig und 60 Pfennig

Nollendorf-Theater
Cleopatra
Die Herrin des Nils
Das Filmwunder der Welt
Anfang 7 1/2 und 9 Uhr.
Jugend-Vorstellung
Wochentags 4 Uhr
zu halben Preisen.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Seine Geliebte.

Freie Volksbühne

General-Versammlung
am Freitag, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im
Gewerkschaftshaus, Engelshufer 15.
Lichtbildervortrag des Herrn Dr. Dery über:
Die Freude am Bildwerk.
Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. Bericht
der Revisoren. Diskussion.
Mitglieder haben gegen Vorzeigung ihrer Mitglieds-
karte Zutritt. 245/14

Voranzeige.
Montag, den 1. Dezember, in der Neuen Welt:
Beethoven: IX. Sinfonie.
Oskar Fried, Blüthner-Orchester. Berliner Volkshor
(Dir. Dr. Zander).

Zu den Abteilungen 17-20 können sich in
allen Zahlstellen noch Mitglieder melden.

Werbet Mitglieder!

**„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus**
Mauerstraße 22. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Berliner Konzerthaus-Orchester mit seinem Vokal-Quartett.
Leitung: Komponist Frz. v. Blon.
Musik: Kaiser-Alexander-Garde-Regt. Dirig. Kgl. Musikdr. Brase.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem
Eintritt.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater. Donnerstag 8 1/2 Uhr:
Von Stufe zu Stufe.
Walhalla-Theater. Täglich 8 1/2 Uhr:
Der Liebesanlet.
Lebensbild mit Gef. u. Tanz in 5 Bild. Besse mit Gefang. u. Tanz in 3 Akten.

Brauerei Friedrichshain
am Königstor. Oekonom: Ernst Liebing.
Mittwoch, den 29. Oktober er.:
Heiterer Künstler-Abend.
Anfang 8 Uhr. Sensations-Programm. Entree 30 Pf.

Ausstellungshalle am Zoo
Ausstellung
Im Reicha. Hausfrau u. Mutter
vom 16. Oktober bis 9. November 1913.
Geöffnet von 10-8. Eintritt M. 0,50.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
für den I. Berliner Reichstags-Wahlkr.**
Sonntag, den 26. Oktober 1913, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engelshufer 14/15:
Herbst-fest
Mitwirkende:
Streichquartett: Herrin G. Kutschko 1. Violine. M. Bojakowsky
2. Violine. P. Kursch Bratsche. Fr. M. Hahn Cello. Herr
Anton Sidermans Baß. Fr. Erna Hebeck Sopran. — Am
Flügel: Herr Wilhelm Scholz und Fr. Helene Praetorius.
Konzertflügel Ibach.
Nach dem Konzert: **TANZ.**
Eintritt 40 Pfennig. Saalöffnung 5 1/2 Uhr.
204/8* **Der Bildungsausschuß.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.**
Sonabend, den 25. Oktober, im Stadt-Theater Moabit, Alt-Moabit 47/49
Heiterer Kunst-Abend
Mitwirkende:
Berliner Streichquartett Steiner-Rothstein x Brieger-Palm, Gesangsduett
Fr. Walli Kuffel, Rezitationen x Fr. Susanne Friedburg (am Flügel).
Konzertbeginn 8 1/2 Uhr. Eintrittskarte 50 Pf.
Nach dem Konzert: **TANZ.** Herren zahlen 50 Pf. nach.
Kinder unter 12 Jahren haben keinen Zutritt. x Rauchen nicht gestattet.
Der Bildungsausschuß.

Achtung!
Die ordentliche Generalversammlung unseres Kreises findet am
Dienstag, den 18. November, im Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestr. 24, statt.
Die Vortragskurse mit dem Thema:
„Die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung“
nehmen heute Donnerstag im Lokal von Franke, Badstr. 19, und am Freitag
in den Pharusien, bei Puhmann und im Moabiter Gesellschaftshaus ihren Fortgang.
Karten a 30 Pf. sind für Mitglieder zu Beginn der Vorträge zu haben.



ODEON
VERGNÜGUNGS-PALAST DER 10000
POTS DAMER STR. 72 * HOCHBAHN: BÜLOWSTR.
Eröffnung: Morgen Freitag, 8 Uhr abends.

Zirkus
Alb. Schumann.
Heute Donnerstag, 23. Okt.,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
U. a.
10 Bengal-Königs-Tiger 10
vorgeführt von Herrn Sawade.
Die rollschuhlaufenden Affen
Jimmy und Fritz
und weitere 10 Attraktionen.
Um 9 1/2 Uhr:
Tango vor Gericht!
Pantomimen-Burleske
mit Gesang u. Tanz in 3 Akten.

Zirkus Busch.
Heute Donnerstag, 23. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Angeheures Gelächter
erregen allabendlich Max, Moritz
und Teddy, die urkomischen
Menschen-Affen
Karl Hagenbeds, in ihren
schiefen Evolutionen.
Auftr. aller großen Attraktionen.
Zum Schluss:
Die neue große Wischlatt-Pantom.
Aus unseren Kolonien.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
„Alarm!“
Milit. Humoreske
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.
3 Uhr zu er-
mäßig. Preisen:
„Alarm!“
Pos. 1 24. Ball. 75 Pf. Entree 30 Pf.

Ritter Baldrian
Anfang
8 1/2 Uhr
Das Adoptivkind
Die Mißgeburt

Casino-Theater
Vorfringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Der neue Saison-Poffen-Schlager
Ferdinand der Eugendhafte.
Das tolle Stück seit Besuchen d. Theat.
Vorher das erste Ebejallität-Progr.
Sonntag, nachm. 4 Uhr:
Am grünen Strand der Ebre.

**MARMOR-
HAUS**
LICHT-
SPIELE
(An der
Kaiser-
Wilhelm-
Gedächtnis-
Kirche)

Kurfürstendamm 236.

Berliner Prater-Theater
Rathenauerallee 7-9.
Donnerstag, den 23. Oktober:
Gattspiel des Voigt-Theaters.
Eine tolle Nacht.
Große Operetten-Bosse in 4 Bildern
von J. Freund und S. Rannabdt.
Saisonöffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Admiralpalast.
Eis-Arena. — Allabendlich
das neue mit durchschlagendem
Erfolg aufgeführte Eisballott

Die lustige Puppe.
Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

**Sind Sie krank?
Wollen Sie ge-
sund werden?**
Tausende von Aerzten ver-
ordnen ihren nervenkranken
Patienten eine Vorstellung
Blaue Maus
Vorstellungen
5, 7, 9 Uhr
Sonntag, 6. 26. Oktober 1913,
mittags 12 Uhr
MATINEE
zu kleinen Preisen
Vorverkauf: Theater-Kasse
des Kaufhaus des Westens

Concordia - Festsäle
Inh.: M. Wendt u. A. Schütze
64 Andreas-Strasse 64.
Jeden Donnerstag und Sonntag:
Soiree
d. allgemein beliebten
und bekannten
Hoffmanns Sänger
mit vollständig neuem
Programm.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Soiree:
— **Frei-Tanz.** —
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Schlafdecken
St. 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁰⁰, 6⁰⁰ M.
Pferdedecken!
St. 2⁵⁰, 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁵⁰ M.
Englisch-
schwere **Reisedecken**
St. 4⁷⁵, 6⁷⁵, 9⁷⁵ bis 36 M.
Versand unter Nachnahme.
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstr. 150.
Spezial-Katalog
650 Abbildung, gratis u. franco.

Die Kleinhausfiedelung Falkenberg bei Grünau.

Die ersten Kleinbauten, welche die „Gemeinnützige Baugenossenschaft Gartenvorstadt Groß-Berlin“ am Falkenberg dicht beim Bahnhof Grünau hat entstehen lassen, liefern den Beweis für die Konkurrenzfähigkeit mit dem engen, hohen Etagehaus, der Mietskasernen der Großstadt. In herrlicher Lage ist hier zunächst für 34 Mieter auf 1/2 Morgen ein in sich abgeschlossener, gartenumhelter Wohnhof geschaffen worden, der vom Mietskasernenstypus mit seinen schweren hygienischen Mängeln keine Spur mehr erkennen läßt und den Bewohnern ein menschenwürdigeres Wohnen sichert, als es unter dem Druck der ungeheuren Berliner Bodenentwertung möglich ist. Diese Kleinhausfiedelung ist aber nicht etwa zu vergleichen mit scheinbar ähnlichen Anlagen in Wilmersdorf und Frohnau, wo das Wort „Gartenstadt“ durch die Terrain-Spekulation zur mißbräuchlichen, jedenfalls nicht vollständigen Anwendung gelangt. Die Tätigkeit der Baugenossenschaft Falkenberg ist streng gemeinnützig. Sie gibt die erbauten Wohnungen in Miete und Kauf ohne jeden Spekulationsgewinn und in erster Linie nur an Mitglieder ab, beschränkt daher die Verzinsung der Geschäftsanteile auf 4 Proz. Zur Erlangung der Mitgliedschaft ist jeder Interessent, ob ledig oder verheiratet, berechtigt. Die Verpflichtung besteht in der Uebernahme eines Geschäftsanteils im Betrage von mindestens 200 M. und Haftpflicht in gleicher Höhe. Die Geschäftsanteile können auf einmal oder in monatlichen Raten von mindestens 2 M. eingezahlt werden. Für den Anspruch auf ein Haus oder eine Wohnung entscheidet unter Bewerbern, die ihren Anteil voll eingezahlt haben, das Los. Ein bestimmter Prozentsatz von Wohnungen wird an Mitglieder verlost, die ihren Geschäftsanteil noch nicht voll eingezahlt konnten. Der Verkauf von Hausgrundstücken an Mitglieder geschieht unter Eintragung des Wiederkaufrechts für die Genossenschaft zum ursprünglichen Preis zuzüglich Aufwendungen und abzüglich Abnutzung. Willkürliche Mietssteigerungen sind ausgeschlossen, ebenso Kündigung bei Erfüllung der Verpflichtungen gegen die Genossenschaft.

Schon der äußere Eindruck des kürzlich begonnenen ersten Bau-Blokes am Falkenberg, halb unter Bäumen versteckt, ist recht vorteilhaft. Unwillkürlich denkt man an das Dichtwort: „Hier bin ich Mensch, hier darf's ich sein!“ Rings um einen vorn offenen, breiten Wohnhof, der elektrisch erleuchtet ist und im nächsten Frühjahr mit zwei Baumreihen besänftigt wird, gruppieren sich zwei Vierfamilienhäuser (Stube, Kammer, Küche, Bad für 315-320 M.; 2 Stuben, Küche, Bad 365-370 M.), eine größere Anzahl Einfamilienhäuser verschiedenen Typs (3 oder 4 Stuben und Zubehör, zum Teil auch mit Loggia oder Veranda, Mietspreis 420-600 M.), ein Doppelhaus mit 2 Wohnungen (4 Stuben, 2 Kammern, Küche, Bad, Veranda, Balkon 975 M.), 1 Einzelhaus (5 Stuben, 2 Kammern und Zubehör 1350 M.). Zu jeder Wohnung gehört ein geräumiger Garten an der Rückseite, bei manchen auch noch ein kleiner Vorgarten, wie überhaupt unter technischer Anleitung, um auch nach der ästhetischen Richtung hin einen harmonischen, die Umgebung nicht materiell entwertenden Organismus zu schaffen, auf die planmäßige Förderung des Kleingartenbaues größter Wert gelegt werden soll.

Bei der Inneneinrichtung wurde ausgegangen von dem Grundsatz: Verteilung der Räume auf zwei Geschosse, Wohn- und Kochraum parterre, Schlafräume im ersten Stockwerk. Diese räumliche Notwendigkeit einer Aufteilung des vorhandenen Gesamtgrundraumes in mehrere, aber kleinere Räume ist vom Standpunkt größerer Intimität und getrennten Schlafens der verschiedenen Altersstufen und Geschlechter eher als Vorteil als Nachteil zu werten und beinträchtigt durch Treppenbenutzung auch keineswegs die Bequemlichkeit. Alles, was wir durch das liebenwürdige Entgegenkommen der auf ihr Heim stolzen Bewohner sehen, muß auf jeden Besucher einen überaus anheimelnden Eindruck machen. Jede Wohnung ist für sich ein beschauliches Schmuckstückchen, und vielfach trafen wir auf „Arbeitermöbel“, von denen eine Musterkollektion in dem einzigen unbezogenen Hause noch einige Tage zur öffentlichen Besichtigung ausgestellt bleibt. Sämtliche Wohnungen haben Wasserleitung, Badstube, Keller, Boden, Radestube, wunderbar gemaltete Ofen, Anschlüsse für Gas und elektrisches Licht, zum Teil auch Zentralheizung. So ist hier mit liebevoller Fürsorge und weit-ausschauendem Blick alles bereit, um auch den Arbeiter in einem Heim, das seiner Kulturwertung entspricht, zu einem glücklichen Menschen zu machen.

Der traumliche Wohnhof am Falkenberg ist nur der Anfang eines großzügigen Bauprojektes auf genossenschaftlicher Basis. Auf dem etwa 300 Morgen umfassenden Gelände des Gutes Falkenberg bei Grünau ist für die Genossenschaft so viel Land gesichert, daß sich eine Anstellungsmöglichkeit für 7000 Personen ergibt. Schon am 1. Oktober 1914 soll der zweite Baublock mit 90 Wohnungen bezugsfertig sein.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Wir machen darauf aufmerksam, daß folgende Lokale für die organisierte Arbeiterschaft für Versammlungen hartnäckig verweigert werden und zwar:

- 2. Kreis: Kammerstraße, Zeltower Str. 1-4.
3. Kreis: Marinehaus, Brandenburger Ufer.
5. Kreis: Lehrer-Vereinshaus am Alexanderplatz.
Die Zentral-Bezirksämter, Auguststr. 24/25, Jnd. Friz-Wähler, sind neu eröffnet und stehen uns zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung.

Die Lokalkommission.

Dritter Wahlkreis. Morgen Freitag, den 24. d. M., abends 7 Uhr, findet eine wichtige Flugblattverbreitung statt. Pflicht der Genossen und Genossinnen ist es, sich zahlreich an den bekannten Lokalen einzufinden. Der Vorstand.

Widerseite. Die Fortsetzung des Vortragskurses des Genossen Julius Borchardt findet morgen, Freitag, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Waldendorfer, Bälkestr. 7, statt. Die Funktionäre haben zwecks dringender Besprechung bestimmt zu erscheinen.

Räderdorf. Am Sonntag, den 26. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, bei Marg. Wittenstraße: Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Brühl über: Die Entwicklung und der Aufbau unserer Organisation; Bericht über die mit dem Kreisvorsitzenden stattgefundene Besprechung; Wahl eines Bezirksleiters; Verschiedenes. Früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung für Räderdorf und Kalkberge von Passow aus. Für Laddorf, Schulzenhöhe 2, 8 Uhr vom Schützenhaus (Hans Hoffmann) aus. Die Genossen wollen sich nun teils an den Parteiarbeiten beteiligen, um zu beweisen, daß es ihnen ernst ist, den Ort selbstständig zu bearbeiten.

Spandau-Kommunalwähler. Freitag, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Friz Kant, Siemensstr. 34: Öffentliche Kommunalwähler-Versammlung. Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Stadtverordnetenwahl. Referent: Stadtverordneter A. Gebert, Charlottenburg. 2. Tätigkeitsbericht der Fraktion. Referent: Stadtverordneter W. Pieper. 3. Freie Aussprache.

Zegel. Die Generalversammlung des Vereins Jugendheim für Zegel und Vorfischwalde findet umständehalber nicht Donnerstag, den 23. Oktober, sondern Freitag, den 24. Oktober, 1/2 Uhr, bei Messermeist, Schlieperstr. 64, statt.

Reinholdsdorf-Ost. Vom Vortragszyklus: „Einführung in die sozialistische Weltanschauung“ findet heute der zweite Vortragsabend im „Seehaus“, Residenzstr. 49, statt. Die erfreulich starke Teilnahme am ersten Abend läßt auch einen guten Besuch des heutigen Vortrages erhoffen. Auch Neuanfänger nehmen sich mit gutem Nutzen teil.

Röntgenial, Jeyernitz, Buch. Umständehalber findet der Zyklusvortrag nicht heute, sondern erst am Donnerstag, den 30. Oktober, statt. Am Sonntag, den 26. Oktober, morgens 8 Uhr, vom Genossen Buchholz, Kaiser-Wilhelm-Str. 50 (Röntgenial): Wichtige Flugblatt- und Fackelverbreitung.

Berliner Nachrichten.

Zur Einfuhr russischen Fleisches.

Der Verkauf des von der Stadt Berlin bezogenen russischen Fleisches beginnt heute Donnerstag früh. Alles nähere über die Verkaufsstellen, Preise usw. ergeben die öffentlichen Anschläge. Es wird das laufende Publikum interessieren, daß den Verkäufern des russischen Fleisches gestattet ist, kleinere Stücke und Ueberbleibsel als Gulaschfleisch sowie Hackfleisch aus reinem Rind- und Schweinefleisch zu verkaufen. Schabefleisch darf nicht verkauft werden.

Das Einpökeln von Schweinezungen, Eisbeinen, Spitzbeinen, Ohren und Schnauzen von Schweinen ist gestattet. Der Verkaufspreis ist derselbe, wie für die gleichen Teile in frischem Zustande. Der Verkauf des Fleisches mit Knochen bleibt die Regel, der Verkauf ohne Knochen darf nur auf ausdrückliches Verlangen des Publikums stattfinden. Rindenfett und Schweinebauch darf, wenn der Absatz in frischem Zustande nicht möglich ist, auch in geräucherterem Zustande verkauft werden. Die mit dem Bezug und Vertrieb des russischen Fleisches beauftragten Verwaltungen haben alles getan, um eine glatte Abwicklung des Fleischverkaufs zu gewährleisten. Sollte dennoch in den ersten Tagen nicht alles nach den Wünschen des Publikums gehen, so wird die Verwaltung für alsbaldige Abhilfe Sorge tragen.

Die neue Pflegestätte in Buch.

Der Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage betreffend den Vorentwurf zum Neubau einer Heil- und Pflegestätte in Buch trat am Dienstagabend zu einer Beratung zusammen. Es gelang erfreulicher Weise unseren Genossen, sämtliche bei der Beratung in der Stadtverordnetenversammlung vorgetragene Anregungen im Sinne einer modernen, humanen und sozialen Ausgestaltung der neuen Anstalt mit großer Mehrheit, zum Teil einstimmig durchzusetzen. Die Anstalt soll zunächst den Namen „Heilanstalt“ führen; der Name „Pflegestätte“ wurde von uns verworfen, weil der Kranke behandelt und nicht nur gepflegt werden will: er will die Aussicht haben, daß ihm wenigstens noch zu einer Besserung geholfen werde. Somit hält das Bewußtsein den Kranken in seiner Familie zurück, daß ihm auch in der „Pflegestätte“ nicht geholfen werden würde, daß er doch unrettbar verloren sei und daß er lediglich in ein Sterbehem überbedele. Abschied wurden auf unseren Antrag eine chirurgische Abteilung und Sonnenbäder im Gelände vorgelesen. Die gewaltigen Erfolge, welche Koller in Leipzig auf dem Gebiete der Knochen-tuberkulose erzielt hat, weisen dringend darauf hin, daß die Sonne auch für Lungentuberkulose ein sehr erheblicher Heilfaktor sein muß. Abgesehen von dieser Erwägung mehrten sich die Beobachtungen günstiger Erfolge der Sonnenbehandlung bei Lungentuberkulose. Es ist wissenschaftlich allgemein anerkannt, daß die Bauchfell-tuberkulose durch intensive Sonnenbestrahlung verhältnismäßig schnell geheilt werden kann. Deshalb sollten die Tuberkuloseanstalten mit Sonnenbadeeinrichtungen ausgestattet sein.

Eine stundenlange, heftige Debatte entseelte schließlich unser Antrag auf Schaffung kleiner Zimmer, die höchstens mit 10 Betten besetzt werden sollen. Die Magistratsvorlage sah neben wenigen kleineren Krankenzimmern in der Hauptsache Säle zu je 20 Betten vor. Unser Redner wies mit Nachdruck darauf hin, daß große Säle mit sterbenden Kranken den Forderungen der Humanität unserer Zeit widersprechen. Wer sich klar macht, wie ein solcher Saal mit 20 Tuberkulösen auf einen Kranken wirken muß, der hier Anfang, Mitte und Ende seiner Krankheit vereinigt dargestellt findet, der wird begreifen, daß manche Tuberkulösen oder deren Angehörige geradezu mit Grauen an den Aufenthalt in den großen Sälen der Tuberkuloseabteilungen zurückdenken, gar nicht zu reden von den empfindlichen Störungen der Nachtruhe durch Stöhnen und Husten der Mitkranken. Trotzdem nur der Direktor eines unserer städtischen Krankenhäuser, den sich der Magistrat als Kronzeugen für die Unbedenklichkeit und Zweckmäßigkeit der großen Säle verschrieben hatte, darauf hingewiesen hatte, daß die kleineren Krankenzimmer unbedingt eine Erhöhung der Bau- und Betriebskosten (Vermehrung des Personals) zur Folge haben würde und daß größere Räume - besser zu lüften seien als kleinere (!), wurde der Antrag unserer Genossen nahezu einstimmig zum Beschluß erhoben. Am Donnerstag der künftigen Woche wird die Stadtverordnetenversammlung die Beschlüsse des Ausschusses hoffentlich mit gleicher Einstimmigkeit gutheißen und das Siegel drücken unter ein Projekt, das seit acht- und zwanzig Jahren die städtischen Behörden beschlagnahmte.

Vom vierten Stock in die Tiefe.

Einen grausigen Hund machte Dienstagabend der Hausbesitzer Herzig auf seinem Grundstück Berliner Weg 37. Als gegen 9 1/2 Uhr der Wächter einer Fabrik auf dem Hofe wiederholt anschlag und kläglich heulte, ging er hinunter, um nachzusehen und stieß im Dunkeln bald mit dem Fuß an einen Gegenstand. Als er nun Licht machte, sah er vor sich den stark blutenden Körper einer Frau liegen. Der Hauswirt ließ die Polizei und einen Arzt holen, und die Ermittlungen ergaben, daß die unbekannte Frau aus dem Fenster des vierten Stocks auf den gepflasterten Hof herabgesprungen war. Sie lebte noch und wurde nach dem Krankenhaufe am Friedrichsbain gebracht, wo sie sehr schwer daniederliegt. Anhaltspunkte zur Feststellung der Persönlichkeit der Unglücklichen fand man nicht bei ihr. Sie ist etwa 33 Jahre alt, trug einen hellblauen Rock und schwarze Schuhe ohne Strümpfe und keine Kopfbedeckung. Bei sich hatte sie eine Partitahe mit einem leeren Müchtopf. Sie ist also wahrscheinlich aus der Nachbarschaft.

Animier-Lokale und Animier-Kellnerinnen.

Die Kellnerinnen in den Animierkreisen bilden bekanntlich eine Klasse für sich. Sie sind der Willkür und Ausbeutung ihrer „Arbeitgeber“ immer noch schutzlos und wehrlos ausgeliefert. Die polizeilichen Verordnungen ändern hieran nichts oder nicht viel. Es sind ja gesetzliche Bestimmungen in Aussicht genommen, die für die Zukunft auch diese Kategorie von Arbeiterinnen umfassen sollen, vorläufig aber ist ihre Lage immer noch die denkbar traurigste. Diese Kellnerinnen, die fast durchweg nur auf Prozente und Trinkgelder angewiesen sind, werden auf Grund ihres Arbeitsverhältnisses gezwungen, nicht nur unnütze Quantitäten jeglicher Art von Alkohol zu sich zu nehmen, sondern müssen auch noch den jeweiligen Gästen, und seien diese auch noch so roh oder betrunken, zur Kurzweil zur Verfügung stehen. Für die Inhaber dieser Lokale besteht nun ein Verein, der sich „Verein Berliner Schankwirte und Wirtinnen“ nennt. Die Kellnerinnen, die keiner Organisation angehören, sind darauf angewiesen, den Arbeitsnachweis dieses Vereins zu benutzen. Durch ein rüchiges Schaf aus den Reihen dieser Schankwirte ist es nun zu Differenzen gekommen, die dahin führten, daß dieses Vereinsmitglied, das bisher die Stellenvermittlung inne hatte, eine Kellnerinnenvereinigung gegründet hat, die den Namen führt: „Verein Berliner Servier- und Wirtinnen“. Darob große Enttäuschung unter den Wirten, zumal die neue Vereinigung eine eigene Arbeitsvermittlung errichten will. Ganz besonders hat es aber den Wirten die Forderung angetan, wonach den Kellnerinnen ein Gehalt von mindestens 50 Pf. bis 1 M. täglich zu zahlen sei. Der Gründer des neuen Vereins soll den Kellnerinnen versichert haben, daß den Wirten und Wirtinnen immer noch reichlich genug übrig bleibe, um sich diese Bäuche anzufressen.

Die Wirte wollen nun Maßnahmen treffen, um Herr im Hause bleiben zu können. Andererseits betonen sie, daß sie es gerade begrüßen würden, wenn eine straffe Organisation der Kellnerinnen ins Leben träte und es dadurch möglich wäre, dauernde Verbesserungen in diesem Gewerbe, ganz besonders in Punkt des Verhaltens der Kellnerinnen zu schaffen.

Das mutet sonderbar an, ebenso sonderbar wie folgender Klage-laut: „Die Schankwirtinnen und -wirte werden glauben, endlich sei es den Kellnerinnen zum Bewußtsein gekommen, mehr auf die Frauennürde zu halten, mehr erzieherisch auf den Nachwuchs zu wirken. Sie hätten einsehen gelernt, daß es unbedingt notwendig sei, für ordnungsmäßiges sittliches Betragen in den Lokalen zu sorgen.“ Und weiter wird gesagt, daß sich die Wirte der Hoffnung hingeben, die Kellnerinnen würden die Stellenvermittlungen früh 10 Uhr besuchen und möglichst gleich eine Stellung annehmen, damit den Lokalinhabern eine große Sorge genommen wird, und die Wäfte in den Lokalen auch schon vormittags die erhoffte weibliche Bedienung vorfinden.“

Na, da haben wir's ja. Die Wäfte erhoffen weibliche Bedienung und zwar morgens um 10 Uhr schon. Und warum sie das wollen, das weiß jeder, der die Verhältnisse in solchen Betrieben auch nur ganz oberflächlich kennt. Die moralische Entrüstung der Animierwirte ist wirklich zu ulkig, denn von der Stunde an, wo die Mädchen sich Handgreiflichkeiten und schmutzige Notenergie verbiten würden, könnten sie gleich empfinden und mit ihnen auch die Wirte. Denn es ist selbstverständlich, daß die Besucher dieser Lokale gerade hierher gehen, weil sie hier das tun können, was in einem anständigen Lokal ganz ausgeschlossen wäre. Es wäre wirklich an der Zeit, daß dieser Beruf, der nur den Uebergang zur Prostitution bildet, einmal eine gründliche Revision durch die Gesetzgebung erfähre und damit den Kellnerinnen ermöglichte würde, mehr auf Frauennürde zu halten und für ordnungsgemäßes, sittliches Betragen zu sorgen.“

Der fingierte Einbruch des Kriminalschutzmanns Boh.

Die Affäre des Kriminalschutzmanns Boh, die seinerzeit viel Aufsehen erregt hat durch die Tatsache, daß ein Mitglied der Berliner Kriminalpolizei in den Verdacht geriet, gegen sich selbst einen Einbruch in Szene gesetzt zu haben und dann einen fremden Menschen schwer verletzt, ist jetzt in ein neues Stadium getreten. Es ist gegen Boh, der sich schon seit Anfang September in Untersuchungshaft befindet, die Voruntersuchung wegen schwerer Körperverletzung mit folgendem Sichtung eröffnet worden. Die Eröffnung der Voruntersuchung ist auf einen Antrag des Rechtsanwalts Dr. Frey hin beschlossen worden, da von diesem Zeugen dafür namhaft gemacht worden, daß der unter dem Spitznamen „Charles“ bekannte Arbeiter Ponomoffa, auf dessen Anzeige hin das Verbrechen eingeleitet worden war, zu verschiedenen Personen geredet habe, er habe dem Boh seine Geschichte erzählt und werde ein „Ding drehen“, an das er Zeit seines Lebens denken werde. Ponomoffa ist inzwischen auf seine Angaben hin, er habe den Einbruch bei Boh auf dessen Bestellung hin verübt, aus der Haft entlassen worden. Der Antrag des Verteidigers des Boh, diesen gegen Stellung einer Kaution von 10 000 Mark zu entlassen, ist dagegen vom Untersuchungsrichter abgelehnt worden. Hiergegen ist Beschwerde bei der Strafkammer eingelegt worden mit dem Hinweis, daß gegen die Angaben des Boh nur das Zeugnis eines unbedeutenden ehemaligen Polizeivigilanten spreche.

Eine Schmauserei Berliner Schulkinder im Schlosse.

Die bürgerliche Presse weiß über eine Schmauserei Berliner Schulkinder im Schlosse zu berichten. Die Leiterin des Ahlbeder Erholungsheims Fräulein Kirchner sei mit einigen Schwestern und Berliner Schulkindern im Schlosse erschienen, um dem Kaiserpaar über die Erfolge der Erholungssturen Bericht zu geben. Zu diesem Zwecke waren 6 Schulkinder, 4 Mädchen und 2 Knaben, als Repräsentanten mit ins Schloß genommen worden, die auf die Frage des Kaisers, wieviel sie während ihres Ferienaufenthaltes an Gewicht zugenommen hätten, prompt Antwort erteilten. Besonders bemerkt wird in dem Bericht, daß die Kinder mit Schokolade und Kuchen bewirtet worden seien und daß jedes Kind eine Schokolade mit Konfekt und eine Pflaume erhalten hätte. In aller Ausführlichkeit wird erzählt, daß der Kaiser und die Kaiserin sich mit den Kindern unterhalten hätten.

Auf weitere Kreise wird es einen eigentümlichen Eindruck machen, daß in aller Breite in der Presse darüber berichtet wird, weil sechs Kinder im Schlosse Schokolade und Kuchen bekommen haben, während die bürgerliche Presse bis auf eine einzige Ausnahme mit keinem Worte Kritik davon genommen hat, daß die 7000 Schulkinder bei dem Ständchen im Schloßhofe am 16. Juni ohne jede Erquickung gelassen wurden.

Pégouds Klage in Berlin. Nachdem vom Deutschen Luftfahrer-Verein dem Flugplatz Johannisthal die Erlaubnis erteilt worden ist, wird der bekannte Sturzflieger Pégoud am Sonnabend und Sonntag in Berlin seine Kunst zeigen. Auch das Berliner Polizeipräsidium und die Abteilerische Behörde haben nach längerer Verhandlung mit der Flugplatzleitung ihre Genehmigung erteilt, sodas dem Debut des Franzosen in Deutschlands nicht mehr im Wege steht. Wie wir erfahren, will Pégoud in Johannisthal einige neue, bisher noch wenig bekannte Variationen seiner Sturzflüge zeigen. So beschäftigt er außer den bekannten Saltos nunmehr

und einen Abzug rückwärts in die Tiefe zu zeigen. Im übrigen enthält sein Programm Ueberlagen nach beiden Seiten. Konstantz aus 1000 Meter Höhe und zum Schluss den acht- bis zehnfachen Salmortale.

Durchfahrungen im Zoologischen Garten. Neue Durchfahrungen mit Affenarten zum Zoologischen Garten sind jetzt vor dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg abgeurteilt worden. Eine Mentiere hatte ihre Affenarten gegen Varenzschädigung an Fremde weitergegeben und dies der Verwaltung gegenüber dadurch verdeckt, daß sie die Abnehmer fälschlicherweise als Verwandte in den Anträgen ausgab; sie wurde wegen Betruges zu 150 M. Geldstrafe verurteilt.

Ueberfahren und getötet.

Vor dem Grundstück Egerstraße 87 wurde am Dienstag nachmittag die dreizehnjährige Tochter des Drofchleutnants Gärtners, Drontheimer Straße 40, beim Besteigen einer Elektrischen durch einen Pflasterwagen der Brauerei Groterjan ungerissen und überfahren. Passanten schafften sie auf einem Arbeitswagen nach der Rettungsstelle in der Wabstraße, wo sie aber infolge innerer Verblutung starb.

Verdrückt.

Ein entsetzlicher Unfall, der mit dem Tode eines Knaben endete, ereignete sich Dienstag nachmittag gegen 8 Uhr auf dem Grundstück Wöhlerstr. 12. Hier hielt sich der 9 Jahre alte Sohn Gerhard des Hausverwalters Krüger im Torweg auf, als ein Lastwagen von der Straße kam, um nach dem Hofe einzufahren. Ohne daß der Kutscher es sah, stellte sich der Knabe hinter einem Flügel des Einfahrttores, um Platz zu machen. Zum Unglück streifte die eine Seite des schweren Wagens gerade diesen Torflügel so stark, daß er noch mehr zur Seite gepreßt wurde. So wurde dem armen Knaben, der zwischen Flügel und Wand stand, der Schädel eingedrückt. Die Mutter brachte den Verunglückten sofort nach der Hilfstube in der Lindower Straße. Dort konnte aber der Arzt nur feststellen, daß er an einem Schädelbruch schon gestorben war. Er war das einzige Kind seiner Eltern.

Mathematische Unterrichtskurse. Am 25. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Saale des Zentralarbeitsnachweises, Gormannstr. 13, eine allgemeine Höhereröffnung statt, in der nähere Mitteilungen über die Art des Unterrichts und die Organisation gemacht werden. In dieser Versammlung werden auch noch Anmeldungen entgegen genommen. Bei der Anmeldung ist eine einmalige Gebühr von 50 Pf. für den Besuch jedes Kurses sowie 25 bis 50 Pf. für Lehrmittel zu entrichten.

Kleine Nachrichten. Ins Wasser gegangen ist ein Siebzehnjähriger, der als Sohn des Hauseigentümers Fiedler aus der Tilsiter Straße festgesetzt wurde. — Mit Leuchtgas vergiftet hat sich die 23 Jahre alte Näherin Forme aus der Wermuthener Str. 13. — In der Nähe der Gondelstation im Tiergarten sprang ein junges Mädchen ins Wasser, wurde gerettet und ins Krankenhaus gebracht. Hier erkannte man, daß es sich um eine Jesuitin handelte und schaffte das Mädchen nach Waldorf. Der das Mädchen ist, weiß man noch nicht. Die Kranke trug einen grünen Plüschmantel, dessen Kermel mit weißem Reiz bedeckt sind, einen schwarzen Samtbus und schwarze Handschuhe. — Ihrem Leben ein Ende gemacht hat eine junge Frau, die in einer Pension in der Luisenstraße wohnte. Das Mädchen vergiftete sich mit Zpsol. Es hatte mit einem jungen Mann ein Liebesverhältnis unterhalten, das in die Verführung gegangen war.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ueber den Erfolg mit dem zur Linderung der Teuerung unternommenen Versuch des Verkaufs ausländischen Fleisches enthält der Verwaltungsbericht des Charlottenburger Magistrats interessante Mitteilungen. Obgleich die städtischen Körperlichkeiten der Ueberzeugung waren, daß die von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen als ein ausreichendes Mittel zur Milderung einer auch nur vorübergehenden Fleischnot nicht angesehen werden konnten, hielten sie es trotzdem für notwendig zu versuchen, ob und inwiefern die Genehmigung zum Bezug ausländischen Fleisches für die Bevölkerung nutzbar zu machen sei. Sie stellten zur Durchführung dieser Maßnahme einen Betrag von 100.000 M. zur Verfügung und beschloßen, gemeinsam mit Berlin das Fleisch zu beziehen und abzugeben. Charlottenburg meldete bei Berlin 240 Zentner für die Woche an und behielt sich vor, dieses Fleisch im ganzen vom Zentralviehhof nach Charlottenburg auf eigene Kosten zu entnehmen und hier an die Verbraucher mittelbar oder unmittelbar abzugeben. Während Berlin zunächst den Verkauf in bestimmten Markthallen durch eigene angestellte Verkäufer unter bestimmten Bedingungen bewerkstelligte, gab Charlottenburg das Fleisch durch Vermittlung der Schlächter an die Verbraucher ab. Die Fleischer erklärten sich grundsätzlich bereit, den Vertrieb zu übernehmen; sie wählten eine Kommission von sieben Mitgliedern, die fast alle kein Geschäft mehr hatten, der städtischen Verwaltung bei Beratung rein sachmännlicher Fragen sich zur Verfügung stellen und bereit waren, bei der Abnahme des Fleisches, bei der Bestimmung des Preiszuschlages und der Kontrolle mitzuwirken.

Der so organisierte Fleischverkauf begann am 22. Oktober 1912, es wurden bis zum Schluss des Novemberjahres wöchentlich 150 bis 200 Zentner Fleisch an die Charlottenburger Schlächter abgegeben, aber mit Beginn des Jahres 1913 ließ der Bezug wesentlich nach, er sank mit Ende Januar auf 50 bis 60 Zentner die Woche. Die Zahl der Fleisch abnehmenden Schlächter fiel von ursprünglich etwa 60 schließlich auf 12 bis 15. Den Rückgang erklärte die Fleischer damit, daß die Nachfrage des Publikums nach russischem Fleisch fast vollständig aufgehört habe. Tatsächlich aber hatten die Schlächter, wie die Ermittlungen des Magistrats ergeben haben, durch ihr eigenes Verhalten zu diesem Rückgang in mehr oder weniger großem Umfange beigetragen. Aus zahlreichen Beschwerden ging hervor, daß das russische Fleisch bei den meisten Schlächtern entweder überhaupt nicht käuflich zu haben war oder daß andere Fleischer den Käufern direkt von dem Bezuge abrietten. Daß aber im Gegentag zu den falschen Behauptungen der Fleischer eine starke Nachfrage nach diesem Fleisch vorhanden war, zeigte sich bald. Die Stadt sah sich nämlich genötigt, die übrigbleibenden Stücke, deren Zahl von Woche zu Woche wuchs, durch die von ihr angenommenen Fleischer verteilen zu lassen und durch besondere Verkäufer in Ständen von einem oder mehreren Stunden an die Bevölkerung unmittelbar im Fleischhause zu verkaufen, und bei diesen Verkäufen fanden in den wenigen Stunden eines einzigen Verkaufstages 80 bis 50 Zentner Fleisch an viele Hunderte von käuflichen Kunden ab. Diese Beobachtungen veranlaßten eine scharfe Änderung des Verfahrens. Da der Berliner Magistrat unter dem 24. Januar 1913 zur Abnahme der vertraglich verpflichteten Menge mit dem Hinweis aufforderte, daß die Stadt für das nicht abgenommene und dadurch etwa verderbende Fleisch aufkommen müsse, und da die Schlächter den Magistrat zuletzt fast vollständig im Stich ließen, wurde der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung der Verkauf des Fleisches übertragen und gleichzeitig der Wochenbedarf von 240 auf 120 Zentner herabgesetzt. Inzwischen hatte auch der Berliner Magistrat die Konsumgenossenschaft zum Verkauf des ausländischen Fleisches herangezogen und später folgten diesem Beispiele auch noch andere Vororte. Die Konsumgenossenschaft hat

dennoch bis Ende April 1913 in sechs Charlottenburger Verkaufsstellen durchschnittlich 250 bis 300 Zentner Fleisch wöchentlich verkauft, mit Eintritt der wärmeren Jahreszeit ist die Verkaufsmenge noch und noch bis auf 115 Zentner in der Woche gesunken. Die Stadt hat bei dem Fleischverkauf bisher 1163,43 M. zugelegt. In welcher Höhe sie sich voraussichtlich noch an dem Gesamtverlust für Groß-Berlin zu beteiligen haben wird, steht noch nicht fest. Bis Ende März verzeichnete Berlin bei dem Bezug des Fleisches nicht nur keine Verluste, sondern sogar noch einen kleinen Ueberfluß. In den Monaten April und Mai aber sind bei plötzlich eintretender hoher Lufttemperatur durch Verderb und Minderabzug etwas größere Verluste entstanden, deren Höhe noch nicht feststeht und an denen Charlottenburg teilzunehmen hat.

Ueber die Wirkung der Maßnahme äußert sich der Magistrat dahin, daß sichere Schiffe noch nicht möglich sind. Die ärmere Bevölkerung sei in die Lage gekommen, einwandfreies Fleisch zu etwas niedrigeren Preisen, als in den Läden zu erhalten. In welchem Umfange diese Gerüche von dieser Gelegenheit zu gebrauchen in der Lage sind, läßt sich zahlenmäßig nicht nachweisen, doch lassen die Beobachtungen bei den Selbstverkäufen der Stadt mit ihrem enormen Andrang den Schluß zu, daß die Einrichtung einem großem Bedürfnis entgegengekommen sei. Eine Beeinflussung der städtischen Fleischpreise habe durch den Verkauf des ausländischen Fleisches infolgedessen stattgefunden, als er das Steigen der Preise für inländisches Fleisch zum Stillstand zu bringen vermocht habe. Nebenfalls konnte ein Abfallen dieser Preise vom Januar ab auch diesmal wie in dem Vorjahre beobachtet werden. Dieses Abfallen betraf fast ausschließlich die Großpreise für Schweinefleisch und ließ im übrigen nur einen Stand erreichen, der über dem des Vorjahres lag.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenwahlen.

Die am 9. November stattfindenden, haben die „Neue Zeit“, das Organ des Charlottenburger Kommunal-Liberalismus, zu einem Herabergang veranlaßt, aus dem nur allzu deutlich die Angst vor einer Niederlage spricht. In der dritten Wählerabteilung, die zuletzt durch 14 Sozialdemokraten und 12 Liberale der verschiedensten Schattierungen vertreten war, sind 10 Mandate neu zu besetzen. Von diesen sind fünf im Besitz der Sozialdemokratie. Das Organ der Liberale fürchtet nur, daß die Sozialdemokratie nicht nur ihren bisherigen Bestand behauptet, sondern daß es ihr gelingt, noch das eine oder das andere Mandat dazu zu erobern, und es fordert seine Anhänger auf, den Angriff unserer Genossen abzuwehren und darüber hinaus, wenigstens einen Teil der jetzt sozialdemokratisch vertretenen Bezirke zu erobern. Dieser Appell an seine Anhänger ist natürlich das gute Recht des Blattes. Wenn es aber darüber hinaus den sozialdemokratischen Stadtverordneten vorwirft, daß sie bestrebt sind, ohne Rücksicht auf die Finanzverhältnisse der Kommune, diese zu fortwährender Vermehrung ihrer Ausgaben zu drängen, so ist das eine bewusste Unwahrheit. Allerdings erfordert die Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben, wie die Sozialdemokratie sie verlangt, Mittel, aber auf der anderen Seite haben die Sozialdemokraten ja stets und freudig gezeigt, wo die Gemeinde Ersparnisse machen kann, so daß das, was auf der einen Seite mehr verausgabt wird, auf der anderen Seite doppelt und dreifach gespart wird. Auf den weiteren Anwurf der „Neuen Zeit“, daß die „annähernde und gedäulige Art, in der die sozialdemokratischen Stadtverordneten ihre bürgerlichen Kollegen sogar dann zu beschuldigen pflegen, wenn im Einzelfall ein gemeinsames Ziel erstrebt wird, ein dauerndes Hemmnis für die gezielte Arbeit der Versammlung bildet“, gehen wir nicht ein. Dieser Anwurf, der dem Ansehen des Reichsverbandes entnommen ist und den Tatsachen direkt ins Gesicht schlägt, richtet sich von selbst. Mit Genugthuung konstatieren wir, daß im übrigen das liberale Organ nichts gegen uns vorzubringen vermag, ein Beweis, daß die Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher selbst unseren fanatischsten Gegnern keinen positiven Angriffspunkt bietet.

In allen drei Wählerabteilungen haben die Bürgerlichen wieder ein Kompromiß geschlossen, sie haben sich dahin verständigt, den Wählern auf der Grundlage der Wahrung des Bestandes gemeinsame Kandidaten vorzuschlagen. Infolgedessen kommt es in den ersten beiden Abteilungen überhaupt nicht zur Wahl, die am Mittwoch proklamierten Kandidaten werden am Wahltag lediglich formell bestätigt. Mit Recht rühmt das liberale Organ es als einen Vorzug des Kompromisses, daß dadurch die bürgerlichen Kräfte für den Kampf gegen die Sozialdemokratie in der dritten Abteilung frei werden. Diese Anwendung muß unsere Genossen anleiten, am Tage der Wahl doppelt und dreifach ihre Pflicht zu erfüllen und auch den letzten unserer Anhänger zur Wahl zu bringen. Geht es doch, dann ist der Sieg unser, und dann werden die Hoffnungen der Gegner zu Schanden werden.

Die Kaufmannswahl, die am 22. Oktober stattfand, hatte folgendes Ergebnis: Die Zahl der abgegebenen Stimmen betrug 554 gegenüber 605 im Jahre 1910. Auf die Liste 1 des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen entfielen 115 Stimmen gegen 113 im Jahre 1910. Die Zahl der Weisiger stieg von 2 auf 3. Die Liste des Vereins der Deutschen Kaufleute erhielt nur 20 Stimmen gegen 58 im Jahre 1910, sie erhielt statt 2 diesmal 1 Weisiger. Die Liste 3 des Deutschen Handelsgehilfenverbandes erreichte 140 Stimmen gegen 128 im Jahre 1910 auf sich. Infolge der größeren Wahlbeteiligung entfielen 3 Weisiger statt 2 auf diese Liste. Liste 4 des Vereins für Handlungsgehilfen erhielt 63 Stimmen und 1 Weisiger statt 78 Stimmen und 2 Weisiger im Jahre 1910. Liste 5 des Kaufmännischen Hilfsvereins erhielt 90 Stimmen gegen 88 im Jahre 1910. Die Weisigerzahl blieb 2. Die Liste 6 des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen erzielte 108 Stimmen und 2 Weisiger. 1910 entfielen auf sie 115 Stimmen und ebenfalls 2 Weisiger.

Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten. Es ist in vereinzelt Fällen wieder darüber geklagt worden, daß die polizeilich vorgeschriebene Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten von der städtischen Desinfektionsanstalt Charlottenburg (Rohwiesstr. Tel. Bül. 427) nicht so scharf ausgeführt wurde, als es den Beteiligten einfließen sollte. Es handelte sich hierbei fast stets um den Todesfall eines Angehörigen oder um die Ueberführung eines anderen in ein Krankenhaus, und es lag das berechtigende Verlangen vor, die bisher verschont gebliebenen Angehörigen durch Vornahme der Desinfektion so schnell wie möglich zu sichern. In solchen und ähnlichen Fällen empfiehlt es sich, die städtische Anstalt um Vornahme der Desinfektion unmittelbar zu ersuchen, anstatt abzuwarten, bis bei dieser die polizeiliche Anzeige eingelaufen ist. Da diese Anzeige vom Eingang der Meldungen des behandelnden Arztes und von anderen Umständen abhängig ist, so ist der Verlust eines gewissen Zeitraumes unvermeidlich. Die städtische Desinfektionsanstalt nimmt die Desinfektion von Wohnung und Gegenständen auch vor Eingang der polizeilichen Anzeige auf private Aufforderung vor. Sie bedarf der polizeilichen Mitteilung allerdings, um je nach der Art der gemeldeten Erkrankung feststellen zu können, ob die verlangte Desinfektion gebührenpflichtig oder gebührenfrei war. Diese Feststellung aber kann natürlich auch nachträglich erfolgen.

Treptow-Saumschulweg.

Die Arbeitslosigkeit hat auch hier einen Umfang angenommen, wie selten zuvor. Um wenigstens die schlimmsten Folgen des drohenden und immer wiederkehrenden Beschäftigungsmangels in etwas zu mildern, haben unsere Gemeindevorsteher an die Gemeindevorstellung den Antrag gestellt, eine Arbeitslosenversicherung nach dem Winter System einzurichten und den Gemeindevorstand zu beauftragen, ihr sogleich eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten. Das Wort an die gemeinsame Arbeitslosenversicherung der Groß-Berliner Gemeinden kann den unschuldigen Opfern unserer Wirtschaftslage vorläufig nichts nützen. Kommt später eine solche Vorlage, so ist die beantragte örtliche Einrichtung kein Hindernis zum Anschluß.

Das Krematorium auf dem neuen Friedhof in Taumschulweg erfreut sich dauernd eines weitgehenden Interesses nicht nur der einheimischen Bevölkerung. Von der Einrichtung der kostenlosen Bestattung ist vor allem an den Sonntagsvormittagen ein recht ausgiebiger Gebrauch gemacht worden, 300 bis 400 Besucher waren in letzter Zeit die Regel. Insgesamt dürften die Anlagen seit der Freigabe im Juni dieses Jahres von annähernd 10.000 Personen besichtigt worden sein. An den Besuchen beteiligten sich auch mehrfach unsere Wahlvereine. Nun soll vom 8. November ab mit der Unentgeltlichkeit der Bestattung Schluß gemacht werden und dann von Vereinen und Einzelpersonen dafür eine Gebühr erhoben werden. Für die beiden noch gebührenfreien Sonntage (9-12 Uhr) sind auch bereits zahlreiche Besucher angemeldet, so daß Einheimische, die die Anlage zu besichtigen wünschen, gut tun, dazu möglichst die drei noch noch freien Werktage (Dienstag und Donnerstag, nachmittags 5 Uhr) zu benutzen. Nicht so stark wie von der Bestattungsfreiheit des Krematoriums ist von der damit zusammenhängenden Einrichtung der Gemeinde Gebrauch gemacht worden, wonach die kostenlose Abgabe der für die Feuerbestattung festzuweisigen Erklärung ohne jeden Arbeitsverlust am Sonntag, vormittags von 9-10 Uhr im Standesamt auf dem Rathause erfolgen kann. Trotzdem ist die Zahl der abgegebenen Erklärungen dieser Art immerhin schon eine recht stattliche.

Kaulsdorf.

Aus der Gemeindevorstellung. Zunächst wurde über die Anstellung einer neuen Lehrkraft zum 1. November verhandelt. Nach vor kurzem wurde unserem Genossen Schmidt, als er hierfür eintrat, entgegengehalten, daß man sich bis auf weiteres, d. h. bis zum 1. April, den bestehenden Verhältnissen anpassen würde. Nun zeigt es sich aber, daß die Verhältnisse der Anpassung vorausgesetzt sind. Der Gemeindevorstellung blieb somit weiter nichts übrig, als antragsgemäß zu beschließen; die Mittel hierfür seien bereits seit Beginn des Rechnungsjahres im Etat. Gleichzeitig wurde auch der Einstellung einer weiteren Lehrkraft zum April nächsten Jahres zugestimmt und ferner der Schulkommission aufgetragen, eine Uebersicht der noch zu leistenden Ueberstunden nach Ergänzung des Lehrkörpers zu geben. Weiter war der Ertragswert der Küstleränderungen festzusetzen, da derselbe einen Einnahmeposten unseres r. f. n. Lehrers im Orte bildet. Durch präzisere Fragen an den Vorsteher sorgte Genosse Schmidt für Aufklärung über die die dahin bestandene Unwissenheit in dieser Angelegenheit. Von bürgerlicher Seite wurde auf das Unwürdige der Tätigkeit des Hauptlehrers als Küstler hingewiesen und der Wunsch geäußert, die Summe, die die Kirche hierfür zahlt, auf Gemeindefosten zu übernehmen und den Lehrer nur gemeinlich zu beschäftigen, vorausgesetzt, daß der Lehrer mit solcher Regelung einverstanden ist. Genosse Schmidt erhob dies zum Antrage, der auch angenommen wurde.

Die Zulassung des Grodens in der Grenzfurter Straße gab einem industriellen Betriebe als Anlieger Gelegenheit, an die Gemeinde mit dem Erlauchen heranzutreten, seine Abwässer in die zu verlegende Rohrleitung leiten zu dürfen. Als Gegenleistung verpflichtete er sich, die Kosten (1723 M.) für die Anschaffung des Grodens in der ganzen Länge seines Grundstückes zu zahlen. Die Gemeindevorstellung verlangte darüber hinaus noch 500 M. für die Erlaubnis der Entwässerung. Die Firma will nunmehr seine Abwässer fortleiten und nur für den behaupten Teil ihres Fabrikschloßes die Anschaffungskosten (700 M.) bezahlen. Der Gemeindevorsteher wurde beauftragt, erneut mit der Firma zu verhandeln. — Vom Grundbesitzerverein Kaulsdorf-Bild lag ein Schreiben vor, das sich mit der Verlängerung der Straßenbahn, Köpenick-Rahlsdorf-Süd, über Kaulsdorf-Bild bis zum Bahnhof Kaulsdorf, beschäftigt. Die Gemeinde Köpenick als Besitzerin der Bahn macht zur Bedingung, daß von Kaulsdorf ein Garantiefonds geschaffen wird, der ein event. Defizit deckt. Die Gemeindevorstellung lehnte das Projekt zuerst als unbedenklich ab, da die nötige Vorbedingung, der Gesamtbauplan für den Ort noch nicht festliegt. Nach Vortragung von Mängeln in der Straßenbeleuchtung wurde beschloßen, sich beschwerend an die Lichtendörger städtischen Werke zu wenden. In geheimer Sitzung wurde über Erlass von Fremdenschulden verhandelt.

Weihenice.

Die für den 6. November festgesetzten Wahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse sind nach dem § 9 des Statuts nicht mehr notwendig, da für jede Gruppe der zu Wählenden nur eine Liste eingereicht worden ist.

Neu-Bittan (Kreis Weesow).

Vor gut bejahrter Versammlung referierte Genosse Karl Zbielke-Friedenau über den Nahrungswohnsinn und seine Folgen für die Arbeiterklasse. Die Versammlung spendete dem Redner reichlichen Beifall. Allgemeinen Unwillen erregte in der Versammlung die Mitteilung, daß die hiesige Gemeindevorstellung 60 M. bewilligte, damit die angesehensten Patrioten die sogenannte Jahreshundertfeier der Völkerrückkehr bei Leipzig bei freiem Entree und Tanz festlich begehen konnten. Nach Schluß der Versammlung wurden eine Reihe Aufnahmen gemacht. Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Wahlvereins soll am Sonnabend, den 1. November, eine kleine Festlichkeit stattfinden.

Pankow-Niederschönhausen.

Am Sonnabend, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, veranstaltete der Jugendklub Niederschönhausen in Schloß Schönhausen (Inhaber Schönherr), Linden-, Ede-Kaiserin-Augusta-Straße, eine Herbstfeier für die arbeitende Jugend. Mitwirkende sind: das Kreisbüro Jugendvorsitzer „Carmin“, Opfern, Oratorienfängerin Hel Gertrud, Fabland-Hermsel, Rezitator Herr Woz Wietz und Gesangsverein „Zukunft“, Niederschönhausen. In Anbetracht des künstlerischen Programms wird die Arbeiterklasse um rege Unterstützung ersucht.

Das Jugendheim für Pankow-Niederschönhausen wird in der ersten Hälfte des Monats November in Pankow, Roggenlaanstr. 43a, eröffnet.

Sydanau.

Von einem Automobil überfahren und getötet wurde vorgestern nachmittag gegen 5 Uhr in der Wilhelmstraße ein kleines sechsjähriges Mädchen, Gertrud Müller, dessen Eltern Wilhelm Müller Straße 8 wohnen. Die Kleine wollte die Straße überqueren, als sich ein Personenkraftwagen näherte, worauf sie aber nicht geachtet hatte. Der Führer des Automobils war nicht mehr inlande, es zum Ersten zu bringen. Das Kind geriet unter den Wagen, dessen Räder über den kleinen Körper hinwegrollten. Das Mädchen wurde zu einem in der Nähe wohnhaften Arzt getragen, der indes nur den bereits eingetretenen Tod feststellen konnte.

Jugendveranstaltungen.

Brix. Heute Donnerstag findet im Heim, Rangstr. 3, der zweite naturwissenschaftliche Vortrag statt. Referent Herr Wagner.

Witterungsbericht vom 22. Oktober 1913.

Stationen	Temperatur nach min	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Temperatur nach min	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Schwetzingen	7,5	SW	1	bedeckt	Worms	7,5	SW	1	bedeckt
Heidelberg	7,5	SW	1	bedeckt	Worms	7,5	SW	1	bedeckt
Heidelberg	7,5	SW	1	bedeckt	Worms	7,5	SW	1	bedeckt
Heidelberg	7,5	SW	1	bedeckt	Worms	7,5	SW	1	bedeckt
Heidelberg	7,5	SW	1	bedeckt	Worms	7,5	SW	1	bedeckt

Wetterprognose für Donnerstag, den 23. Oktober 1913. Zunächst mild, vorherrschend wolkig, ohne erhebliche Niederschläge; nachher frische westliche Winde, langsam wieder aufklarende, kühlere. Berliner Wetterbureau.

Aus der Frauenbewegung.

Krankheit und Sterblichkeit des Kindes.

Es gibt kein Gebiet sozialer Fürsorge, das dankbarer wäre für das ihm zugewandte tatkräftige Interesse, keines aber auch, auf dem bisher durch Unterlassung so entsetzlich gesündigt worden wäre, wie das der Fürsorge für die kleinen Kinder des Volkes. Hier liegen die wichtigsten, erfolgreichsten, wertvollsten Aufgaben der Gesundheitspflege, liegen die heiligsten Pflichten der Gesellschaft und des Staates. So sagt Dr. G. Lugendreich in seiner Abhandlung über den „Einfluß der sozialen Lage auf Krankheit und Sterblichkeit des Kindes“ in dem wiederholt von uns erwähnten großen Sammelwerke „Krankheit und soziale Lage“. Die Abhandlung Lugendreichs ist eine Fundgrube authentischer Zahlen — und Tatsachenmaterials über die Wirkung der sozialen Verhältnisse auf den Nachwuchs des Volkes. Einige der wichtigsten Gesichtspunkte seien in folgendem kurz hervorgehoben.

Die natürliche, d. h. die unvermeidbare Sterblichkeit der Säuglinge beläuft sich nach ärztlicher Ansicht auf etwa 7 Proz.; vereinzelt wird eine Mindeststerblichkeit von 2 bis 3 Proz. als möglich angegeben. Allein an dem Maßstab von 7 Proz. gemessen, fallen in Deutschland jährlich mindestens 200 000 Säuglinge dem Tode unrechtmäßig zum Opfer. Wenn zu Anfang des 19. Jahrhunderts der Arzt Bappäus mit Recht die Kindersterblichkeit geradezu zum Gradmesser der materiellen und sittlichen Kultur eines Volkes machte, so ist das Massensterben unserer Säuglinge die vernichtendste Anlage für die herrschenden Zustände, die es in immer steigendem Maße verhindern, daß Hunderttausenden von kleinen Kindern die ihnen einzig naturgemäße Nahrung der Mutterbrust zu teil wird.

Nach verschiedenen Richtungen ist der Einfluß der sozialen Lage auf die Säuglingssterblichkeit untersucht worden, immer mit demselben Endergebnis. Legte man die Einkommensverhältnisse, die Wohnungsgröße, den Kinderreichtum der Eltern, eheliche oder uneheliche Geburt den Untersuchungen zugrunde, immer zeigte sich ein erheblicher Anstieg der Sterblichkeit bei Verschlechterung der sozialen Lage. Stets aber sind es die künstlich ernährten Säuglinge, die den Schädigungen aus der Umwelt zum Opfer fallen, während das Brustkind eine hohe Widerstandskraft sogar gegen die Wirkungen der Armut besitzt. Selbst der in den überfüllten Wohnhöhlen der Armen so gefährdeten Sommerkinder fallen nach einer Berliner Statistik nur ein halb mal soviel Brustkinder zum Opfer als in den übrigen Jahreszeiten, während der Anteil der Flaschenkinder auf das Fünffache emporsteigt. So ist die Sterblichkeit der Flaschenkinder maßgebend für die Höhe der Säuglingssterblichkeit überhaupt. Der große Komfort, dessen ein Flaschenkind bedarf, um gesund zu bleiben, ist den unteren Schichten der Bevölkerung selbst bei erheblicher Besserung ihrer Lage noch auf lange hinaus unerschwinglich.

Die sozialen Ursachen, welche die Mutter hindern, ihr Kind überhaupt oder ausreichend lange — d. h. mindestens neun Monate lang — zu stillen, sind einmal die Armut, die sie zu außerhäuslichem Erwerb zwingt, und außerdem die Unwissenheit, die Unkenntnis der hohen Bedeutung der Bruststillung, die in den proletarischen Schichten ungemein weit verbreitet ist, weil der Unterricht der Volksschule für die jungen Mädchen zu früh aufhört und die wichtige Schulung der künftigen Mutter auch in der Fortbildungsschule, die überdies noch immer keine obligatorische Einrichtung ist, eine Stätte noch nicht gefunden hat. Unmittelbar nach dem Verlassen der Volksschule beginnt für die meisten jungen Mädchen die Berufsarbeit. 96 Proz. etwa entbehren jeglicher hauswirtschaftlicher Unterweisung. So steht denn die junge Frau und Mutter nur zu häufig hilflos ihren Aufgaben gegenüber, ohne sachverständigen Rat in den ersten Lebensjahren des Säuglings, die so oft über dessen Leben und Tod entscheiden. Die Armut ist aber auch die Ursache, daß viele Mütter ihre Unwissenheit nicht durch den Rat eines Arztes korrigieren lassen können. Eine bayerische und eine ungarische Statistik liefern Beweise dafür, wie selten fränke Säuglinge und auch ältere Kinder in ärztliche Behandlung gegeben werden. Nicht die Stillunfähigkeit charakterisiert die Stillungsnot, sondern die Stillunmöglichkeit, die einen ihrer Hauptgründe in der zunehmenden Erwerbsarbeit der Frau hat. Krippen, Kindergärten und Kinderhorte erleichtern vielen Frauen den von der Not diktierten schmerzreichen Verzicht auf volle Erfüllung ihrer mütterlichen Pflichten, aber einen vollgültigen Ersatz für die mütterliche Pflege und Ernährung können sie nicht bieten. Wie verhältnismäßig wenig oft dazu gehört, um dem Säugling die Mutter zu erhalten, zeigt das Beispiel einer Krankfurter gemeinnützigen Baugenossenschaft; in ihrem großen Baublock hatte sie eine Krippe errichtet, die aber unbenutzt blieb, weil die Arbeiterfamilien hier so billig wohnten, daß ihre Frauen nicht mitzuerwerben brauchten.

Die Zahl der durch Erwerbsarbeit am Stillen gehinderten Frauen wird für Wien auf $\frac{1}{3}$ aller Wöchnerinnen, für Berlin auf mindestens ebensoviele geschätzt. Ein großer Teil davon entfällt auf die unehelichen Mütter, deren Säuglinge als Haltekinder fast ausnahmslos Flaschenkinder und somit an der Höhe der Säuglingssterblichkeit in erster Linie beteiligt sind.

Die Lebenserwartung, d. h. die Aussicht, am Leben zu bleiben, ist bei den unehelichen Kindern um rund 30 Proz. schlechter als bei den ehelichen. Verbesserungen in der Organisation des Haltekinderwesens vermögen in nicht unerheblichem Maße die Lebenserwartung der unehelichen Kinder zu erhöhen, wie zahlenmäßige Nachweise aus Leipzig und Danzig ergeben. Weit notwendiger noch wäre eine von echten sozialen Gesetzen getragene Reform der heutigen Alimentierung. So lange die Versorgung des unehelichen Kindes sich nicht nach dem Stande des Vaters, sondern nach dem der Mutter richtet, ist die übergroße Mehrheit der unehelichen Mütter gezwungen, sich von ihrem Kinde zu trennen und es so billig wie möglich in Pflege zu geben. Wie sehr häufiger Pflanzwechsel, wie er bei unregelmäßiger Alimentierung die Regel ist, Gesundheit und Leben des Säuglings gefährdet, geht aus den Zahlen Spanns für Frankfurt a. M. schlagend hervor.

Das Kleinkinderalter von 2—6 Jahren zeigt allgemein ein rasches Sinken der Kindersterblichkeit. Bedrohten im Säuglingsalter die Ernährungsstörungen das Leben des Kindes,

so sind es im Spielalter die übertragbaren Krankheiten, insbesondere die Tuberkulose. Von großem Interesse ist hier für die Gesundheitsstatistik die Frage, ob die Vorteile der Bruststillung sich auch in diesem Alter noch geltend machen. Nach dem vorliegenden lückenhaften und dürftigen Zahlenmaterial scheint eine günstige Nachwirkung der Brusternährung, besonders für das zweite Lebensjahr, Tatsache zu sein. Besser ist das Material über die Einwirkung von Reichtum, Wohlhabenheit und Armut auf die Sterblichkeit und Krankheitshäufigkeit der Kinder im Spielalter.

Verrinn Stuert weist nach, daß die Sterblichkeit der Kleinkinder der Armen 2—2 $\frac{1}{2}$ so hoch ist als die der Reichen. In Bremen sank im Jahreslauf 1896/1900 die Sterblichkeit der Kinder von 1—5 Jahren nur bei den Wohlhabenden; bei den Armen blieb sie unverändert. Bei Mätern zeigt sich ein deutlicher Einfluß der Armut. Die armen Kinder erkranken nicht häufiger, als die reichen an Mätern, aber sie sterben häufiger daran. Von den dem Berliner Waisenhaus zugeführten Kindern von 1—6 Jahren hatten normales Körpergewicht nur 4 $\frac{1}{2}$ Proz. der Knaben und 16 Proz. der Mädchen. Raum 25 Proz. waren frei von Krankheit, mehr als 37 Proz. waren rachitisch. Ebenso traurige Resultate ermittelte Hoffa in Barmen.

Nach allem ist die Gefahr der Körperlichen — und damit auch der geistigen — Degeneration, ist die direkte Gefährdung des Lebens für den im Zeitalter der kapitalistischen Frauenarbeit geborenen Nachwuchs des Volkes so ungeheuer groß, daß wir nichts nachsicht lassen dürfen, um die heutige Gesellschaft auf dem Wege eines umfassenden Mutter- und Säuglingsfürsorge unablässig vorwärts zu treiben. Hier liegt ein weites Aktionsfeld für die Frauen brach, auf dem ihr starker Impuls, ihr mütterliches Empfinden rein und stark ins Weite wirken kann, wenn sie aufläuternd und kämpfend der kommenden Generation gesunde und glückliche Lebensbedingungen erringen helfen.

Die bürgerlichen Stimmrechtlerinnen gegen das gleiche Wahlrecht.

Das Vorstandsmittglied des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht, Frau Dr. Kempf, bittet uns mitzuteilen, daß sie nicht für den Antrag des Preussischen Landesvereins: „Der Verband erstrebt als Ziel das allgemeine, gleiche, direkte und geheime aktive sowie das passive Wahlrecht für beide Geschlechter“, sondern nur für ein Amendement von Frau Lindemann gestimmt habe, das folgendermaßen lautet: „§ 4. Ziel. Der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht will nicht die Interessen einer einzelnen Schicht oder Klasse von Frauen, sondern die Interessen aller Frauen vertreten, darum erstrebt er das allgemeine, gleiche, direkte und geheime aktive, sowie das passive Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften und den Organen der Selbstverwaltung.“ Wie wir hören, hat auch Frau Lindemann-Stuttgart nicht für den preussischen Antrag, sondern nur für ihr Amendement gestimmt.

Dazu ist zu bemerken: Das Amendement Lindemann war zweifellos besser als der preussische Antrag, wiewohl auch er das ominöse Wort „Ziel“ statt der früheren Fassung „Grundzüge“ voranstellt. An der ganzen Beurteilung des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht wird durch die Verächtung natürlich nichts geändert. Unsere Auffassung von der fortschreitenden Reaktion im Frauenstimmrechtsverhande wird durch die Meldung bestätigt, daß der Hamburger Landesverband mit etwa 1000 Mitgliedern, der zugleich die größte Ortsgruppe des Verbandes bildete, aus dem Deutschen Verband für Frauenstimmrecht ausgetreten ist. Vermutlich wird es nicht bei diesem einen Verein bleiben, andere werden dem Beispiel folgen, Spaltungen einzelner Ortsgruppen sind wohl auch zu erwarten, und daß die ausscheidenden Gruppen sich zu einer neuen Organisation zusammenschließen, kann als wahrscheinlich vorausgesetzt werden.

So ist also schon für die nächste Zukunft damit zu rechnen, daß statt der alten zwei Frauenstimmrechtsverbände vier vorhanden sein werden, falls der vor kurzem entstandene Reichsverband für Frauenstimmrecht sich nicht mit dem neu zu begründenden Verband verschmilzt. Die jetzt den Deutschen Verband für Frauenstimmrecht verlassenden Mitglieder haben wohl erkannt, was auch wir voraussetzen: daß sie innerhalb des Verbandes nichts mehr ausrichten können, und sie ziehen die Trennung dem Zerbrechen vor.

Die Stütze der Hausfrau.

„Rein, Hermann, jetzt habe ich den ewigen Ärger mit den Dienstmädchen satt. Alle Tage werden sie frecher und anspruchsvoller, dabei natürlich immer fauler. Wie Prinzessinnen treten sie auf. Man sollte sie noch bedienen, statt daß sie arbeiten. Eben habe ich der Sophie gekündigt. Die Person verlangt belegte Stellen und Bier zum zweiten Frühstück. Die wird sich wundern, wenn sie mal heiratet. Froh wird sie sein, wenn sie immer trockenes Brot hat. Ihr Bräutigam hebt sie auch noch auf. „Det is 'n Organistester,“ waagt sie mir noch ins Gesicht zu sagen. Ich glaube, darauf bildet sie sich noch was ein, statt sich zu schämen.“ Erschöpft warf sich die Frau Professor auf das Sofa in ihres Mannes Stube und fuhr in ihrem Lamento fort, als er endlich auch zu Wort zu kommen suchte. „Aber liebe Henriette, was willst Du denn anfangen ohne Mädchen? Wir sind doch nun leider mal angewiesen auf diese elenden Kreaturen, die einem das Dasein verderben. Die Sophie können wir natürlich nicht behalten mit einem organisierten Bräutigam. Das ist ja ein Skandal! Wir müssen eben wieder eine andere suchen.“ Suchen, die Vermittlerin hat neulich gesagt, zu uns käme keine mehr. Dabei haben sie es doch nirgends so gut. Aber ich weiß, was ich tue. Ich annoncierte im „Dahem“ und suche eine Stütze der Hausfrau.“ Eine Stütze der Hausfrau,“ höhnte der Professor. „Vieles Kind, bedenke, daß ich unmöglich noch mehr Lohn bezahlen kann, als bisher. Und wer soll dann die grobe Arbeit tun und wo soll sie wohnen?“ „Lach nicht nur machen,“ meinte seine Kluge Frau. „Erstens sichere ich gute Behandlung und Familienzugehörigkeit zu. Dafür brauche ich ihr nur ein Taschengeld geben, höchstens die Hälfte von dem, was ein Mädchen bekommt. Dann haben wir ja Zentralheizung, warmes Wasser und elektrisches Licht. Die Wäsche geben wir aus dem Hause. Ich verlange nur die Arbeit, die ich selbst mache, helfe in der ersten Zeit beim Aufräumen, Geschirrspülen usw. Zum gründlichen Reinemachen muß die Portierfrau jede Woche einmal kommen, ebenso zum Teppichkloppen. Die bekommt das, was das Mädchen an Lohn mehr bekommt. Schlafen muß die Stütze bei den Kindern. Da kann gut noch ein Zeit stehen. Die Kinder müssen dann eben mehr im Wohnzimmer sein, und da kann dann auch das Fräulein sitzen und nähen oder stöpern. Das habe ich bisher auch alles machen müssen, denn die Mädchen werden ja nie fertig in der Küche. Das Fräulein kann dann auch nach den Schularbeiten

sehen, wenn ich keine Zeit habe, und es ist mir sehr lieb, daß die Kinder nicht mehr den ordinären Ton der Mädchen hören. Von denen haben sie nur Schlechtes gelernt.“ Bewundernd hörte der Professor auf den Schachplan seiner Gattin. Sie wirkte doch immer Rat. Ein paar Tage darauf suchte sie durch ein Inserat im „Dahem“ ein gebildetes, bescheidenes junges Mädchen, das neben der Hausfrau alle Arbeiten im Haushalt wie eine Tochter übernehmen sollte. Fertigkeiten in der bürgerlichen Küche und in Handarbeiten war Voraussetzung. Familienanschluß wurde gewünscht und ein Taschengeld von zehn Mark monatlich. Der Professor war allerdings etwas skeptisch, ob sich auf dies verlockende Angebot jemand melden würde und warf ein, daß ja die Kinder nicht erwöhnt seien. „Von denen spricht man erst beim Engagement,“ meinte seine Gattin, und voller Triumph zeigte sie ihm die Offerten, die hochweise in den nächsten Tagen einliefen. Mädchen aus allen Gesellschaftskreisen meldeten sich: Offiziersstöchter, die von vornherein ausgeschieden wurden, da sie alle einen Piep hätten. Ebenso erging es den höheren Beamtenstöchtern. Aber es waren noch genug andere da. Mädchen vom Land und aus der Stadt, Mädchen, die Pensionabildung hatten und mehrere Sprachen kannten. Mädchen, die die Haushaltungsschule absolviert hatten, und solche, die zu Hause alle erforderlichen Kenntnisse erworben hatten. Fast alle waren Waisen oder sie hatten den Vater verloren. Viele betonten, daß sie es nicht nötig hätten. Manche wollten einmal fort von Hause, andere hatten das Bedürfnis, sich nützlich zu machen. Die Auswahl war nicht leicht. Nicht gewählt wurden die, welche ein eigenes Zimmer wollten, denen monatlich zehn Mark zu wenig schien, die Ansprüche auf Theater und Konzerte machten, die freie Sonntage und Abende verlangten, die auf den mitgeschickten Photographien zu verwegene Prisen oder zu elegante Kleider hatten. Endlich fand sich eine mit glatten Schenkeln, nicht zu jung, die viel Wert auf einen christlichen Haushalt legte. Man betrie ja alle Tage vor dem Essen und gab auch gern ab und zu die Zeit zum Kirchenbesuch am Nachmittag frei.

Der große Tag des Einzugs der Stütze kam heran. Sie war Vollwaise, das hatte auch für sie gesprochen, denn da hatte sie doch keinen Anhang und ihre Interesse konzentrierte sich auf ihre Dienstmehrschaft. Die abziehende Sophie half noch, ihren Koffer heraufzutragen und rief ihr ironisch „Viel Glück“ zu. Das Leben der Stütze begann. In den ersten Wochen legte die Frau Professor noch selbst Hand mit an. Bald blieb aber die Arbeit ausschließlich der Stütze zugewiesen. Sie gehörte zu der Familie. Darum durfte sie mit am Tisch sitzen zwischen den Kindern und auf deren Manieren aufpassen. Wenn Besuch kam, verwandelte sich die Stütze in das Zimmermädchen und mußte servieren, da sie ja doch niemand kannte. Hölste sie in der Küche einen Kart, dann hieß es: „Ja, Fräulein, eine Stütze, die gestützt werden muß, kann ich nicht brauchen.“ Belamen die Kinder in der Schule eine schlechte Note, dann war die Stütze schuld. Man hatte doch kein Dienstmädchen mehr, weil man bei einer Stütze voraussetzt, daß sie eine bessere Schulbildung hatte und die Aufgaben der Kinder beaufsichtigen sollte. Als die Stütze sich weigerte, einen Ofsen abzuziehen, erzählte die Frau Professor, daß sie das bei ihrer Mutter immer hätte machen müssen. Als die Stütze keine Glanzwäsche plätten konnte, hieß es, gerade das gehöre zu den Dingen, die man von einer Stütze verlangen könne. In diesen Dingen gehörte überhaupt so unendlich viel, dazu gehörte Putzetenbaden und perfektes Französisch, dazu gehörte Ausbildung im Schneidern und Buchmachen wie im Klavierpiel. Dazu gehörte, daß man Lehrerin, Erziehlerin, Köchin, Zimmermädchen, Blätterin und Schneiderin in einer Person war. Dazu gehörte, daß man nie widersprach, nie müde war, nie eigene Wünsche hatte. Die bescheidene Stütze, die niemand zur Aussprache hatte, niemand, der ihr raten konnte, niemand, der sich darum kümmerte, daß sie immer elender und blässer wurde, wunderte sich, ob es solch vollkommene Wesen, wie die Phantasie der Frau Professor sie sich ausmalte, überhaupt geben könne. Die hätte am liebsten gesehen, wenn die Stütze sich auch noch den Schlaf abgewöhnt hätte, um nur mit aller Arbeit fertig zu werden, die sie ihr aufhakte.

Eines Tages traf die Stütze ihre Vorgängerin, die entlassene Sophie, auf dem Markt. „A Fräulein,“ fragte sie, „find Sie denn noch immer bei dem Drachen?“ Entsetzt hörte die Stütze diese respektlose Bezeichnung der Frau Professor. Aber Sophies Redefuß war nicht mehr zu bändigen. Sie „paktie aus“. Die Frau Professor wäre eine Menschenhinderin, eine Blutsaugerin, mißsam ihrer Vetelei, dazu ein Geizhagen, eine richtige Heze. Ein ordentliches Mädchen ginge schon längst nicht zu der. Darum hätte sie sich eine Stütze genommen. Die wären dummm genug, sich alles aufhalten zu lassen. Aber ihr, Sophies Bräutigam, hätte sie aufgestellt und nun wäre sie bei der Dienstmehrensorganisation. Da solle das Fräulein nur auch hingehen. Da würde man sie schon schüben und ihr eine bessere Stelle verschaffen.

Das Fräulein ging nach Hause und kämpfte einen schweren Kampf. Sollte sie, die Tochter aus „besserer“ Familie, sich mit den Dienstmädchen auf eine Stufe stellen? Heimlich ließ sie sich das Organ der Hausangestellten kommen. Da stieg allmählich die Ueberzeugung in ihr auf, daß sie doch nicht so ganz schau- und rechtlos wäre. Eines Tages kündigte sie der Frau Professor und teilte ihr mit, daß sie sich organisieren und bessere Stellung gefunden hätte. Die Frau Professor war sprachlos. Eine solche Schande machte ihr eine Person, die sie doch nur aus Mitleid genommen hatte. Die hatte sie Fräulein genannt und sie bei Tisch essen lassen! Na, bei der nächsten Stütze würde sie doch vorsichtiger sein!

Und sie bekam wieder eine Menge Angebote, als sie im „Dahem“ eine Stütze suchte, und wird sie bekommen, so oft sie noch annonciert. Die Stützen sind ja, nach Sophies Aussage, dummm genug! A. B.

Die Frau in der Partei.

Eine Frauenkonferenz für den Agitationsbezirk Breslau tagte am Sonntag, den 12. d. M., in Breslau. Anwesend waren 15 Genossinnen als Delegierte. Den Parteivorstand vertrat Genossin Fietz, die Bezirksleitung die Genossinnen Löbe und Schölich und die Genossinnen Wulf und Kawatsch. Die Breslauer Kinderschulkommission war durch ihre Vorsitzende vertreten. Außerdem nahmen noch einige Genossinnen als Gäste an den Verhandlungen teil.

Ueber das Thema: „Wie gewinnen wir die Frauen für den politischen Kampf“ referierte Genossin Frieda Wulf. Gewünscht wurde in der Diskussion, daß der in den Frauensammlungen vorzutragende Stoff ein möglichst leichter sei, und daß alle Versammlungen möglichst mit Chorgesängen eröffnet und geschlossen werden. Andere, namentlich aus ländlichen Distrikten, forberten den Ausbau der Kranken- und Wöchnerinnenpflege durch Genossinnen als Agitation für die Frauenbewegung. Der Mißbillige der Frauen beim Kinderichub war ein zweites Referat der Genossin Wulf gewidmet, in dem namentlich die Kinderarbeitsverhältnisse auf dem Lande ein besonderes Kapitel bildete. Genannt wurde vor dem Zusammenarbeiten mit der bürgerlichen Jugendzentrale, empfohlen dagegen die Veranstaltung von Kinderspartagängen und Ferienwanderungen. Die Agitation unter der weiblichen Jugend behandelte die Genossin Fietz-Verlin; sie bezeichnete unsere Jugendbewegung als einen Akt der Selbsthilfe gegenüber der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die Kampfweise der Gegner gegen die proletarische Jugendbewegung wurde von der Rednerin gebührend gekennzeichnet und dabei hervorgehoben, daß gerade die weibliche Jugend nirgends mehr vor sittlichen Gefahren geschützt ist, als in der proletarischen Jugendbewegung. Notwendig sei, die weibliche Jugend schon zu kleinen Agitationsarbeiten heranzuziehen.

